Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 18. Dienstag, den 8. März 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 4. März 1892 unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Dr. Franz Borschke.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Ich habe die Ehre bekannt zu geben, dass Se. k. u. k. apost. Majestät (die Versammlung erhebt sich von den Sitzen) zur Linderung der Nothlage der arbeitslosen Bevölkerung Wiens die Summe von 5000 fl. aus Allerhöchsten Privatmitteln allergnädigst zu bewilligen und den Allerhöchsten Auftrag zu ertheilen geruht hat, dass dieser Betrag dem Herrn Ministerpräsidenten zur angemessenen Weiterverwendung übermittelt werde. Dieser Betrag ist dem Herrn Bürgermeister überliefert worden. Die Versammlung hat durch Erheben von den Sitzen den Dank der Bevölkerung ausgesprochen. Der Herr Bürgermeister wird am Allerhöchsten Orte den Dank der Versammlung zum Ausdrucke bringen.

2. Ferner habe ich die Ehre bekannt zu geben, dass Seine k. u. k. apost. Majestät anlässlich der am Fasching-Dienstag während des Maskenballes in den Festlocalitäten des neuen Rathhauses zum Besten der Armen Wiens durchgeführten Lotterie eine Spende von 200 fl. aus der Allerhöchsten Privatcasse allergnädigst zu bewilligen geruht hat. — Die Versammlung spricht den Dank hiefür aus.

3. Weiters habe ich zur Kenntnis zu bringen, dass Ihre *k. u. k. Hoheiten Herr Erzherzog Karl Ludwig eine Spende* von 1000 fl., Herr Erzherzog Ludwig Victor 1000 fl., Herr Erzherzog Wilhelm 1000 fl., Herr Erzherzog Albrecht 1000 fl., die Frau Kronprinzessin-Witwe Stephanie 500 fl. für die hilfsbedürftigen Arbeitslosen gespendet haben. — Die Versammlung spricht den Dank für diese Spenden aus.

4. Weiters ist der geehrten Versammlung nach den Zeitungsmeldungen bekannt, dass aus allen Kreisen der Bevölkerung namhafte Beträge zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Arbeitslosen gespendet worden sind, welche ihrem Zwecke zugeführt wurden. — Auch hiefür spricht der Gemeinderath seinen Dank aus.

5. Die Conservenfabrik C. Werner in Wien hat dem Herrn Bürgermeister 50.000 Portionen Chigersuppe in Paketen zu zwei und vier Portionen gratis zur Verfügung gestellt und gebeten, hierüber im Interesse der arbeitslosen Bevölkerung zu verfügen. — Die Versammlung spricht den Dank aus.

6. Unter der Chiffre „Apotheker A. M. in Wien" ist ein Betrag von 200 fl. zur Verfügung gestellt worden, welcher nach den Intentionen des Spenders zum Ankaufe von Marken, u. zw. von je 100 fl. für den IV. und X. Bezirk verwendet worden ist, und sind diese Beträge den Bezirksvorständen der genannten Bezirke zur raschen Vertheilung an Arbeitslose zur Verfügung gestellt worden. — Die Versammlung spricht den Dank aus.

7. Seitens des Herrn Karl Ferdinand Mauthner-Markhof ist die Verständigung eingelangt, dass er wöchentlich bis Ende März an jedem Freitag die Vertheilung von 1200 Laib Brot im Gewichte von 1 kg 40 dg an Arbeitslose veranlasst hat. — Die Versammlung spricht den Dank aus.

8. Der Verein zur Errichtung und Erhaltung der „Ersten Wiener Suppen- und Thee-Anstalt" hat dem Herrn Bürgermeister 5000 Marken, lautend auf 10.000 Freiportionen Suppe und Brot behufs Vertheilung an nothleidende Arbeiter zur Verfügung gestellt. — Die Versammlung spricht den Dank aus.

9. Der Herr Vorsteher des IX. Wiener Gemeindebezirkes zeigt an, dass die Banquiersgattin Frau Adolphine von Biedermann complete Mädchenanzüge zur Bekleidung sechs armer Mädchen und weiters den Betrag von 100 fl. zur Beköstigung

armer Schulkinder im IX. Bezirke übersendet hat, und dass diese Spenden sofort der Widmung gemäß verwendet wurden. — Die Versammlung spricht den Dank aus.

10. Weiters habe ich zur Kenntnis zu bringen, dass von einem Spender, dessen Name nach seinem Wunsche nicht genannt wird, ein Betrag von 500 fl. aus dem Nachlasse seiner vor kurzem verstorbenen Mutter mit der Bestimmung zur Verfügung gestellt worden ist, dass ein Theilbetrag von 200 fl. für die Armen des III. Bezirkes, woselbst die Verstorbene 44 Jahre gewohnt hat, und 300 fl. für die Armen Wiens zu verwenden sind. — Die Versammlung spricht den Dank aus.

11. Der „Allgemeine n.-ö. Volksbildungs-Verein" spricht in einer Zuschrift vom 24. Februar den Dank des Vereines für die demselben gewährte Subvention von 1500 fl. aus. — Wird zur Kenntnis genommen.

12. Die Gem.-Räthe Schlechter, Sasse, Schreneckh und Karl Müller entschuldigen ihre Abwesenheit wegen Unwohlseins.

13. In der letzten Sitzung wurde von dem Gem.-Rathe Beutnitz eine Interpellation gestellt, dahingehend, wie weit die Vorkehrungen bezüglich der Festsetzung der Grenzen der einzelnen neuen Bezirke, welche an den Linienwall anstoßen, gediehen sind.

Ich habe die Ehre darauf zu erwidern, dass bereits in der Sitzung vom August 1891 vom Herrn Gem.-Rathe Silberer ein Antrag gestellt wurde, es möge das ganze Linienwallgebiet, sowie alle innerhalb der Gürtelstraße befindlichen Gebiete jenen alten Vorstädten einverleibt werden, an welche diese Gebiete grenzen, so dass hinfort die Gürtelstraße die Grenze zwischen den alten und den neuen Bezirken gegen Westen zu bilden hätte.

Das Referat über diesen Antrag ist erstattet und befindet sich derzeit beim Stadtrathe zur Berathung und Beschlussfassung.

Bezüglich der Anregungen des Gem.-Rathes Beutnitz ist jedoch zu erwidern, dass die derzeitige Eintheilung des Gemeindegebietes in Bezirke sich auf § 2 des Gemeindestatutes gründet, und dass nach § 3 des Statutes eine Änderung dieser Bezirke nur im Wege der Landesgesetzgebung erfolgen kann.

Bei der kurzen Dauer der Wirksamkeit des Statutes empfiehlt es sich nicht, jetzt schon, bevor noch über alle diese Anregungen genügende Erfahrungen vorliegen, an eine Änderung des Gesetzes zu schreiten und diesfalls Anregungen zu geben, und würde es vortheilhafter sein, noch einige Zeit zuzuwarten, denn diese Änderungen würden sich nicht lediglich auf die erwähnten Grenzen, sondern auf alle Bezirke beziehen; es werden höchstwahrscheinlich auch eine Änderung der Gerichtssprengel und andere Änderungen erforderlich sein, die eingehender Berathung bedürfen.

14. Weiters habe ich die Ehre, die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Schuh zu beantworten, betreffend seinen Antrag auf Ergänzung der Bauordnung hinsichtlich der Souterrainräumlichkeiten, gemeinsamen Haushöfe, der Stockwerkszahl, der Herstellung gemeinsamer Badezimmer und der Höhe der Wohnräume.

Dieser Antrag, welchen der Herr Interpellant in seiner Interpellation bezieht, ist dem Magistrate zufolge Beschlusses vom 30. Juli 1891 überwiesen worden mit dem Auftrage, bei Änderung der neuen Bauordnung auf diesen Antrag Rücksicht zu nehmen. Der Entwurf der neuen Bauordnung ist beim Stadtbauamte in Vorberathung, und wird hiebei auf alle maßgebenden Momente und auf alle im Gemeinderathe und außerhalb desselben gegebenen Anregungen Rücksicht genommen; insbesondere finden die erwähnten Details Berücksichtigung im Entwurfe.

Nun geht es nicht wohl an, angesichts einer solchen Arbeit einzelne Dinge herauszugreifen und damit eine Zerstücklung der organischen Einheit des Entwurfes herbeizuführen. Sobald der Entwurf des Bauamtes dem Magistrate vorgelegt werden wird, wird die Angelegenheit in Kürze hieher gelangen, und es kann dann der Gemeinderath den ganzen Entwurf prüfen und die erwähnten Details in Berathung ziehen. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, mit der Verlesung der Einläufe vorzugehen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Büsch:**

Die Kindergärtnerin Marie Wimmer, welche die Kinder-Bewahranstalt Haas'scher Stiftung in der ehemaligen Gemeinde Gaudenzdorf im XII. Bezirke seit dem Jahre 1873 in gewissenhaftester Weise leitet, dieser meist nur armer Eltern Kinder von 3 bis 6 Jahren, zeitweise 200 an der Zahl, mütterlich fürsorgt, an die Ärmsten von ihrem selbst schmal bemessenen Gehalte Brot u. a. abgibt, hat in Anerkennung ihrer Pflichttreue von der früheren Gemeinde Gaudenzdorf bei Gelegenheit einer in genannter Anstalt alljährlich abgehaltenen Weihnachtsbaumfeier immer eine Remuneration von 30 Gulden erhalten.

Nachdem bei der letzten 1891er Weihnachtsbaumfeier der Marie Wimmer vom seinerzeitigen Bürgermeister Herrn Michael Bernhardt auch eine diesjährige Remuneration in Aussicht gestellt wurde, sie jedoch von der Commune Wien bis heute unbedacht blieb, und von den dieser Anstalt für den Weihnachtsbaum bewilligten 100 Gulden circa dreißig Gulden unverwendet blieben, erlaube ich mir die ergebene Anfrage an den geehrten Herrn Bürgermeister zu richten:

Ob derselbe geneigt ist, die beim Einkaufe des Weihnachtsbaumes erübrigten 30 Gulden rücksichtlich des Verdienstes der Kindergärtnerin Marie Wimmer als Remuneration für das Jahr 1891 zutheilen zu lassen; ferner

ob der Herr Bürgermeister bei dieser Gelegenheit Anlass nehmen würde, gedachter Kinder-Bewahranstalt eine Subvention zutheil werden zu lassen, mit welcher an die armen Kinder, deren Hunger aus dem Auge leuchtet, die vom Hause nichts mitbekommen, wenigstens in den Vormittagsstunden von 8 bis 11 Uhr ein Stückchen Brot abzugeben sei; ferner

ob derselbe geneigt ist, zu veranlassen, dass die in dieser Anstalt viele Jahre in Verwendung gestandenen und heute noch stehenden vergilbten, beschmutzten und der Neuzeit nicht mehr anpassenden Spiel-, Unterhaltungs- und Unterrichtsgegenstände gegen neue zu ersetzen seien.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erachte, dass es den Intentionen des Herrn Interpellanten am besten entspricht, wenn seine Anregung als Antrag behandelt und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen wird. (Gem.-Rath Büsch: Ja!) Er wird also dem Stadtrathe zugewiesen.

16. Interpellation des **Gem.-Rathes Seiler:**

Gem.-Rath Seiler: Ich bitte das ganze zu verlesen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wird ohnehin vollinhaltlich gedruckt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

In Erwägung, dass der in den letzten Tagen in den Journalen veröffentlichte neue Fahrtarif der Wiener Tramway-Gesellschaft — welcher bereits heute in Wirksamkeit tritt — in den weitesten Kreisen der Bevölkerung eine tiefe Missstimmung hervorgerufen hat, weil

1. mit Recht behauptet wird, dass dieser Tarif nur eine wesentliche Vertheuerung der Tramwayfahrten zur Folge haben wird, dem gegenüber die scheinbaren Ermäßigungen auf engbegrenzten und meist verkehrsarmen Strecken nicht ins Gewicht fallen; weil

2. die Complicierheit des Tarifes, die geringen Vortheile desselben für das Publicum unpraktikabel und überdies die Kartenmanipulation der Conducteure sich sehr schwierig gestaltet;

in Erwägung, dass

3. die mannigfachen Übelstände, wie: die Überfüllung der Wagen, die ungenügende Zahl derselben im Betriebe, sowie deren unzureichende Beschaffenheit in Rücksicht auf Verkehrs- und Witterungsverhältnisse und auf die behördlich normierten Raucher-Abtheilungen, ferner der mit einem Umsteigzwange verbundene Missbrauch von Localfahrten auf lange Strecken bei dieser Tarifreform nicht abgestellt werden; ferner mit Rücksicht darauf, dass ungeachtet aller gerechtfertigten Klagen die geduldeten Übelstände, Missbräuche und scandalösen Erscheinungen von der Bevölkerung einer vermeintlichen Indolenz des Gemeinderathes zur Last gelegt werden und sonach geeignet sind, das ohnehin schwer geschädigte Ansehen dieser Körperschaft, welche ohnmächtig ist, selbst geringfügigen Beschwerden abzuhelfen, noch tiefer in deren Augen herabzusetzen, richte ich an den Herrn Bürgermeister die nachstehenden Anfragen:

1. War der Herr Bürgermeister von den diesem Erlasse des neuen Tramway-Tarifes vorhergegangenen Unterhandlungen zwischen der Wiener Tramway und den competenten Behörden amtlich in Kenntnis gesetzt?

2. Wenn dies der Fall gewesen, was hat der Herr Bürgermeister gethan, um die die öffentlichen Verkehrsinteressen beeinträchtigenden Bestimmungen des neuen Tarifes hintanzuhalten?

3. Wenn der Herr Bürgermeister, das Oberhaupt der Wiener Gemeindevertretung, in einer für die Bevölkerung so eminent wichtigen und zweifellos in die Interessensphäre der communalen Agenden fallenden Angelegenheit wirklich nicht befragt worden sein sollte, was gedenkt der Herr Bürgermeister zu thun, um die Rechte der Gemeinde zur Einflussnahme auf den Betrieb und die Tarife der Wiener Tramway-Gesellschaft zu wahren, und was gedenkt der Herr Bürgermeister ferner zu thun, um eventuell die Beseitigung der mehrerwähnten, durch den neuen Tarif wesentlich verschärften Tramway-Übelstände herbeizuführen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

17. Interpellation des **Gem.-Rathes Edlhofer:**

Unter der Aufschrift „Firma R. Ullrich & Comp." erscheint im „Wiener Volksboten", Organ für die Interessen des Kleingewerbes, am 1. März a. c. ein Artikel, in welchem unter anderem auch das Wirken der Armensection des XVI. Bezirkes in derber Weise kritisiert wird. Insbesonders wird angeführt, dass von der Erzherzog Sigismund'schen Stiftung per 1020 fl., welche für den XVI. Bezirk zur Vertheilung an Arme bestimmt war, nur der minimale Betrag von 158 fl. der früheren Gemeinde Ottakring überwiesen wurde, was, wenn man die Verhältnisse dieses Bezirkes kennt, als eine schreiende, horrende Ungerechtigkeit bezeichnet werden muss.

Demnach gestatte ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu richten:

I. Beruhen die oberwähnten Vorfälle auf Wahrheit und sind dieselben dem Herrn Bürgermeister bekannt?

II. In welcher gebürenden Weise gedenkt der Herr Bürgermeister gegen die Anstifter dieser Ungerechtigkeit vorzugehen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Edlhofer:**

In den neuerrichteten Bezirksämtern herrscht gegenwärtig die Gepflogenheit, dass von Parteien, welche um kleine Adaptierungen oder Bauabänderungen geringerer Art ansuchen, die Nachweisung des Eigenthumsrechtes in Gestalt eines Grundbuch-Extractes verlangt wird, was für den betreffenden Gesuchswerber unnützen Zeit- und Geldverlust bedeutet.

Nachdem nun nach der klaren Auslegung des § 17 der Bauordnung für Wien, Gesetz vom 17. Jänner 1883, nur der Nachweis des Eigenthumsrechtes auf den Baugrund angeordnet wird, so erlaubt sich der Gefertigte an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

I. Ist demselben oben angeführte Gepflogenheit bekannt?

II. Ist derselbe geneigt, diese unrichtige Auffassung des § 17 der Bauordnung ehestens richtigzustellen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe darauf zu erwidern, dass der Herr Bürgermeister nicht in der Lage ist, auf diese Anregung irgendwie einzugehen. Nach § 96 der Bauordnung ist der Magistrat Baubehörde und der Magistrat hat nach Maßgabe des Gesetzes seine Entscheidung zu fällen. Fühlt sich eine Partei durch eine Entscheidung beschwert, so muss sie im ordentlichen Rechtswege durch Einlegung von Rechtsmitteln dagegen Abhilfe suchen; es geht aber nicht an, dass der Herr Bürgermeister — ich möchte sagen — Cabinetsjustiz übt und vorschreibt, wie das Gesetz zu handhaben sei; das ist nicht zulässig.

19. Interpellation des **Gem.-Rathes Eigner:**

Der Gefertigte erlaubt sich, dem Herrn Bürgermeister den von ihm am 27. Jänner 1892 eingebrachten Antrag betreffs des directen Wagenverkehrs der Pferdeeisenbahn auf der Strecke Schottenring—Dornbach in Erinnerung zu bringen, da noch immer der besonders in der rauhen Jahreszeit fühlbare Übelstand bezüglich des Umsteigens der Passagiere bei den Hernalser Remisen besteht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

20. Petition des Brigittenauer Wählerclub:

Wohllöblicher Gemeinderath!

Der Brigittenauer Wählerclub hat in der am 18. Februar 1892 abgehaltenen zahlreich besuchten General-Versammlung nachstehenden Beschluss gefasst:

Es sei dahin das Ersuchen zu stellen, dass eine bessere Verbindung des Tramwayverkehrs von der Linie Wallensteinstraße an der Kreuzung des Wallensteinplatzes durch die Jägerstraße, Mathildenplatz, Obere Donaustraße bis zum Anschluss der Linie Augartenbrücke erreicht werde.

Motiviert ist dieses Ansuchen damit, weil der gegenwärtige Verkehr in einer Kreisform einerseits über die Taborstraße, andererseits durch die Porzellangasse besteht und daher mit Zeitverlust die Centrale Wiens — innere Stadt — als auch der anderen Bezirke erreicht wird.

Von ganz Wien ist die Brigittenau, was Verkehr betrifft, am schlechtesten bedacht, daher kehren auch besser situierte Wohnparteien diesem Bezirkstheil den Rücken, obwohl dieselben wegen der gesunden Gebirgs- und Wasserluft sehr gerne daselbst wohnen möchten.

Die bestehende Dampftramway kann wegen dem hohen Fahrpreise zu 20 kr. für die ganz kurze Strecke ohne weiteren Anschluss von der Bevölkerung nicht benützt werden.

Gleichzeitig erlaubt sich dieser Wählerclub die Aufmerksamkeit dahin zu lenken, dass von dem XIX. Bezirke Wiens über die neue Kaiser Jubiläumsbrücke durch die Klosterneuburgerstraße als Verbindung des II. Bezirkes bei den neuen Verkehrsanlagen Bedacht genommen werde.

Franz Bernert, Obmann.

Wird zur Kenntnis genommen.

21. Antrag des **Gem.-Rathes Ziegelwanger:**

Hiermit erlaube ich mir eine Resolution des politischen Vereines Wien, XIII., Hietzing, zu überreichen.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Resolution erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

dass selbe an den Stadtrath, resp. Magistrat und Stadtbauamt zur Würdigung und Berichterstattung abgetreten wird.

Die Resolution lautet:

Der politische Verein Wien, XIII., Hietzing, hat in seiner Vereinsversammlung zu Ober-St. Veit am 12. Februar 1892 in Reiner's Saallocalitäten und bei Betheiligung von außergewöhnlich vielen Gästen, welche nur Bewohner dieses Bezirkes waren, folgende Resolution gefasst:

I. In Erwägung des Umstandes, dass bei den Unterhandlungen wegen Einbeziehung der Vororte zu Wien von den letzteren als Hauptbedingung die Versorgung mit gesundem Wasser in ausreichender Weise gestellt und angenommen worden ist, und in weiterer

II. Erwägung, dass von Seite des Herrn Bürgermeisters der Stadt Wien in bestimmtester Weise die baldmöglichste Durchführung einer rationellen Ergänzung der Wasserversorgung nur mit einer Donauwasserleitung in Betracht gezogen erscheint und sonach nicht das nothwendige, einsichtige Bestreben seitens der maßgebenden Personen vorliegt, erklärt diese große Versammlung, dass dieselbe

1. die rationelle Ergänzung der Wasserversorgung Wiens nur in der Weise gelöst sehen kann, wenn solche durch den Hochquellen gleichartiges Wasser einheitlich ergänzt wird und
2. dass die Donauwasserleitung unbedingt perhorresciert und als Ergänzung der Hochquellenleitung die Wiener-Neustädter Tiefquellenwasserleitung heranzuziehen sei.

Euer Wohlgeboren werden höflichst ersucht, als Gemeinderath der Stadt Wien und Vertreter dieses Bezirkes vorstehende Resolution an competenter Stelle niederzulegen und mit Ihrem ganzen Einflusse zu unterstützen.

An den Stadtrath.

22. Antrag des **Gem.-Rathes Ziegelwanger:**

Se. königl. Hoheit der Herzog von Cumberland residiert seit langen Jahren in Penzing und gibt jährlich Hunderte von Gulden zu Armenzwecken und anderen Wohlthätigkeits-Instituten.

Um diesem edlen Wohlthätigkeitssinne in dankbarer Weise zu entsprechen, hat der abgetretene Gemeinderath des ehemaligen Vorortes Penzing im letzten Sommer beschlossen und dem löblichen Stadtrath anempfohlen, die jetzige Bahngasse sammt der Feldgasse, welche in der Verlängerung der Bahngasse liegt, in „Cumberlandgasse" umzutaufen.

Auch heuer hat Se. königl. Hoheit dem Herrn Bürgermeister Dr. Prix die namhafte Spende von 300 fl. für die Armen zukommen lassen, wofür auch bereits der Gemeinderath seinen Dank votierte.

In Erwägung obiger Umstände und in besonderer Erwägung, dass der frühere Gemeindevorstand von Penzing denselben Beschluss schon gefasst hat, erlaube ich mir, den Antrag zu stellen:

Der Gemeinderath beschließe, dem löblichen Stadtrathe anzuempfehlen, die jetzige Bahngasse und Feldgasse in Cumberlandgasse umzutaufen.

Ich erlaube mir noch aufmerksam zu machen, dass auch der Allerhöchste Hof in dieser Gasse vom Penzinger Bahnhof nach Schönbrunn verkehrt.

An den Stadtrath.

23. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Klotzberg** und Genossen:

In Wien ist derzeit eine große Menge von feiernden menschlichen Arbeitskräften aufgespeichert.

Die Bezirksämter, die Armenämter sind von arbeitslosen hungernden Männern und Weibern belagert, welche dortselbst entweder um Arbeit, Brot oder Geldunterstützung bitten; von Tag zu Tag wird diese Schaar größer. Unter diesen Hungernden und Arbeitslosen, welche um Unterstützung bitten, befinden sich aber mindestens 70% aus Böhmen und Mähren, welche dahin auch zuständig sind.

Dieser letztere Umstand muss insbesondere constatiert werden, damit auch der hohe Reichsrath, der leider vertagt ist, ohne jene Geldmittel bewilligt zu haben, welche für die Inangriffnahme der großen Bauten, als Stadtbahn, Donaucanal-Regulierung u. s. w., nothwendig sind, davon Kenntnis habe, wer am meisten derzeit in Wien nebst den Zuständigen Arbeit und Unterstützung beansprucht.

Sind schon jetzt viel zu viel überflüssige Arbeitskräfte vorhanden, so wird dieser Übelstand mit dem Erscheinen des beginnenden Frühjahres noch größer durch den Zuzug von neuen Arbeitskräften aus Böhmen, Mähren und den übrigen Provinzen.

Leider wird diese Auswanderung nach Wien nicht nur von vielen Gemeindevorständen begünstigt, um der Arbeitslosen und der der Unterstützung Bedürftigen in der Heimatsgemeinde los zu werden, sondern werden solche Arbeitslose auch durch gewissenlose Bauspeculanten und Bauunternehmer nach Wien gelockt, um durch ein massenhaftes Ansammeln von menschlichen Arbeitskräften die Löhne herabdrücken zu können. Um diesem Übelstande einerseits entgegenzusteuern und das Anwachsen von neuen Zuzügen von Arbeitskräften aus den Provinzen zu verhindern, andererseits aber, um alle jene Arbeiten, welche die löbliche Commune Wien ohne Beiziehung des Reiches, des Landes in Angriff nehmen kann, rasch beginnen zu können, beantragen die Gefertigten, der löbliche Gemeinderath beschließe:

1. Die hohe Regierung werde gebeten, an alle Landesregierungen ehestens ein Circular zu erlassen, in welchem die Landesregierungen beauftragt werden, die Orts- und Gemeindevorstände ihrer Provinzen strenge aufmerksam zu machen und die Ortsbewohner dahin zu belehren, derzeit nach Wien nicht zu gehen, um Arbeit zu suchen, da in Wien wohl viel zu viel überflüssige Arbeitskräfte, aber nicht Arbeit zu finden ist.

2. Die hohe Regierung, bezw. Se. Excellenz der Herr Finanzminister werde gebeten, das Gesetz über Steuerbefreiung für Neu-, Um- und Zubauten ehestens beschließen zu lassen.

3. Der Gemeinderath beginne mit allen communalen Arbeiten, als Canalisierungen, Pflasterungen, Schulbauten, Legung der Wasserleitungsröhren in den Vororten u. s. w., sogleich mit Eintritt der günstigen Jahreszeit.

An den Stadtrath.

24. Antrag des **Gem.-Rathes Scheidl:**

Die ehemalige Gemeinde Neulerchenfeld hat seinerzeit einen Brunnen graben lassen, damit in den Sommermonaten Wasser zur Straßenbespritzung vorhanden ist. Mit großen materiellen Opfern wurde dieses Werk begonnen, mit Einwilligung des Herrn Bürgermeisters Dr. Johann Prix fortgeführt.

Den ganzen Sommer des Vorjahres wurde daran gearbeitet und bei Winterbeginn ist die Arbeit eingestellt und der Brunnen überdeckt worden. Ich erlaube mir nun die Anfrage zu stellen, ob ein begonnenes Werk, das bereits 11.000 fl. verschlungen hat und einen wirklichen Wert und großen Nutzen für die Zukunft verspricht, da Neulerchenfeld an Wassermangel leidet, unvollendet liegen bleiben soll?

Es ist im Gegentheile alles aufzubieten, um den Brunnen zu vollenden und ein Brunnenhaus zu bauen, da hiedurch bei Verpachtung der Straßenbespritzung wenigstens alljährlich 1500 fl. erspart werden können, und so die Herstellung in einigen Jahren sich bezahlt gemacht hat und in Hinkunft dann seine Wohlthaten der Bevölkerung ohne Kosten weiter spendet.

Ich stelle daher den Antrag:

es soll bei zulässiger Witterung die Fortsetzung der Arbeit bei dem Brunnen am Koflerplatz in Neulerchenfeld sofort in Angriff genommen, das Brunnenhaus gebaut und alles daran gesetzt werden, dass der Brunnen in kürzester Zeit vollendet ist.

An den Stadtrath.

25. Antrag des **Gem.-Rathes Gschwandner** und Genossen:

In Anbetracht, dass derzeit in den Volksschulen der ehemaligen Gemeinde Hernals in 14 Lehrzimmern Spätunterricht ertheilt werden muss,

in Anbetracht, dass im Herbste des heurigen Jahres mindestens eine solche Kinderzahl zuwächst, dass weitere sechs Lehrzimmer zur Unterbringung dieser Kinder bei der Einschulung erforderlich sind,

in Anbetracht, dass das k. k. Ober-Gymnasium von der nebenstehenden Volksschule auch noch drei Lehrzimmer zur Unterbringung der Gymnasiasten beansprucht, wodurch diese drei Lehrzimmer dem Volksschul-Unterrichte entzogen werden,

in Anbetracht, dass auch die Volksschulen in den zu diesem Bezirke gehörigen ehemaligen Gemeinden Dornbach und Neuwaldegg nicht mehr ausreichen,

in Anbetracht, dass für die Bevölkerung im sogenannten Neu-Dornbach gar keine Schule existiert, erlaubt sich der ergebenst Gefertigte den Antrag zu stellen:

dass noch im heurigen Frühjahre mit dem Baue einer Doppelschule auf den von der Union-Baugesellschaft käuflich zu erwerbenden Gründen in der Schmerling- und Mariengasse, welche ein Ausmaß von 476° 5′ 6″ gleich 1715 m haben und circa 14.385 fl. kosten dürften, begonnen werde, so dass dieses Gebäude noch im September d. J. seiner Bestimmung zugeführt werden könne, und sei zu diesem Zwecke ein Betrag von 150.000 fl. für Platzerwerbung, Schulhausbau und complete Einrichtung desselben noch ins Budget pro 1892 einzustellen.

An den Stadtrath.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche zum Referate Herrn Gem.-Rath v. Neumann.

26. Referent Gem.-Rath v. Neumann: Nr. 27. Es handelt sich um das Project für den Schulbau im XVI. Bezirk, Panikengasse. Hiefür wurde von der früheren Gemeinde Ottakring bereits ein Bauplatz erworben und vom Landtage die Aufnahme eines Anlehens bewilligt. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe.

Gem.-Rath v. Neumann: Am 31. Juli 1891 hat der Gemeinderath den Bau dieser Schule beschlossen und wurde hiefür als erste Rate der Betrag von 60.000 fl. präliminiert. Die

Gesammtkosten waren damals von der Gemeinde Ottakring mit 120.000 fl. berechnet. Es wurde nun das bezügliche Project der Gemeinde Ottakring in Verhandlung genommen und hat sich hiebei ergeben, dass eine kleine Umarbeitung desselben nothwendig sei. Diese hat stattgefunden und das Stadtbauamt legt nun ein neues Project vor, welches auch die Zustimmung des Schulinspectors gefunden hat, nur soll über Wunsch desselben ein zweiter Turnsaal errichtet werden.

Die Schule ist eine Doppelschule, und zwar in zweifachem Sinne, nämlich Doppelschule für Knaben und Mädchen.

In jedem dieser Gebäude sind je 16 Lehrzimmer, 1 Aufnahmszimmer, 2 Lehrmittelzimmer, beziehungsweise eines davon als Conferenzzimmer, ferner eine Schuldiener-Wohnung und ferner die erwähnten 2 Turnsäle zu errichten.

Von dem Schulinspector ist die Zustimmung gegeben, dass dieser zweite Turnsaal über dem ersten errichtet werde, und zwar mit abgeminderter Höhe von 4·4 m. Die Schule soll nach den Normalien, welche für den Bau der Wiener Schulen gelten, ausgeführt werden.

Zur Heizung wird vorgeschlagen die Central-Luftheizung, und zwar eine zweifache Offerte, für Feuerluftbetrieb und für Antrieb mit Niederdruck-Dampfheizung. Es besteht kein Zweifel, dass die letztere Art gewählt werden wird, nachdem mit dieser Einrichtung bereits sehr günstige Resultate erzielt worden sind. Bei dieser Gelegenheit will ich, um eventuellen Reclamationen im vorhinein zu begegnen, bemerken, dass der vom Gemeinde- und Stadtrathe urgierte Auftrag an das Stadtbauamt, über Heizungen im allgemeinen zu berichten, noch nicht erfüllt ist.

Die Kosten dieser Schule beziffern sich höher, als seinerzeit von der Gemeinde Ottakring präliminiert wurde, und zwar betrugen, solange ein zweiter Turnsaal nicht gefordert wurde, die Kosten 201.000 fl. und nunmehr, nachdem ein zweiter Turnsaal gefordert wurde und auch dieses Verlangen vollkommen berechtigt ist, 211.000 fl. Es ist nun in dem Budget für diese Schule bereits vorgesorgt; auf der betreffenden Budgetpost XLIII $^{1}/_{II}$ Nr. 21 sind 90.000 fl. für das heurige Jahr eingesetzt, und es handelt sich nun darum, das vorliegende Project, welches von dem Schulinspector und vom Stadtrathe geprüft wurde, mit der Abänderung zu genehmigen, dass ein zweiter Turnsaal errichtet und dieser über dem ersten erbaut werde, jedoch mit der Abänderung, welche in der Skizze b zu sehen ist, dass der erste Turnsaal für Knaben in das Tiefparterre gesenkt werde, während der zweite Turnsaal für Mädchen im Hochparterre zu errichten kommt.

Die Anträge lauten nun (liest):

„Das von dem Stadtrathe vorgelegte Alternativproject B für die Erbauung eines zweiten Turnsaales, sowie das sonstige Detailproject für den Bau einer Doppelschule im XVI. Bezirk, Paukengasse, ist mit der Abänderung zu genehmigen, dass der Turnsaal der Mädchenschule nur eine Profilhöhe von 4·4 m erhalte. Die Kosten mit dem Betrage von 211.000 fl. sind zu genehmigen und hievon für das Jahr 1892 als erste Baurate der Betrag von 90.000 fl. ins Budget einzustellen."

Ich bitte um Genehmigung dieser Anträge.

Gem.-Rath Hawranek: Ich wäre mit dem Baue der Schule einverstanden, wenn auch ein Project für Ofenheizung vorliegen würde. Es wäre Zeit, dass wir einmal mit den Bauten anfangen, und deshalb möchte ich nicht, dass lange debattiert werde. Ich sehe aber nicht ein, warum fortwährend mit der Centralheizung angefangen wird, von der man doch weiß, dass sie schlecht ist, dass die Lehrer und die Schüler durch die Luftheizung an der Lunge leiden. Sogar hier im Rathhause hat sich die Centralheizung nicht bewährt, da die Beamten fortwährend über dieselbe klagen. Die Ofenheizung ist einerseits billiger, andererseits beschäftigt sie im Winter eine Menge von Leuten. (Widerspruch rechts; Rufe: O je!) Was ist das für ein „O je?" Ich glaube, dass viel mehr Heizer hier nothwendig wären. Wenn die Centralheizung nicht wäre, so wäre es factisch besser. Erstens wird sehr viel Material verbrannt, andererseits werden kostspielige Maschinerien benöthigt (Gem.-Rath Bärtl: Die zu Grunde gehen!), die zu Grunde gehen oder doch fortwährend Reparaturen verursachen. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht einmal mit der Centralheizung brechen und die Ofenheizung einführen sollen. Ich bin dafür, dass der Bau schleunigst ausgeführt werde, damit einmal die Bettlerei um Brot ein Ende nehme und mit der Arbeit angefangen werde. Ich möchte aber beantragen, dass statt der Centralheizung eine Ofenheizung eingeführt werde.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Meine Ausführungen werden sich nicht gegen den eigentlichen Bau richten, sondern nur gegen einen Theil dieses Baues, nämlich gegen den Antrag, der von Seite des Stadtrathes gestellt wird, dass entweder die Central-Luftheizung oder die Niederdruck-Dampfheizung eingeführt werde. Ich sehe gar nicht ein, weshalb der Stadtrath sich mit zwei Projecten beschäftigt und zwei Projecte dem löbl. Gemeinderathe vorlegt, trotzdem der Stadtrath wissen muss, dass der Gemeinderath wahrscheinlich auf das Project der Central-Luftheizung nie und nimmer eingehen kann, nie und nimmer eingehen darf, und zwar aus rein hygienischen und sanitären Gründen. (Oho-Rufe rechts.) Wenn die Herren Oho! sagen, so beweisen Sie damit, dass Sie sich mit diesem Gegenstand in keiner Weise befreundet haben, dass Sie die Studien hervorragender Hygieniker, die über die Central-Luftheizung schrieben, nicht kennen. Und obwohl die Central-Luftheizung nicht der Gegenstand ist, den wir jetzt zu behandeln haben, sehe ich mich doch infolge der Oho-Rufe veranlasst, einige Citate von hervorragenden Hygienikern zur Verlesung zu bringen. So sagt z. B. Prof. Reclam in Leipzig (liest): „Es ist ein Verbrechen, den Kindern überhitzte Luft einzuführen". Es sagt z. B. Prof. Eye in Dresden: „Die Luftheizung ist ein verbrecherischer Unfug unserer Zeit". So sagt Prof. Reclam an einer anderen Stelle: „Die Luftheizung ist ungünstig für die Wärmevertheilung, ungünstig durch ihren Gehalt an Russ und Kohlenoxyd für die Blutmischung, ungünstig durch die Hindernisse in der Leitung des Wärmeträgers ꝛc." Und ein hervorragender Hygieniker der Neuzeit sagt Folgendes: „Wenn unsere sämmtlichen Häuser mit der Central-Luftheizung versehen sein würden und es würde irgend jemand einen Ofen erfinden, dem Manne würde man ein Monument setzen".

So spricht einer der hervorragendsten Hygieniker der Neuzeit und auf solche Weise bricht er den Stab über die Central-Luftheizung.

Wenn ich vielleicht beantragen würde, die Ofenheizung einzuführen, würden vielleicht einige Herren auch Oho! rufen; das kann mich aber durchaus nicht genieren. Man sagt: die Central-Luftheizung führt man in solchen Räumen ein, die groß sind. Ja, sind unsere Schulen im allgemeinen groß? Sie sind ja in der Regel etwas größere Wohnzimmer und nichts anderes. Weil ich aber weiß, dass ich in diesem Saale wahrscheinlich mit der

Ofenheizung derzeit nicht durchdringen werde — es wird wohl wieder die Zeit kommen, wo man auf diesen avitischen Ofen zurückgreifen wird — werde ich nicht die Ofenheizung, sondern eine verbesserte Centralheizung, d. i. die Niederdruck-Dampfheizung beantragen, die sich überall vorzüglich bewährt hat. (Gem.-Rath Dr. Vogler: Ist ja hier!)

Herr St.-R. Dr. Vogler sagt: Die ist ja hier! Nein, die ist nicht hier; der Stadtrath schlägt vor: Central-Luftheizung oder Niederdruck-Dampfheizung. Wozu das? Der Stadtrath beantrage einfach für die neu zu erbauende Schule Niederdruck-Dampfheizung und ich erkläre mich damit einverstanden.

Gem.-Rath Dehm: Von allen Seiten wird anerkannt, dass Arbeit dringend nothwendig ist. Ich glaube daher, dass wir nicht mit Angelegenheiten zu kommen haben, die gar nicht auf der Tagesordnung stehen und beantrage mit Rücksicht auf diesen Umstand den Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt; ich ersuche jene Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) — Angenommen. (Widerspruch links.)

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Bärtl, Stiaßny, Schneeweiß, Villicus, Grünbeck, Dr. Klotzberg, Zagórski, Hawranek, Eigner, Ziegelwanger, Weitmann, Hipp.

Gem.-Rath Matzenauer (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Wahl von Generalrednern. (Lebhafte Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt. Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte die eingetragenen Herren Redner zu erklären, ob sie pro oder contra sind. (Über Namensaufruf seitens des Vorsitzenden erklären sich contra die Herren Gem.-Räthe Schneeweiß, Hawranek, Eigner, Weitmann, Hipp; pro die Gem.-Räthe Bärtl, Stiaßny, Grünbeck, Dr. Klotzberg, Zagórski, Ziegelwanger.)

Ich ersuche die Herren contra- und die Herren pro-Redner, je einen Generalredner zu wählen.

Der Herr Referent wünscht das Wort zur Aufklärung. Ich ertheile ihm das Wort.

Referent: Meine Herren! Ich muss über die Frage der Central-Luftheizung wenigstens Einiges bemerken, wenn ich auch nicht eingehend darüber sprechen kann. Ich habe auch in diesem Sinne schon einmal hier gesprochen und habe auch im Stadtrathe angeregt, man möge das Offert für die Centralheizung mit Feuerluftbetrieb gar nicht ausschreiben. Es war jedoch von den Ämtern geltend gemacht, dass aus ökonomischen Rücksichten, nämlich um Concurrenz zu haben (Widerspruch links) es zweckmäßiger sei, bei der Offertverhandlung das noch mit in Rapport zu nehmen. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg macht Zwischenrufe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg, wollen Sie sich beruhigen und den Herrn Referenten reden lassen. (Heiterkeit links.)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich brauche keine Beruhigung!

Referent (fortfahrend): Diese zweifache Offertstellung wird auch von dem Amte aus dem Grunde verlangt, um zu zeigen, dass die Central-Luftheizung mit Dampfbetrieb, nämlich mit Niederdruck-Dampfkessel, nicht wesentlich theurer sei, weil das Amt sonst fürchtet, dass wenn es mit der bessern Heizung allein debutieren würde, der geehrte Gemeinderath, beziehungsweise Stadtrath diese vielleicht nicht genehmigen würde, ohne einen Kostenvergleich zu erhalten. Thatsache ist, dass in neuerer Zeit Central-Luftheizungen mit dem Antriebe durch Niederdruck-Dampfkessel in Anwendung kommen.

Das ist allerdings noch nicht jenes Heizsystem, welches der geehrte Herr College Gem.-Rath Dr. Klotzberg wünscht, nämlich die reine Niederdruck-Dampfheizung, wie man sie in München und an anderen Orten hat und wie man in Berlin ebenfalls Heizungen mit localisierten Heizkörpern bei Anwendung der Warmwasserheizung einrichtet. Es kommt dies aber noch theurer, und man hat bei uns heute noch nicht den Muth, gleich auf das beste zu greifen, sondern man geht schrittweise mit Verbesserungen vor. Die Resultate dieser bei uns in Anwendung stehenden verbesserten Art der Heizung, nämlich der Central-Luftheizung, wo statt eiserner Öfen im Keller Dampfkessel zur Erwärmung der Luft functionieren, sind gut.

In der Embelgasse im V. Bezirke ist eine so eingerichtete Schule, die ein sehr gutes Resultat gibt; die Lehrer sind außerordentlich zufrieden, und die Klagen, welche gegen die Central-Luftheizung mit Feuerbetrieb erhoben wurden, d. h. nämlich einer Central-Luftheizung, wo eiserne Öfen in den Heizkammern aufgestellt werden, diese Klagen, die dieserhalb mit Recht vorgebracht wurden und denen ich vollkommen beistimme, kommen bei dieser Schule nicht mehr vor. Es ist daher die Befürchtung ausgeschlossen, dass schließlich eine Heizung gewählt werde, welche Herr College Dr. Klotzberg, sowie auch ich als Referent bekämpfen.

Ich glaube, dass dies zur Aufklärung zweckdienlich ist. Was die Einführung der Ofenheizung betrifft, so ist sie bei kleineren Schulen praktisch, und ich werde die Ehre haben, über eine Schule in der Freudenau zu referieren, wo dermalen die Ofenheizung gewählt wird. Für eine Schule aber mit 32 Lehrzimmern ist der Transport von Holz und Kohlen eine Schädigung für das Gebäude und die Bedienung so schwierig, dass die Ofenheizung nicht zu empfehlen ist. — Es ist ganz richtig, die Ofenheizung kann ebenso zweckmäßig mit Ventilation hergestellt werden und ist vom Standpunkte der Heiztechnik und Ventilation, sowie vom hygienischen Standpunkte vorzüglich, wie wir ja dies aus der Anwendung in Privatwohnungen kennen; sie ist aber unzweckmäßig für große Gebäude, wo der Betrieb schwierig und die Mängel dann größer sind als die Vortheile, welche man damit erreichen will. Das ist der Grund, warum große Gebäude mit Central-Heizsystemen eingerichtet werden.

Gem.-Rath Hipp (contra): In erster Linie muss ich mich gegen den geehrten Herrn Vorredner wenden, welcher der Ansicht ist, dass, weil Arbeit gebraucht wird, darum überhaupt über eine Vorlage in diesem Hause nicht mehr gesprochen werden darf, sondern man einfach den Referenten anhören und für seinen Antrag stimmen solle, als wenn durch Erörterung der Anlage selbst die Sache verzögert wird.

Meine Herren! Soweit sind wir nicht. Wir waren immer die ersten, die wegen Schaffung von Arbeit eingetreten sind. Wir waren immer diejenigen, die schon so manchen Vorschlag wegen Schaffung von Arbeit gebracht haben, der aber noch nicht erledigt ist.

Ich könnte Ihnen sagen, dass Anträge seit Juni vorigen Jahres liegen, und trotz wiederholten Urgierens ist noch bis heute hier nichts erledigt worden.

Jetzt, wenn alles drängt, kommt man mit einem Theile davon. Aber, nachdem diese Arbeiten eine so kolossale Summe erfordern, so muss man doch, wie ich glaube, die Sache ein bisschen besprechen und ins Detail eingehen, bevor wir zur Ausführung schreiten, denn später lässt sich dieser Fehler nicht mehr gutmachen und auch nicht damit bemänteln, dass man sagt, die Sache musste rasch durchgeführt werden, um Arbeit zu schaffen.

Ich gehe nun auf das Project selbst über. Sehen Sie den Plan, und zwar das Parterre an, so ergibt sich, wie finster das in der Ausführung sein wird. Im Parterre ist gar kein Licht und die Gänge, die da hineinführen, werden jedenfalls, wenn ein bisschen ein trüber Tag ist, beleuchtet werden müssen. Weiters ist die Anlage mit drei Stockwerken eingezeichnet.

Es ist nun gewiss für die Jugend nicht sehr erbaulich, wenn sie dreistockhoch steigen muss, aber freilich wird man sagen, die Privatwohnungen sind ebenfalls drei und sogar vierstockhoch und großentheils sind die oberen Stockwerke von Minderbemittelten bewohnt, und ich will daher darüber hinweggehen.

Nun zum Schlusse noch auf die Heizung zu kommen, so wurde vom Herrn Referenten gesagt, in so großen Gebäuden muss man Centralheizung anbringen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das Gebäude sonst leidet ꝛc. Nun, wir haben Schulen draußen mit Ofenheizung, und zwar prächtige, große Schulen, und die Gebäude leiden gar nicht, wenn für entsprechende Ventilation gesorgt ist, vielmehr hat es der Lehrer in der Hand, die Localitäten entsprechend zu heizen, dass sie nicht überheizt sind und nicht eine Temperatur herrscht, wo man im Sommer bei einer um ein Drittel niedrigeren Temperatur schon Hitzferien veranstalten würde, also ich glaube mit dem System — wie es auch Herr Dr. Klotzberg vorschlägt — mit der Centralheizung wäre zu brechen und zur Ofenheizung überzugehen, es ist das eine bessere und gesündere Heizung und hat es jeder Schulleiter in der Hand, seine Locale in richtiger Erwärmung zu erhalten, während mit der Central-Luftheizung das nicht der Fall ist. Ich möchte daher beantragen, dass in erster Linie diese Ofenheizung denn doch im Auge behalten werde, und dass man im Parterre für etwas mehr Licht Sorge trägt. Der Herr Referent möge den Plan sich selbst vor Augen halten und er wird finden, dass das Parterre sehr schlecht in der Beleuchtung ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Stiaßny hat das Wort als Generalredner pro.

Gem.-Rath Stiaßny: Gegen das vorliegende Project und gegen die Anträge des Referenten ist eigentlich nur ein gewichtiger Einspruch erhoben worden, und zwar von Seite eines Redners, der bei diesem Anlasse wieder zu Gunsten der Ofenheizung eingetreten ist. Im Gemeinderath ist wiederholt der Unterschied zwischen dem Princip der Local- und Centralheizung auseinandergesetzt worden und die geehrten Herren werden wohl nicht erwarten, dass ich heute nochmals die gewaltigen Unterschiede, welche in diesen Heizsystemen gelegen sind, Ihnen vorführe. Indessen halte ich mich doch für verpflichtet, nachdem mit aller Heftigkeit gegen die Centralheizung gesprochen worden ist, die wichtigsten Vorzüge der Centralheizung mit einigen Worten anzuführen. Die Centralheizung gewährt absolute Feuersicherheit, sie bietet den großen Vortheil, dass eine einzige Feuerstelle im ganzen Hause sich befindet, und zwar an einem absolut feuersicheren Orte. Sie gewährt den Vortheil großer Ersparnis an Brennmaterial, sie bietet absolute Reinlichkeit, denn im ganzen Hause hat man mit Brennmaterial nicht zu hantieren, endlich gewährt sie die Möglichkeit einer gleichmäßigen Erwärmung aller Räumlichkeiten und in dieser Hinsicht muss ich demselben Redner, welcher sich gegen die Luftheizung ausgesprochen hat — aber auch nur in dieser Hinsicht — beipflichten, weil die von ihm bezeichnete Heizmethode zu den besten gehört, welche wir kennen und zu den Heizungen, welche es ermöglichen, dass alle Räumlichkeiten vollkommen gleichmäßig erwärmt werden. Aber noch ein wesentlicher Vortheil ist mit der Centralheizung erzielt und das ist der Vortheil, dass alle Räume ohne Ausnahme in die Heizung einbezogen werden können, und dass wir diesen Räumen eine verschiedenartige Temperatur je nach ihrer Bestimmung und ihrem Zwecke verleihen können. Nicht nur die eigentlichen Schulzimmer, Treppenhäuser, Corridore, Closets sind Sie in der Lage zu beheizen, was Sie sonst durch keine andere Heizmethode zu leisten im Stande sind, und diese verschiedenen Räume können Sie je nach ihrer Entfernung von den Schulzimmern abgestuft mit verschiedenen Temperaturen versehen, das ist ein großer Vortheil, der nur durch Centralheizung erzielt werden kann.

Ich bemerke schließlich, dass es geradezu eine helle Reaction wäre, wenn wir heute abermals zur Ofenheizung zurückgreifen würden. In einem Raume, in welchem zu derselben Zeit alle Räume beheizt werden sollen, kann man nur Centralheizung anwenden. Wenn ein Project sich für die Anbringung der Centralheizung eignet, ist es gerade das vorliegende.

Ich muss sagen, dass ich selten so kleine, regelmäßige, allen Anforderungen der Hygiene entsprechende Pläne gesehen habe, wie die vorliegenden. Allerdings haftet ihnen ein Fehler an und in dieser Beziehung stimme ich vielleicht mit dem geehrten Herrn Generalredner contra, der früher gesprochen hat, überein. Ich beklage wie er, dass die Beleuchtung des Corridors im Parterre, aber auch nur dieses, etwas mangelhaft ist. Ich würde, um diesem Übelstande abzuhelfen, den Antrag stellen, die Thüre mit einem Oberlichte zu versehen, weil nach meinem Dafürhalten nicht leicht eine bessere Beleuchtung dem Parterre-Corridor zugeführt werden kann.

Die Herren, welche das Project gesehen haben, werden wissen, dass durch das Vestibule, welches durch einen Windfang, also eine Glaswand, abgeschlossen ist, das Licht einfällt, und dass das obere, Stockwerk durch die Corridore und das Stiegenhaus vollkommen beleuchtet ist und nur im Parterre, wo das Stiegenhaus durch den dahinter befindlichen Garderobenraum verbaut ist, eine etwas mangelhafte Beleuchtung eintritt.

Ich bin überzeugt, dass der Referent auf diesen Umstand Bedacht nehmen wird — es ist dies aus dem Projecte in großen Umrissen nicht zu entnehmen — und dass in dem Projecte für die Anbringung von Thüroberlichten vorgesorgt ist. Sonst erkläre ich mich mit dem Projecte und Antrage des Referenten einverstanden, habe aber am Schlusse einen Wunsch auszusprechen, u. zw. einen Wunsch, der mir insbesonders von einem Collegen aus dem XVI. Bezirke mitgetheilt worden ist. Es herrscht nämlich eine sehr große Noth im XVI. Bezirke, es sind gegen 1000 Kinder, welche in den Schulen nicht untergebracht werden konnten und auch nicht untergebracht werden können, und muss ich mir daher an den Herrn Vorsitzenden die Bitte erlauben — ich glaube, dass es nicht nothwendig sein wird, einen besonderen Antrag zu stellen — dass die Durchführung dieses Baues mit der größten Beschleunigung ausgeführt werde, dass auch nicht ein Tag verloren werde, und dass angestrebt werde, dass mit Beginn des kommenden

Schuljahres — was viel gesagt ist —, wenn es einigermaßen möglich ist, diese Schule der Benützung übergeben werde.

Referent (zum Schlusswort): Ich knüpfe gleich an die Bemerkungen des Herrn Vorredners an. Die Absicht, den Corridor besser zu beleuchten durch die Ausführung von Oberlichten, ist sehr zweckmäßig und wird jedenfalls zur Ausführung gelangen. Was den Bautermin anbelangt, so ist in der Ausschreibung vorgesorgt, dass die Schule im Mai 1893 zur Benützung kommt, früher ist es wohl nicht gut möglich. Es ist allerdings das Project lange Zeit in Verhandlung gestanden, nicht aber beim Stadtrath — da geht ja alles sehr rasch —, sondern es hat lange gedauert, bis die Vorverhandlungen und die Fertigstellung des Projectes erzielt wurden. Was nun die gegentheiligen Bemerkungen anbelangt, muss ich Eines sagen: ich will nicht behaupten, dass hier eine Musterleistung vorliegt. Der Platz, meine Herren, ist zu klein, darüber ist gar kein Zweifel, und ich wünschte auch eine größere Baufläche und damit eine verbesserte Anlage; wenn aber ein Platz gekauft ist, ein Project vorliegt und gebaut werden soll und, wie der geehrte Herr Vorredner gesagt hat, Noth an Plätzen in den Schulen ist — und wir haben heute ein Verzeichnis erhalten, aus dem Sie ersehen, dass 1700 Kinder keinen Platz finden — dann, meine Herren, muss man sich auch mit dem vorliegenden Projecte zufriedengeben, damit Übelstände möglichst rasch beseitigt werden.

Die Befürchtung, dass die Räumlichkeiten im Parterre finster sein sollten, ist nicht begründet; wenn man den Querschnitt ansieht und den Lichtstrahleinfall beachtet, so wird jeder zugeben, dass das Local genügend erleuchtet wird. Was nun die Bemerkung bezüglich der Heizungen anbelangt, so ist das allerdings ein Detail der Ausführung, und wünsche ich, dass der geehrte Gemeinderath diese Frage einmal ernstlich berät und darüber schlüssig wird, und wird das Referat darüber selbständig vom Bauamte zu erstatten und diese Frage principiell zu besprechen sein. Im vorliegenden Falle aber möchte ich bitten, den Vorschlag zu genehmigen, der so gedacht ist wie die Ausführung in der Schule Embelgasse, V. Bezirk, die zur vollen Zufriedenheit der Schulleitung functioniert.

Ich werde bei der zukünftigen Berathung der Heizsysteme für die weitgehendsten Verbesserungen sein. Ich bitte die Anträge des Stadtrathes unverändert anzunehmen, umsomehr als die Sache dringlich ist nach zweifacher Richtung, erstens dem Zwecke nach und zweitens, um Arbeit zu schaffen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur thatsächlichen Berichtigung): Es wurde von einem Redner hervorgehoben, dass die Zeit verzettelt wird, und dass die Leute auf Arbeit warten. Ich berichtige thatsächlich dem gegenüber, dass ich mit meiner Rede nicht den Bau verzetteln, sondern lediglich auf einen Fehler aufmerksam machen wollte, der in dem Projecte bezüglich der Heizung enthalten ist.

Weiter berichtige ich Folgendes: Es wurde hier hervorgehoben, dass aus dem Grunde zwei Offerten veranstaltet werden, nämlich für Central-Luftheizung und für Niederdruck-Dampfheizung, um dadurch einen billigeren Preis zu erzielen und die Sache nicht zu monopolisieren.

Dem gegenüber berichtige ich thatsächlich: Es ist sonderbar, einen solchen Vorgang zu wählen und dies in öffentlicher Sitzung zu besprechen, nachdem man es morgen in allen Zeitungen wird lesen können, und wenn man sich vergewissern will, es auch aus dem Amtsblatte erfahren kann.

Weiters hat der Herr Vice-Bürgermeister die Güte gehabt, mir zu sagen, ich möchte nicht so erregt sein und mich beruhigen. Wenn jemand das Sitzungs-Protokoll liest, so muss er glauben, dass es nothwendig gewesen wäre, mir die Zwangsjacke anzulegen. Das war aber doch nicht der Fall. Ich danke dem Herrn Vice-Bürgermeister für diese Besorgnis, welche er für mich in seinem Wohlwollen an den Tag gelegt hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss dem Herrn Redner bemerken, dass meine Erinnerung ganz am Platze war. Nach unserer Geschäftsordnung kann immer nur Einer reden. Das ist einmal so, und dem muss sich der Herr Redner fügen und muss warten, bis er wieder zum Worte kommt, um seine Bemerkungen anzubringen.

Wir schreiten zur Abstimmung. Es sind Anträge eingebracht worden vom Herrn Gem.-Rathe Hawranek, welcher will, dass keine Centralheizung, sondern Ofenheizung eingeführt werde, weiters vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Klotzberg, welcher will, dass bloß auf eine Niederdruck-Dampfheizung Rücksicht zu nehmen und demgemäß die Ausschreibung vorzunehmen sei. Herr Gem.-Rath Hipp beantragt, es möge im Parterre mehr Licht geschaffen werden. Es ist dies ein Antrag, welcher zusammenfällt mit dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Stiaßny, die Thüren im Parterre seien sämmtlich, wenn dies noch nicht der Fall ist, mit Oberlicht zu versehen.

Ich werde zuerst die Anträge des Herrn Referenten zur Abstimmung bringen, dann den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Hawranek, dann den des Herrn Gem.-Rathes Klotzberg, schließlich die Zusatz-Anträge Hipp und Stiaßny.

Ich bringe zur Abstimmung die Anträge des Referenten, die sich beziehen auf die Erbauung dieser Schule, auf die Kostenbewilligung von 211.000 fl. und auf die Einstellung von 90.000 fl. im gegenwärtigen Budget. Ich bitte jene Herren, welche diesen Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Angenommen.

Nun kommt zur Abstimmung der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Hawranek, es sei in dem Gebäude bloß Ofenheizung und keine andere Heizung einzuführen. Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Es ist die Minorität, der Antrag ist daher abgelehnt.

Es kommt nun zur Abstimmung der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klotzberg, es sei Niederdruck-Dampfheizung einzurichten. Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. (Geschieht.) — Angenommen.

Ich bitte endlich jene Herren, welche den Anträgen Hipp und Stiaßny, die Thüren im Parterre seien mit Oberlicht zu versehen und es sei im Parterre für mehr Beleuchtung Sorge zu tragen, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen: Das von dem Stadtrathe vorgelegte Alternativproject B für die Erbauung eines zweiten Turnsaales, sowie das sonstige Detailproject für den Bau einer Doppelschule im XVI. Bezirk, Panikengasse, ist mit der Abänderung zu genehmigen, dass der Turnsaal der Mädchenschule nur eine Profilhöhe von 4·4 m erhalte. Ferner sei die Niederdruck-Dampfheizung einzurichten,

die Thüren im Parterre mit Oberlicht zu versehen, überhaupt im Parterre für mehr Beleuchtung Sorge zu tragen. Die Kosten mit dem Betrage von 211.000 fl. sind zu genehmigen und hievon für das Jahr 1892 als erste Baurate der Betrag von 90.000 fl. ins Budget einzustellen.

27. Referent Gem.-Rath R. v. Neumann: Nr. 25. Es handelt sich um die Bewilligung der Budgetpost für den Bau des Volksbades im IV. Bezirke, Klagbaumgasse. Das diesbezügliche Project hat schon den Gemeinderath beschäftigt und wurde genehmigt. Nunmehr liegen die Kostenvoranschläge vor und beziffern sich auf 46.000 fl. Es ist im Budget unter der Post 24 ein Betrag vorgesehen. Es sind nämlich für den Bau von Volksbädern 100.000 fl. präliminiert. Es erscheint daher auch dieser Bau damit gedeckt. Es kommt noch im Budget die besondere Bemerkung vor, dass diese Post von 100.000 fl. aus dem Fonde für gemeinnützige Anstalten zu entnehmen sei, welcher Fond heute eine Höhe von 212.000 fl. erreicht hat. Es kommt die Angelegenheit heute deshalb in den Gemeinderath, damit die Bewilligung dieser Post noch vor der Bewilligung des Budgets erfolge, damit der Bau sofort durchgeführt werden kann.

Es wird nun gebeten, das Detailproject, welches ähnlichen, bereits in Verhandlung gestandenen genau entspricht, beziehungsweise den Kostenbetrag von 46.046 fl. zu genehmigen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Wessely: Meine Herren! Ich bin nicht gegen die Anträge des Herrn Referenten, aber Eines erlaube ich mir zu erwähnen. Als diese Errichtung von Volksbädern in der II. Section des ehemaligen Gemeinderathes zur Berathung vorlag, hat es geheißen: ein solches Bad wird auf ungefähr 30—33.000 fl. zu stehen kommen. Nun haben wir aber jedesmal, so oft ein solches Volksbad errichtet wurde, die Wahrnehmung gemacht, dass der Preis fortwährend steigt. Und gerade im vorliegenden Falle möchte ich mir zu bemerken erlauben, dass das Haus bereits besteht, — es ist ein altes Haus — und die Einrichtung allein soll 46.000 fl. kosten! (Rufe: Es ist ein Neubau!) Wenn es auch ein Neubau ist, — es hat früher geheißen, ein solcher werde circa 30.000 fl. kosten, und nun sind es um etwa 13.000 fl. mehr. Ich habe das nur vorbringen wollen, um das Stadtbauamt darauf aufmerksam zu machen, daß es dem Gemeinderathe auffalle, dass der Preis unausgesetzt steigt, und dass also doch mit etwas größerer Rigorosität an das Sparen gedacht werde und nicht vielleicht Luxusgebäude aufgeführt werden sollten, welche ungeheuer viel Geld verschlingen.

Referent: Ich muss noch nachtragen, dass diese 46.000 fl. das Präliminare beziffern, welches auf Grund des heute in Anwendung stehenden Preistarifes sich ergibt. Es ist nun eine bekannte Sache, dass unsere Tarife zu hoch sind und dass Nachlässe bis 20 Percent sich ergeben. Diese Summe wird daher höchstens 40.000 fl. betragen, ich gebe aber zu, dass vielleicht in den früheren Präliminarien des Bauamtes auch geringere Beiträge eingestellt waren; der Betrag von 40.000 fl. erscheint nicht zu hoch. Es wird, um auf die Tarife noch zurückzukommen, gelegentlich die Revision des Tarifes angestrebt werden, damit bei der Budgetierung sich nicht stets derartige Differenzen ergeben.

Gem.-Rath Trambauer: Der Herr Referent hat uns nicht mitgetheilt, in welcher Weise die Einrichtung dieser Bade-Anstalt erfolgen wird. Meines Wissens sind alle diese Anstalten in den diversen Bezirken nur als Brause- oder Douchebäder eingerichtet, aber ich muss Ihnen offen gestehen, wenn auch solche Douchebäder für das männliche Geschlecht tauglich sind, für Frauen eignen sie sich nicht, und es gibt doch eine größere Anzahl von Frauen, die Wannenbäder vorziehen und auch mehr zahlen werden als 5 Kreuzer, ein Preis, für den allerdings nicht viel gefordert werden kann. Bei einer Kostensumme von 40.000 fl. könnte man doch zehn oder zwölf Wannenbäder einrichten, so dass auch eine ärmere Mutter mit ihren Kindern ein Wannenbad nehmen könnte. Ich möchte Sie daher sehr bitten, zu beschließen, dass der Stadtrath das Referat noch einmal in Erwägung ziehe und Sorge trage, dass zehn oder zwölf Wannenbäder eingerichtet werden.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich muss sagen, billig baut der Gemeinderath nicht. Es ist horrend, welche Summen man hier zu hören bekommt, wenn irgend ein Bau aufgeführt wird. Das vorige Referat, betreffend eine Schule, hat die Summe von 211.000 fl. in Anspruch genommen, und da hören wir von dem Herrn Referenten, er sagte das zum Schlusse seiner Ausführungen: ja, das ist sehr betrübend, ich hätte auch das Project anders gewünscht, das Project ist eigentlich nicht das beste, aber es kostet 211.000 fl. Ich frage Sie, was wird denn dort für ein Palais aufgeführt? Ich muss bei dieser Gelegenheit übrigens mein Bedauern darüber aussprechen, dass wir dieses Referat so kurz abgethan haben, und ich möchte bitten, dass man nicht so schnell Schluss der Debatte und die Wahl von Generalrednern vornimmt. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist für die Zukunft gesagt.

Ich bin gegen alles, was zu viel gesprochen wird; aber ein solches Referat muss man durchbesprechen lassen, weil ja die einzelnen Herren mit ihren Anträgen kommen. Das sind ja technische Dinge, welche besprochen werden müssen.

Nun handelt es sich hier um ein Volksbad in der Klagbaumgasse, welches wieder 46.000 fl. kostet. Es wurde gemeint, das sei ein altes Haus. Nun wird die Aufklärung gegeben, dass dem nicht so sei, es wird ein Neubau aufgeführt. Ich möchte doch fragen, warum ein Neubau aufgeführt wird. Warum sieht sich nicht das löbliche Stadtbauamt um alte Häuser um? Wir haben ja alte Häuser genug, die sich für ein Volksbad vorzüglich eignen. Ich erinnere z. B., dass es vielleicht nicht gut ist, wenn wir für diesen Zweck einen Neubau aufführen, weil wir möglicherweise einmal andere Dispositionen treffen können. Als wir das erste Volksbad in der Mondscheingasse im VII. Bezirke errichteten, so hat dieses 12.000 fl. gekostet. Dieses erfüllt seinen Zweck genau so wie vielleicht dieses hier. Ich glaube, man hätte für diesen Zweck besser ein altes Haus adaptieren können. Nun möchte ich aber an den geehrten Herrn Referenten eine Anfrage richten: Was wird eigentlich für diesen Betrag von 46.000 fl. aufgeführt. Was wird man für ein Gebäude im Auge haben, und ist da auch die innere Einrichtung mit inbegriffen, oder gehören diese 46.000 fl. bloß zum Baue des Hauses? Ich möchte bitten, ehe ich fortfahre, dass mir von dem Herrn Referenten darüber Aufklärung gegeben werde.

Referent: Der Anspruch ist mit 46.000 fl., beziehungsweise 40.000 fl. beziffert. Soviel dürfte die ganze Ausführung kosten. Darin ist alles inbegriffen, auch die Herbeischaffung der Wäsche mit circa 2000 fl. Es ist also nicht bloß der reine Bau, sondern die ganze Einrichtung, die Heizung, die Lieferung der Wäsche, die Einrichtung der Cabinen ꝛc. mit dem genannten Betrage gedeckt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (zum Gem.-Rathe Frauenberger): Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich danke. Nun, wenn nur 2000 fl. für Anschaffung der Wäsche eines so bedeutenden Volksbades ins Auge gefaßt worden sind, so muss ich die Gäste, welche dorthin kommen, sehr bedauern; sie werden sich große Sacktücher mitnehmen müssen, damit sie sich entsprechend abtrocknen können.

Ich bin der Meinung, dass wir einmal aussprechen müssen, dass uns diese Beträge zu hoch sind; denn wenn wir diese Beträge, wie sie genannt wurden, so ohneweiters genehmigen, so werden wir es erleben — da gebe ich Ihnen mein Ehrenwort — dass das Stadtbauamt vielleicht im nächsten Jahre oder in zwei Jahren mit einem Antrage auf Errichtung eines Volksbades kommt und 60.000 fl., 70.000 fl. verlangt, vielleicht noch mehr. Ich glaube, der Zweck der Volksbäder ist nicht der, dass man sie luxuriös ausstattet, sondern der Zweck ist der, dass die Preise billig sind, damit die armen Teufel auch wirklich hingehen können. Das wollte ich in dieser Richtung gesagt haben.

Gem.-Rath Bärtl: In erster Linie bedauere ich ebenfalls lebhaft, dass bei dem vorigen Referate, betreffend die Schule in Ottakring, die Debatte so rasch abgebrochen worden ist. Ich wollte eine Anfrage stellen. Es hat der Herr Vorredner von 120.000 fl. gesprochen, die früher von der Gemeinde Ottakring präliminiert waren. Jetzt sind wir auf 211.000 fl. gekommen, und darüber habe ich gar keine Aufklärung bekommen können, und ich weiß nicht, ob die Turnschule das allein macht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, wir sind jetzt bei den Volksbädern.

Gem.-Rath Bärtl: Nun, meine Herren! Neu ist die Sache nicht, der Gemeinderath hat wiederholt über diese Douche- und Brausebäder Beschluss gefasst, von dem Princip der Wannenbäder ist man schon seinerzeit abgegangen, man müsste also erst neuerdings Beschluss fassen. Wenn Sie das beabsichtigen, meine Herren, so wäre es mir auch recht, allein ich fürchte dann eine Verzögerung. Den Parteien in diesem alten Gebäude ist schon gekündigt, und sobald sie draußen sind, soll sofort mit dem Baue begonnen werden. Es ist auch nicht neu, wie das Bad ausgeführt werden muss; denn die Herren haben sich schon im V. und X. Bezirke davon überzeugen können. Es ist nicht luxuriös, sondern sehr praktisch gebaut und wenn man das alles anschaut, den Bau, die Einrichtung u. s. w., so kann man nicht sagen: Was soll da 40.000 fl. kosten? Das wird es kosten, denn es wird ein neues Haus gebaut, das im allgemeinen einstöckig sein wird. Die anderen Volksbäder haben auch circa 36- bis 40.000 fl. gekostet. Es ist also hier nicht der erste Fall, und ich hoffe, dieser Fonds für gemeinnützige Zwecke wird hinreichen, um mit der Zeit allen Bezirken nach und nach Volksbäder zu verschaffen, denn der Fonds ist ja heute 200.000 fl. stark. Es können also zwei bis drei solcher Bäder jetzt gebaut werden und die anderen werden mit der Zeit nachfolgen.

Meine Herren! Das Haus eignet sich nicht so wie das — wie der Herr Vorredner gesagt hat — in der Mondscheingasse. Das Mondscheinhaus, wo das Communalbad ist, ist in sehr gutem Zustande, das Mauerwerk ist damals gut gewesen und ist auch heute noch so, aber dieses Haus ist beinahe das älteste Haus auf der ganzen Wieden und war früher zu Adaptierungen in Aussicht genommen. Wie man nun daran gegangen ist und das Stadtbauamt es besichtigt hat, hat man gefunden, dass das Mauerwerk sich nicht mehr für ein Volksbad eignet, wenn es auch noch so einfach eingerichtet wird. Nun macht es einige Tausend Gulden mehr aus, aber nicht mehr als bei den anderen Bädern, die wir bereits in den anderen Bezirken haben.

Ich empfehle Ihnen also den Antrag des Herrn Referenten. Würde man das Referat wieder zurückleiten, um Wannenbäder zu erlangen, so würden zwei bis drei Monate vergehen; das Gebäude wird inzwischen leer, und es kann mit dem Bau nicht begonnen werden; man schafft also so wieder Arbeit, und ich bitte Sie, aus diesem Grunde dem Antrage des Herrn Referenten zuzustimmen.

Gem.-Rath Silberer: Meine Herren! Ich wünsche auch einige Worte zu dem Referenten-Antrag zu sprechen, möchte mich aber speciell gegen den geehrten Herrn Collegen Frauenberger wenden, weil mir einige Bemerkungen desselben nicht ganz logisch erschienen. Am allermeisten hat mich seine Forderung in Erstaunen versetzt, — er ist doch sonst ein Mann des Fortschrittes — man solle Volksbäder in alten Häusern errichten, die man dazu ankauft. Nun, meine Herren, Sie müssen mir schon verzeihen, ich kann mir das nicht vorstellen, — obwohl ich schon verschiedene Bäder gesehen habe — wie man in einem alten Hause, wo alles in Zimmer, Cabinet und Küche eingetheilt ist, ein modernes Volksbad errichten will, welches den hygienischen Anforderungen der Neuzeit entsprechen soll. Da nützt nichts; wir geben so viel Geld für das Hochquellenwasser aus — Millionen und Millionen — damit der Bevölkerung die Gesundheit bewahrt wird, und da dürfen wir uns auch nicht scheuen Geld auszugeben, damit die ärmsten Classen eine leibliche Erquickung durch ein Bad bekommen können. Diese Bäder kosten Geld, aber ich werde mich nicht scheuen, so sehr ich sonst jeden Kreuzer der Steuerträger anschaue, selbst eine Million für Bäder zu bewilligen, wenn nach und nach jeder Bezirk ein Bad bekommen soll. Es darf uns nicht geniren, für einen Bezirk 40- bis 50.000 fl. auszugeben. Es kostet eben einmal soviel, die moderne Medicin fordert das und jenes. Wenn Sie eine einschlägige Fachschrift lesen, so werden Sie sehen, was für hygienische Anforderungen heutzutage gestellt werden. Das kostet Geld, doch muss es errichtet werden. Für einige Bezirke ist schon gesorgt, warum sollen sich die anderen Bezirke mit einem Surrogate behelfen? Ich bin also mit Rücksicht darauf, dass es sich um die Pflege des Körpers der ärmsten Classen handelt, dafür, dass der Betrag bewilligt wird.

Die Bemerkungen des Herrn Collegen Frauenberger bezüglich der Wäsche sind geradezu dem entgegengesetzt, was er intendiert. Er hat den Betrag für die Wäsche per 2000 fl. viel zu klein gefunden. Ich möchte bitten, wie ist es möglich, dass der Gesammtbetrag kleiner wird, wenn man für die Wäsche vielleicht 10.000 fl. ausgibt? Ich setze voraus, dass für die Wäsche ohnedies der geringste Betrag angenommen wurde, der Betrag dürfte das Geringste repräsentieren, was wir bewilligen müssen, wenn wir überhaupt ein den modernen Anforderungen entsprechendes Bad haben wollen. Ich werde daher für den Referenten-Antrag stimmen.

Gem.-Rath Hipp: Sehr verehrte Herren! Es geht wohl nicht, dass man hier, wenn von einer Ziffer die Sprache ist und es sich um eine Anlage handelt, wie z. B. hier um das Volksbad, zum Fenster hinausspricht und so redet und mit den armen Leuten herumwirft. Wir thun ja alles für die armen Leute, aber dennoch kann für die armen Leute etwas um einen billigen Preis geschaffen werden. Wir von den Vororten kommen auch um Volksbäder ein, Sie können versichert sein, auch wir werden welche verlangen. Wenn

man also hier fordert, man solle den früheren Anträgen entgegenkommen und mit 30- bis 32.000 fl. ein derartiges Bad errichten, so dass 16.000 fl. erspart werden, so haben wir eher die Aussicht, auch ein Volksbad zu bekommen, denn wenn dann auf ein paar Seiten solche Ersparungen vorkommen, so kann um den ersparten Preis bei uns ein derartiges Bad errichtet werden. Wir, die wir die arbeitende Classe draußen haben, benöthigen sehr ein derartiges Bad; aber wir werden nicht so unbescheiden sein, ein Bad um 40.000 fl. oder 60.000 fl. zu verlangen. Wir werden auch mit einem kleineren Maßstab zufrieden sein. Wenn man also für eine solche Reducierung spricht, muss man nicht immer mit den kleinen Leuten herumwerfen und sich nicht so stellen, als ob man diesen eine Wohlthat entziehen wollte. Man spricht nur davon, dass durch die Reducierung der Baukosten 2c. den Ärmeren mehr zugute kommen kann, aus diesem einfachen Grunde spricht man für die Reducierung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Grübl hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Grübl: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Schluss der Debatte wird angenommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Stehlik und Gregorig.

Gem.-Rath Stehlik: Ich glaube, die Geschichte wäre einfacher gewesen, wenn der Herr Referent uns vorgetragen hätte, wie der Bau ausgeführt wird, ob er vorne Räumlichkeiten haben wird, die einen Zins tragen. Ich glaube, es muss jedes Capital sich verzinsen. Es ist die Summe kolossal, sie beträgt 46.000 fl., und Sie wollen doch dem Publicum ein billiges Bad geben, Sie wollen ja nicht eine Concurrenz für die Badeanstalten schaffen, das ist auch wichtig. Wenn man das alles nicht thun will, so soll man das auch nicht öffentlich erklären.

Ich will nun weiter bemerken, dass das Bad in der Mondscheingasse eine ganz unpraktische Einrichtung hat. Man muss dort mit einer Hand die Douche ziehen und sich mit der anderen Hand waschen; das ist eine ganz chinesische Geschichte. Man soll daher das Bad derart einrichten, dass nicht ein solcher Unsinn gemacht wird, dass man sich dort anständig baden und mit allen zwei Händen waschen und frottieren kann. Man muss das in Erwägung ziehen; gehen Sie in die Mondscheingasse, so werden Sie finden, dass es so gemacht wird. Vielleicht ist der Herr Referent dafür, dass es besser gemacht werde, so dass sich der Badende mit beiden Händen frottieren kann.

Gem.-Rath Gregorig: Ich verzichte.

Referent (zum Schlusswort): Ich habe zu bemerken, dass der Antrag mit 46.000 fl. sich nur auf Grund des heutigen Tarifes so hoch stellt, dass die Kosten eigentlich nur mit 40.000 fl. zu veranschlagen sind. Das hat der erste Herr Redner nicht berücksichtigt, er hat immer nur von 46.000 fl. gesprochen. Es ist von „theuerem Baue" die Rede gewesen. Da möchte ich mir erlauben, den geehrten Herren in Erinnerung zu bringen, dass in den Kosten auch die Einrichtung des Volksbades enthalten ist. Die Heizeinrichtung allein kostet 5500 fl., die Wäsche 2000 fl., die Cabinenwände 2000 fl. Da haben Sie über 9000 fl., die Sie für die Einrichtung des Bades auszugeben haben. Diese müssen Sie von den 40.000 fl. in Abzug bringen und es verbleiben dann nur 31.000 fl.; und wenn Sie die Baufläche nehmen, so werden Sie sagen, dass der Bau relativ nicht theuer ist, wenn Sie bedenken, dass die Ausführung solid erfolgt, nämlich mit Traversen und Gewölben; — denn man wird ein Bad nicht mit Holzconstructionen ausführen. Man könnte es machen, aber es wäre unpraktisch, die Ausführung muss solid erfolgen. Ich glaube daher, dass der Vorwurf, der Bau sei theuer, in diesem Falle wohl ein ungerechtfertigter ist. Die Herren können ja die Pläne einsehen, es wird nicht ein Raumluxus getrieben. Die Ausmaße sind bescheiden.

Was ist denn da zu ersparen? Es ist möglich, schlechter zu bauen, wenn Sie es wollen. Ich werde Ihnen niemals dazu rathen, und nur so könnten Sie ersparen.

Es ist auch gesagt worden, dass die Anlage für das Bad sich verzinsen soll; nun, auf diesen Standpunkt dürfen wir uns nicht stellen; das Bad ist eine Bonification für die arme Bevölkerung, der Preis für die Badbenützung muss billig gestellt werden, gleichviel was die Erbauung kostet, denn der Zweck ist ein sanitärer und humanitärer zugleich. Wir können uns also nicht auf den Standpunkt stellen, einen Gewinn oder eine gute Verzinsung zu erzielen. Nun glaube ich, dass das Project seinerzeit ja bereits genügend besprochen worden ist. Ich habe vermieden, Ihnen neuerdings das alles auszuführen, was ja bereits in früheren Referaten gesagt wurde. Wenn nicht die dringenden Verhältnisse wären, welche zwingen, Arbeit sofort zu schaffen, so wäre die Sache ja gar nicht mehr vorzulegen gewesen. Sie kam hieher, damit die Kosten schon jetzt bewilligt werden. Sofern das Budget schon bewilligt gewesen, so wäre die Sache ihren Lauf gegangen, weil der geehrte Gemeinderath dieses Project bereits genehmigt hat. Es handelt sich hier nur um die Bewilligung der Kostensumme vor Erledigung des Budgets. Ich bitte daher, die Anträge anzunehmen, die Sache ist durchgesprochen, sie fußt auf einem Beschlusse, den Sie bereits gefasst haben.

Gem.-Rath Hawranek (zur Berichtigung): Der Herr Referent hat gesagt, der Bau kostet deswegen soviel, weil der Tarif jetzt so hoch ist. Ich berichtige, dass die Tarife seit 1888 gar nicht geändert sind, und dass wir vor einem Jahre schon diese Bäder bewilligt haben; es kann sich also nichts in der Höhe des Preises geändert haben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Trambauer hat einen Antrag gestellt, welcher dahin geht, es möge auf die Einrichtung von Wannenbädern womöglich Bedacht genommen werden. Im Einverständnisse mit ihm behandle ich diesen Antrag als Zusatz-Antrag, um die Durchführung der Sache nicht zu verzögern. Ich bringe den Antrag des Herrn Referenten zur Abstimmung. Das Detailproject mit dem Kostenbetrage von 46.046 fl. zu genehmigen. Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jene Herren, welche dem Zusatz-Antrage Trambauer zustimmen, es möge auf die Einrichtung von Wannenbädern womöglich Bedacht genommen werden, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Majorität; ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, das Detailproject für den Bau des Volksbades im IV. Bezirke, Klagbaumgasse, mit dem Kostenbetrage von 46.046 fl. zu genehmigen. Auf die Einrichtung von Wannenbädern ist womöglich Bedacht zu nehmen.

28. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Nr. 26. Es handelt sich um einen Schulbau im II. Bezirke, in der Freudenau,

welcher Schulbau bereits ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen des geehrten Gemeinderathes gewesen ist. Es ist das der Schulbau nächst der Krieau, beziehungsweise an der Aspernallee gelegen. Das Project hat bereits den geehrten Gemeinderath beschäftigt, und es wurde beschlossen, dasselbe theilweise auszuführen, nachdem das dermalige Bedürfnis eben nicht die gänzliche Ausführung erheischt, und zwar derart, dass das Gebäude sechs Fenster Gassenfront mit drei Etagen und Parterre und vier Fenster Front nur mit Parterregeschoss erhalte. Der Stadtrath hat nun über eine Anregung, welche bei der damaligen Debatte gegeben, aber nicht weiter verfolgt wurde, beschlossen, Ihnen zu empfehlen, nur zwei Etagen mit Parterregeschoss auszuführen, zugleich aber für einen Turnplatz, resp. Spielplatz im Freien zu sorgen. Das Project wurde damals ausführlich besprochen, und ich kann mich daher auf die kurze Wiederholung beschränken, dass bei dieser Ausführung sechs Lehrzimmer, ein Arbeitssaal, ein Aufnahms- und Conferenzzimmer, ein Turnsaal, eine Oberlehrer- und eine Schuldienerwohnung sich ergeben wird.

Das dermalige Erfordernis für die Schule in der Freudenau sind drei Schulzimmer. Es ist dies eine Schule, in der noch gemischter Unterricht ertheilt wird, das heißt es sind Mädchen und Knaben in einem Schulraume beisammen. Die Kosten dieser Theilausführung nun beziffern sich auf 98.616 fl., und ist in dem dermaligen Bugdet Vorsorge getroffen, indem auf der diesbezüglichen Budgetpost XLIII $^{1}/_{II}$ Nr. 2 eine Summe von 42.500 fl. vorgesehen ist.

Bezüglich der Heizung bemerke ich, was ich auch schon früher angeführt habe, dass in diesem Falle Ofenheizung eingeführt wird, nämlich die Local-Ofenheizung mit Füllöfen, dass aber für die Central-Ofenheizung Vorsorge getroffen wird. Die sonstige Ausführung des Baues findet in den Typen statt, in denen die Gemeindeschulen sonst gebaut werden.

Ich habe weiter nichts hinzuzufügen und empfehle den Antrag des Stadtrathes zur Annahme, welcher aus dem Grunde vorerst zur Vorlage gelangt ist, damit vor Erledigung des Budgets der Bau bereits in Angriff genommen werden kann.

Dieser Antrag lautet (liest):

„Das Detailproject für den Schulhausbau in der Freudenau mit der adjustierten Kostensumme von 98.616 fl. 20 kr. mit der Abänderung zu genehmigen, dass der Bau nur zweistöckig auszuführen und für einen entsprechenden Turn- und Spielplatz im Freien schon jetzt Sorge zu tragen ist.

In das Budget des Jahres 1892 ist der Betrag von 42.500 fl. aufzunehmen."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wenn keine Einwendung erhoben wird (niemand meldet sich), erkläre ich **diesen Antrag für angenommen.**

29. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 692, Beilage 24. Es handelt sich hier um das Amtsgebäude im XIX. Bezirk. Schon im Jahre 1890 hat die Vertretung der Gemeinde Ober-Döbling mit dem Ärar das Übereinkommen getroffen, dass in diesem Amtsgebäude auch das Bezirksgericht und die Finanzcasse untergebracht werden soll. Bekanntlich hat die Groß-Commune die Verpflichtung der verschiedenen Gemeinden auf sich genommen und sie tritt in die Verpflichtung ein, das, was zwischen der Gemeinde Ober-Döbling und dem Finanzärar vereinbart wurde, auch durchzuführen. Inzwischen hat sich auch selbstverständlich das Bedürfnis herausgebildet, das Amtsgebäude für das magistratische Bezirksamt und die Bezirksvertretung einzurichten. Es sind also alle drei Ämter, sowohl das magistratische Bezirksamt und die Bezirksvertretung, als auch das Bezirksgericht in diesem Gebäude untergebracht, außerdem noch im Erdgeschosse die Sparcasse von Döbling und in dem Theile, welcher von dem Ärar in Miete genommen wird, die Finanzcasse. Als Miete für die vom Ärar benützten Räumlichkeiten wurde von der Gemeinde Ober-Döbling der Zins von 4200 fl. vereinbart. Dieser Zins wurde nun auch von der Groß-Commune Wien acceptiert und die Vereinbarung mit dem Ärar ist in dem Sinne getroffen, dass, solange das Bezirksgericht dort untergebracht ist, für die Räumlichkeiten ein Zins von 4200 fl. zu zahlen ist. Was das Project selbst anbelangt, so werden vom Stadtrathe drei Alternativen vorgelegt. Das Stadtbauamt bewertet den Bau inclusive Einrichtung mit der effectiven Summe von 150.000 fl.; das betrifft sämmtliche Ämter und umfasst die ganze Möblierung für dieses weitläufige Gebäude. In diesen drei Alternativen sind nun verschiedene Vorschläge gemacht.

Bei der einen ist ein zweckmäßiger Zugang zum Sitzungssaale mit einem eigenen Zugang für das Publicum angegeben, ohne dass dadurch die Baukosten erheblich gesteigert würden — das ist die Alternative A. In der Alternative B ist der Vorschlag gemacht, den Saal und insbesondere den Raum für das Publicum dadurch größer zu gestalten, dass ein Ausbau gegen den Hof zu vorgenommen wird; doch sind hier die Vorzimmer und Nebenräumlichkeiten etwas nachtheiliger situiert. Nach diesem Vorschlage B ist ein Mehrkostenaufwand von 14.000 fl. erforderlich. Nach der Alternative C endlich soll der Saal auch in den Hof hinein gebaut, die Nebenräumlichkeiten aber in eine andere Anordnung gebracht werden; hier sind die Beleuchtungsverhältnisse günstigere, das Mehrerfordernis würde 11.000 fl. betragen.

Nachdem der Magistrat sowohl als das Bauamt und alle Ämter übereinstimmend erklärt haben, dass die im Projecte A vorgeschlagenen Räumlichkeiten für die Bedürfnisse des Bezirksamtes und des Bezirksausschusses vollkommen ausreichen, beantragt der Stadtrath die Annahme der Alternative A.

Was nun die Kosten anbelangt, so sind im heurigen Budget 90.000 fl. vorgesehen, und werden auch nicht mehr als 90.000 fl. in diesem Jahre beansprucht werden. Wenn nun der Antrag des Stadtrathes, beziehungsweise die Alternative A angenommen wird, so wird in das Budget des Jahres 1893 noch ein Betrag von 60.000 fl. einzustellen sein.

Ich bitte sohin, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen und den Plan nach der Alternative A zu genehmigen und die Gesammtkostensumme von 150.000 fl. zu bewilligen.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich bin nicht gegen die Erbauung des Amtshauses in Ober-Döbling, aber gegen den Ort, wo es erbaut werden soll, und zwar aus dem Grunde, weil der Ort, wo es hinkommen soll, nicht das Centrum des Bezirkes ist. Es gehören ja auch die Gemeinden Unter- und Ober-Sievering, Grinzing, Heiligenstadt, Nußdorf, ja sogar Kahlenbergerdorf dazu. Wenn das Amtshaus in Ober-Döbling erbaut wird, müssen alle gegen die Stadt zugehen und haben einen ungeheuer weiten Weg. Es wäre vernünftiger, besser und praktischer, wenn das Amtshaus in der Mitte des Bezirkes erbaut werden würde. Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite. Dort, wo das Amtshaus erbaut werden soll, stehen heute zwei Häuser, welche der Commune circa

65.000 fl. kosten. Diese müssen niedergerissen werden und da stellt man ein Haus um 160.000 fl. hin. Wenn Sie um etliche 60.000 fl. Gründe kaufen, vielleicht in der Silbergasse oder in der Peregringasse oder in der Grinzingerstraße, an einem Orte, der von allen Grenzpunkten des Bezirkes gleich weit entfernt ist, so bekommen Sie einen Platz, der fünfmal so groß ist wie dieser hier, die alten Häuser werden der Commune noch etwas tragen, und das Haus wird nicht mehr kosten als das in Ober-Döbling. Früher, solange die Gemeinde Ober-Döbling allein stand, war das berechtigt, denn es sind dort die meisten Bauten, die meisten Zinshäuser und die meisten Mietparteien gewesen, welche mit dem Amte verkehrten. Der Bezirk kann sich aber nicht mehr an dem Orte, wo das Amtshaus jetzt ist, in Ober-Döbling nämlich, entwickeln, sondern diese Entwicklung ist nur in den neu zugewachsenen Theilen zu erwarten, wenn der Krottenbach ausgebaut und wenn Unter-Sievering completiert wird. Dort sind eine Menge Gründe. Ich bin also jedenfalls dafür, dass das Amtshaus gebaut werde, aber im Centrum des Bezirkes, nicht auf dem Theresienplatz, damit der Wert der Häuser erhalten bleibe.

Gem.-Rath Steiner: Sehr geehrte Herren! Auch ich bin für die Erbauung eines Amtshauses im XIX. Bezirke, und nachdem der Herr Referent bemerkt hat, dass der Beschluss der Gemeinde Ober-Döbling vom Jahre 1890 lautet: ein Bezirksamt zu erbauen auf den Gründen der jetzt bestehenden Häuser Nr. 10 und 12 am Theresienplatz, so hat der Beschluss der Gemeinde Ober-Döbling gewiss einen Sinn und war richtig, solange diese Gemeinde autonom war.

Ich kann aber den Ausführungen des Herrn Referenten aus dem Grunde nicht zustimmen, weil ich nicht einsehe, warum ein Beschluss der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling bindend sein soll für den ganzen XIX. Bezirk. Ich bin nicht Vertreter von Ober-Döbling, sondern Vertreter des ganzen XIX. Bezirkes und habe mithin die Gesammtinteressen dieses Bezirkes zu vertreten.

Da der XIX. Bezirk sich östlich an die Donau, südlich an den IX. und XVIII. Bezirk anlehnt, daher eine Entwicklung desselben nicht dort, sondern nur in nordwestlicher Richtung in Aussicht steht, so gehört auch das Amtsgebäude nicht auf den Theresienplatz an der südlichen Peripherie, sondern in die Mitte des Bezirkes.

Es ist eigenthümlich, die Gemeinde Ober-Döbling hat vor zwei Jahren das Haus Nr. 12 um 35.000 fl. angekauft; der Wert des jetzt bestehenden Rathhauses, das ebenfalls Eigenthum der Commune Wien ist, beträgt circa 30.000 fl. Jetzt sollen beide Häuser demoliert werden; mithin kostet schon der Bauplatz 65.000 fl. (Hört! Hört! links) und entspricht weder den Bedürfnissen, noch den Verhältnissen des Bezirkes. Wer kann sich dazu verstehen? Ich nicht. Denn das sind sehr theure Bauplätze; wenn aber das Stadtbauamt in der Mitte des Bezirkes sucht, wo Bauplätze in genügender Fülle vorhanden sind, bekommen wir einen Bauplatz um 20.000 fl., 25.000 fl. oder 30.000 fl., wir ersparen 30.000 fl. und das Amtsgebäude entspricht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Das Haus Nr. 12 ist vor zwei Jahren angekauft worden, im Februar ist den Parteien gekündigt worden und heute steht das Haus noch leer. Was geht da an Zins zugrunde?

Man bemerkte, dass das Einvernehmen mit dem Justizministerium gepflogen worden ist, und es wurde auch von maßgebender Seite erwidert, dass, wenn neue Verhandlungen mit dem Justizministerium eingeleitet werden, wahrscheinlich der Bau verzögert werden dürfte.

Ja, meine Herren, das Justizministerium wird auch mit der Commune Wien binnen vier Wochen einen neuen Vertrag schließen können, denn uns an das zu binden, was die Gemeinde Ober-Döbling beschlossen hat, dazu sind wir als Groß-Wiener nicht verpflichtet, wenn die Interessen der Bevölkerung draußen dadurch geschädigt würden und die Sache in keiner Weise entsprechend ist. Meine Herren! Es kommt mir so vor, als wenn durch diese Beschlüsse über die Bauten nur die öffentliche Meinung beruhigt werden solle, oder damit die Journale ein bisschen Ruhe geben; es soll alles durchgepeitscht werden, ein Referat, wie dieses, war gestern im Stadtrath, kommt heute vor das Plenum, und dann wird vielleicht das Stadtbauamt ein halbes Jahr warten, bis es zur Ausführung kommt. Damit ist der Bevölkerung in keiner Weise geholfen.

Ich würde sie also bitten, diesem Antrage nicht zuzustimmen; ich habe mir erlaubt, einen Antrag einzubringen, wonach das Stadtbauamt beauftragt wird, einen geeigneteren Platz im Bezirke zu ermitteln, damit das Amtsgebäude dort erbaut werden kann. Der Herr Referent hat auf meinen Antrag gar nicht geantwortet; ich weiß nicht, ob das Stadtbauamt die Erhebungen gepflogen hat, und weiß nur das Eine, dass hier 30.000 fl. beim Fenster hinausgeworfen werden (Richtig! links), und nachdem mir einmal ein Herr Stadtrath aus dem I. Bezirke zugerufen hat, ich möge nur bekanntgeben, wo gespart werden kann, so sage ich heute dem Herrn Collegen, dass hier 30.000 fl. erspart werden können, die man nicht zum Fenster hinauszuwerfen braucht.

Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen, dass das Stadtbauamt beauftragt werde, schleunigst einen geeigneten Platz auszumitteln, denselben dem Stadtrathe bekanntzugeben, und dass dieser mit thunlichster Beschleunigung einen Antrag dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorlege. (Beifall links.)

Referent: Darauf habe ich nur zu erwidern, dass allerdings der Herr Collega Steiner seinerzeit den Antrag eingebracht hat, demzufolge das Stadtbauamt beauftragt werden soll, einen geeigneten Platz für das Gemeindehaus und das Amtsgebäude, sowie für die übrigen Ämter im XIX. Bezirke in Vorschlag zu bringen. Er meint einen Platz, der mehr in der Mitte liegt. Nun, darauf habe ich zu erwidern, dass weniger die geometrische Mitte des ganzen Territoriums ausschlaggebend ist, als die Mitte des bevölkerten Theiles, und dass es gewiss ist, dass die Theresiengasse, speciell die Häuser Nr. 10 und 12, so ziemlich in der Mitte des dichtest bewohnten Theiles des ganzen Bezirkes gelegen sind. Wollte man die geometrische Mitte des ganzen Territoriums nehmen mit den Wäldern und Bergen ꝛc., so käme man vielleicht in die Weingärten von Grinzing hinein und das wäre gewiss für die Bevölkerung kein Vortheil. Jedenfalls ist es zweckmäßiger, man situiert das Haus dort, wo die Mehrzahl der Bevölkerung wohnt, die also näher hat, als wenn das Haus so weit draußen steht in dem unbewohnten Theile. (Unruhe links.)

Auch hat der Bezirksausschuss am 26. December an den Gemeinderath folgende Eingabe gerichtet: Der Bezirksausschuss des XIX. Gemeindebezirkes Döbling hat in seiner Sitzung am 15. d. M. den Beschluss gefasst, den Gemeinderath zu ersuchen, dass es den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung allein entspreche, dass das neue Amtshaus für das magistratische Bezirksamt und den Bezirksausschuss auf der bereits bestimmten Stelle in Ober-Döbling, Theresiengasse Nr. 10 und 12 erbaut werde. (Rufe rechts: Hört!)

Das ist die Äußerung des Bezirksausschusses des XIX. Bezirkes und erklärt derselbe darin ausdrücklich, dass die Wünsche und Bedürfnisse dieses Bezirkes dadurch erfüllt werden, wenn man an der von mir bezeichneten Stelle das Amtshaus errichtet.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Kreindl: Ich möchte mir erlauben, gegenüber dem Antrage des Herrn Collegen Steiner zu constatieren, dass die Gemeinde Ober-Döbling, wie sie noch vollkommen autonom war — vor zwei Jahren — den Beschluss gefasst hat, das Haus Nr. 10 zu kaufen und auf beiden Plätzen ein neues Amtshaus mit dem Bezirksgerichte, Steueramt, Feuerwehr, Sparcassa &c. zu erbauen. Die Gemeinde war damals autonom und die Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin ist nach meinen Begriffen mehr oder weniger verpflichtet, diesen Beschluss zur Ausführung zu bringen. (Rufe links: Nicht wahr!) Ich wiederhole, dass es mich sehr überrascht hat, dass ein solcher Antrag gestellt wurde, das Amtshaus auf die andere Seite des Bezirkes zu verlegen. Wenn man in Betracht zieht, dass die Bevölkerung von Ober-Döbling nahe zur Hälfte so groß ist, wie jene aller anderen sieben Gemeinden zusammen, so werden Sie es begreiflich finden, dass dieser Gemeinde, nachdem sie hiezu ein specielles Bedürfnis gefühlt hat und mit ihren eigenen Mitteln das Haus erbauen wollte, jetzt nicht verweigert werden kann, dass das Amtshaus dort errichtet werde.

Ich möchte aus diesen Gründen nur noch eine Kleinigkeit über das Project selbst sagen. Selbstverständlich ist es unsere hauptsächlichste Intention und unser Wunsch, dass das Project bald zur Ausführung komme. Bereits im vorigen Jahre hätte das Haus unter Dach gebracht werden sollen, doch infolge gewisser Hindernisse — ich glaube, die Finanzcasse war die Hauptschuld — war eine Verzögerung eingetreten. Es liegen außer dem Projecte noch zwei Varianten vor. Es ist selbstverständlich, dass die Vertreter des XIX. Bezirkes einer Variante besonders zustimmen, weil durch dieselbe größere Räume und Ubicationen, welche nothwendig sind, gewonnen werden. Es ist für den Armenrath nur ein ganz kleiner Raum geschaffen, auch für den Doctor ist nicht Vorsorge getroffen. Deshalb bitte ich, der Variante zuzustimmen und die Abstimmung in diesem Sinne zu leiten oder vorzunehmen.

Gem.-Rath Matzenauer: Meine Herren! Man kann hinkommen, wohin man will, so ertönt überall der Ruf „schafft Arbeit!" Wie kann die Commune anders Arbeit schaffen, als dadurch, dass sie die Bauten, welche in späterer Zeit in Ausführung zu bringen sind, so rasch als möglich zur Durchführung zu bringen bestrebt ist. Kommt ein Antrag auf Ausführung eines derartigen Baues, so wird alles mögliche gegen die Ausführung desselben eingewendet. — In einem Falle spricht man nicht lange genug darüber, in einem anderen Falle findet man, der Platz sei nicht gut gewählt, und jetzt soll der ganze bureaukratische Weg, der mit Mühe und Noth durchgemacht worden ist, von neuem begonnen werden, es soll ein anderer Platz ausgemittelt werden. Natürlich, wenn ein anderer Platz gefunden ist, muss man auch einen anderen Plan haben, weil der Plan sich an die Area anschmiegen muss, und man kommt heuer nicht mehr zum Bauen. So sieht die warme Vorsorge für Schaffung von Arbeiten aus, wenn es sich um einen concreten Fall handelt.

„Es soll in der Mitte des Bezirkes gebaut werden." Nun, wie sieht es mit anderen Amtsgebäuden aus? Stehen denn die auch in der Mitte des Bezirkes? Steht denn dieses Gebäude hier in der Mitte des I. Bezirkes? Ich glaube, es steht schon mehr gegen die Josefstadt. Wie sieht es im II. Bezirke aus? Steht dort das Amtsgebäude in der Mitte des Bezirkes, und wie sieht es mit dem Gemeindehause auf der Wieden und in Margarethen aus? Sind vielleicht diese in der geometrischen Mitte des betreffenden Bezirkes? Nein. — Wie sieht es denn in den neuen Bezirken aus? z. B. in Hietzing. Ist vielleicht Hietzing der Mittelpunkt des XIII. Bezirkes? — Auch nicht. — Ausschlaggebend war immer, dass das Amtsgebäude erstens in jenem Orte ist, welcher den Namen des Bezirkes trägt. Man hat das Gebäude nach Hietzing verlegt, weil der Bezirk Hietzing heißt. So muss man auch das Amtsgebäude für den XIX. Bezirk nach Döbling verlegen, consequent dem Principe, dass der Bezirk und der Ort des Amtsgebäudes gleichen Namen haben. Das ist aber auch deshalb, weil der Bezirk nach dem bedeutendsten Orte den Namen trägt, und das ist für den XIX. Bezirk ohne Zweifel Döbling.

Sie haben eine leichte Verbindung zwischen der Hauptstraße und der oberen Hirschengasse. Also Sie können von der einen und anderen Seite zum Theresienplatze leicht zu. Sie haben die leichte Verbindung einerseits von Grinzing und Sievering herein, anderseits von Heiligenstadt zum Bezirksamte. Es ist daher richtig, dass der Platz in dieser Weise gewählt wurde, und ich werde für den Antrag des Referenten stimmen, ohne weitere Verzögerung herbeizuführen.

Gem.-Rath Steiner: Ich bin nur neugierig, ob nach mir noch ein Stadtrath für das Project sprechen wird. Auf mich macht das einen eigenthümlichen Eindruck, entweder wird hier Komödie gespielt, oder es werden die Interessen nicht vertreten. (Widerspruch rechts.) Das ist einmal richtig; offen heraus mit der Wahrheit! Der Herr College Matzenauer hat erklärt, das Rathhaus steht auch nicht in der Mitte; ja, hätte man den Stephansthurm wegreißen sollen, um es dort zu bauen. Er sagt, der Act muss den langen bureaukratischen Weg noch einmal wandern. Nun, meine Herren, wir sind bereits übers Jahr einverleibt. Der Act ist ein Jahr beim Stadtbauamte. Warum hat man sich nicht um den richtigen Platz gekümmert, bevor der Act vorgelegt wurde, man hat ja ein Jahr dazu Zeit gehabt.

Mein Antrag lauft schon drei Wochen beim Stadtrathe und doch ist noch nichts geschehen, am allerwenigsten seitens eines Stadtrathes, der mit den Verhältnissen nicht vertraut zu sein scheint.

Der geehrte Herr Referent stützt sich auf die im Bezirksausschusse gefassten Resolutionen. Ich frage Sie: „Kennen Sie die Verhältnisse im Bezirksausschusse des XIX. Bezirkes?"

Der Herr Vorsitzende dirimierte zu Gunsten des Antrages; es war Stimmengleichheit — nur einer, der sich gefürchtet hat, seine Stimme abzugeben, ist hinausgegangen, sonst wäre diese Abstimmung nicht zustande gekommen.

Der Herr College spricht auch von den Weingärten in Grinzing; die werden auch einmal verbaut werden; man baut ein Amtshaus nicht nur für fünf oder zehn, sondern für 100 Jahre, und bis dort wird sich der Bezirk entwickelt haben.

Der geehrte Herr Referent möge mir verzeihen, aber auf mich macht es den Eindruck hier, als ob die Beschlüsse und die Geschäftsführung des Stadtrathes der Reichshaupt- und Residenzstadt auf Gegenseitigkeit beruhen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, ich muss den Redner doch ersuchen, den letztgebrauchten Ausdruck näher zu

erklären, wem er damit einen Vorwurf macht. Der Ausdruck, wie er gebraucht wurde, ist mehr als Vorwurf für den Stadtrath. (Zustimmung rechts.) Ich rufe den Redner dafür zur Ordnung. (Unruhe.)

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den geehrten Präsidenten bitten, dem Gem.-Rathe Steiner nochmals das Wort zu ertheilen, damit er seinen Ausdruck begründe. (Unruhe.)

Referent: Ich will etwas richtigstellen. Gem.-Rath Steiner hat die Abstimmung im Stadtrathe erwähnt. (Rufe: Nein, im Bezirksausschuss!) Er ist damit vollkommen im Irrthum. (Rufe: Er hat Bezirksausschuss gesagt!) — (Lebhafte Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, meine Herren, es ist nicht möglich zu debattieren. Ich bitte, sich doch so ruhig zu verhalten, dass wir uns verständigen können. (Unruhe; gegen die Linke gewendet:) Ich bitte sich zum Worte zu melden und dann zu berichtigen.

Referent: Ich habe den Collegen so verstanden, als wenn er vom Stadtrathe gesprochen hätte. (Rufe links: Nein! Bezirksausschuss!)

Gem.-Rath Gregorig: Die heutige Debatte veranlasst, unwillkürlich auf vergangene Zeiten zurück zu gehen. Da ist gesagt worden: ja, in den Stadtrath werden die Gescheidtesten hineinkommen. (Rufe rechts: Ja wohl!) Möglich, ich verstehe es eben nicht besser. Ein Herr meint, ein Beschluss der Gemeinde Döbling sei bindend für die Gemeinde Wien.

Weiß der Herr Stadtrath nicht, dass im Wiener Gemeinderathe auch schon vorgekommen ist, dass ein Beschluss des Wiener Gemeinderathes durch ihn selbst annulliert worden ist? Aber Stadtrath ist er doch und bekommt 3000 fl. Es ist überhaupt ein Spass mit dem Stadtrathe. Ich habe da eine eigenthümliche Sache gehört, der Stadtrath soll jetzt als Behörde erklärt werden, und dann wehe einem von uns, der einen Stadtrath angreift, der wird ohneweiters eingesperrt, denn der Stadtrath ist eine Behörde, oder soll als solche erklärt werden; und man will sogar die Antisemiten provocieren, dass sie etwas gegen den Stadtrath sagen, um klagbar gegen sie auftreten zu können. Soweit geht die Sache. Das ist ein reiner Größenwahn bei den Herren, sonst kann man nichts sagen. Der Stadtrath ist von dem Gemeinderathe gewählt, er ist daher keine Behörde, wenn das auch der metallene Bürgermeister erklärt hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, dass es ganz unpassend ist von einem freigewählten Vertreter der Gemeinde, den Herrn Bürgermeister auf eine solche Weise anzugreifen. Das ist ganz und gar unpassend. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Außerdem möchte ich den Herrn Redner ersuchen, zur Sache zu sprechen. Ich glaube, dass angesichts des Nothstandes, den wir alle anerkennen, es nicht passend ist, wenn hier mit Dingen, die gar nicht zur Sache gehören, die Zeit vertrödelt wird. Es ist nicht möglich, diese Baureferate zu erledigen. Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend): Ich bin der Meinung, dass ich nach den Äußerungen, die früher gefallen sind, bei der Sache bin. Es ist hier von unserer Seite der Antrag gestellt worden, dass das Gebäude in der Mitte des Bezirkes sein soll. Dasselbe so in die Mitte hinzustellen, wie es der Herr Referent hat lächerlich machen wollen, fällt dem Antragsteller jedenfalls nicht ein.

Ich komme aber auf meine eingangs erwähnten Worte zurück und erinnere an die Versprechungen, die gemacht worden sind. Die Herren haben gesagt: Alles innerhalb der neuen Linien wird verbaut. Wir nehmen Sie beim Worte, sehen aber draußen von den Bauten nichts. Sie haben es versprochen, folglich müssen Sie es halten, es müssen draußen Bauten aufgeführt und es muss darauf Rücksicht genommen werden, dass das Gebäude dorthin kommt, wo es dem Wohle des Bezirkes und nicht dem einzelnen Macher entspricht, denn man muss das allgemeine Wohl im Auge behalten. Leider ist das nicht der Fall, sondern einflussreiche Personen machen ihre Wege, und es wird beschlossen, wie sie es brauchen. Was den Preis des Gebäudes anbelangt, so bin ich der Meinung, dass der Bauplatz keine 30.000 fl. kosten wird, wenn ein anderer Platz gewählt wird, der nach dem Wunsche der Bevölkerung in der Mitte des Bezirkes, vielleicht gegen Heiligenstadt zu liegt. Hier würde der Platz vielleicht 10.000 fl. kosten und fünfmal so groß sein.

Ich kenne die betreffende Area nicht, glaube aber, dass wir 30- bis 40.000 fl. ersparen können. Und nur um einigen Herren eine Gefälligkeit zu erweisen und um ihnen dankbar zu sein dafür, dass sie für die liberale Partei gestimmt haben, können wir unmöglich für ein solches Project stimmen. (Beifall links.)

Gem.-Rath Grünbeck: Ich muss mich auch gegen den ausgewählten Platz erklären, weil wir gewiss dazu Ursache haben. Wenn wir 30- bis 40.000 fl. ersparen können, so wird das der Commune Wien durchaus nicht schaden. Sie nehmen einen alten Beschluss der Gemeindevertretung Döbling her. Das war eine Gemeinde allein, zu der heute acht Gemeinden hinzugekommen sind. Da, glaube ich, muss das Verhältnis ein anderes sein. Es ist gewiss immer besser, wenn man weiter draußen im Centrum einen Platz verbaut, als wenn man ein bestehendes Gebäude niederreißt, welches der Commune, resp. der früheren Gemeinde sehr viel gekostet hat. Es wäre unbedingt besser, wenn man einen anderen Platz aussuchen würde. Es ist ja nicht nothwendig, diesen alten langen bureaukratischen Weg einzuschlagen. Arbeiten Sie so rasch, wie die ehemaligen Vorortegemeinden gearbeitet haben. Wenn unsere Geschäftsleute solange hätten warten müssen, bis sie ihre paar Gulden bekommen, hätten wir schon Krawalle gehabt. (Beifall links.) Sehen Sie, das ist der einfache Weg. Unsere Geschäftsleute waren nach vierzehn Tagen ausbezahlt, hier müssen sie fünf bis sechs Monate warten, bis sie ihr Geld bekommen. Arbeiten Sie rasch und lassen Sie einmal diesen alten bureaukratischen Zopf weg. Seit ich die Ehre habe, hier zu sitzen, sind von Ihrer (rechten) wie von unserer (linken) Seite verschiedene Anträge gestellt worden, für Schulbauten haben wir einen Betrag von 1,100.000 fl. eingestellt; jetzt plötzlich, weil man endlich einmal sieht, dass Arbeit noththut, weil die Regierung solange mit der Arbeit gezögert hat, werden ein paar Pläne — ob sie besonders gut sind oder nicht, darüber haben Sie selbst das Urtheil eines Referenten gehört — fertig gemacht. Wenn wir aber schon etwas ausgeben, so soll man doch schauen, dass die Sache zweckmäßig und für die Zukunft dienlich sei.

Deshalb bin ich der Ansicht, dass wir rasch arbeiten sollen. Das Stadtbauamt muss sich auch ein bisschen beeilen; Hilfskräfte sind ja genug da, und es laufen genug Zeichner herum, die nichts zu thun haben, und wir werden solche Pläne, glaube ich — ich bin kein Fachmann — in drei Wochen gewiss hier haben. Es gibt ja passende Plätze genug, für welche dasselbe Project verwendet

werden kann. Ich bin dafür, dass etwas geschaffen wird; aber wie ein einfacher, schlichter Geschäftsmann sparen muss, so muss es auch die Commune Wien; die 30- oder 40.000 fl. kann man bei einer anderen Sache verwenden. So haben wir in den Vororten gewirtschaftet, auf kürzerem Wege, und nicht in der Weise, dass mit einem Referat ein paar Jahre hindurch langweilig herumgezogen worden ist. Darum bin ich gegen diesen Antrag.

Gem.-Rath Dr. Zimmermann: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (den Vorsitz übernehmend): Ich bitte die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Eigner, Dr. Richter, Pursch, Dr. Lueger, Frauenberger, Stiaßny, Ziegelwanger, Roske, Gregorig, Steiner.

Gem.-Rath Eigner: Ich erlaube mir die Anfrage an den Herrn Referenten zu richten, wer die Pläne, die vorliegen, entworfen hat.

Referent: Die Pläne sind ursprünglich vom Bauamte entworfen. Die Alternative A wurde von mir in der Absicht hineingezeichnet, etwas zu schaffen, wobei gar keine Mehrauslagen erforderlich sind. Die Alternative B ist vom Herrn Collegen Baurath Neumann und die Alternative C habe ich, angeregt durch die Alternative B, entworfen und in dem Sinne ausgestaltet, dass die rückwärtigen Localitäten des vorderen Tractes durch einen eingeschalteten Lichthof künstlich erhellt werden und der Zutritt zum Sitzungssaale durch ein günstig gelegenes Vorzimmer vermittelt wird. Ich habe im Stadtrathe — ich will hier erwähnen, wie der Beschluss des Stadtrathes zustande kam — zunächst den Antrag gestellt, die Alternative A anzunehmen, weil hiedurch keine Mehrausgabe verursacht wird; aber für den Fall, dass der Stadtrath der Ansicht sein sollte, dass eine größere Ausgestaltung des Saales erwünscht sei, habe ich beantragt, die Alternative C zu acceptieren, welche eine Mehrausgabe von circa 11.000 fl. beanspruchen würde.

Nachdem aber der Magistrat, das Bauamt und auch der Herr Bürgermeister dafür eingetreten sind, dass die vorhandenen Localitäten genügen und auf lange Zeit hinaus genügen werden, hat sich der Stadtrath bestimmt gefunden, von jeder Mehrauslage abzusehen und die Alternative A zur Annahme zu empfehlen.

Gem.-Rath Eigner: Ich glaube, dass der vorliegende Plan noch einer größeren Erörterung zu unterziehen wäre. Ich bin wohl kein Ingenieur, auch kein Baurath, sondern ein schlichter Baumeister; aber ich würde daselbst etwas Besseres herausfinden. Wie die Herren aus dem Plane ersehen werden, sind die Gänge vollständig finster, von Luftzutritt und Ventilation ist keine Rede, die Aborte sind mitten im Gebäude angelegt. Das ist ein Rathhaus, ein Bau, der nicht für 20 oder 30, sondern für Hunderte von Jahren aufgeführt wird; was sich unsere Nachkommen denken werden, wenn sie ein solches Gebäude ansehen, weiß ich nicht. In einem Amtsgebäude soll Luft und Licht sein; ich kenne Amtshäuser, wo man Einem das Börsel aus dem Sacke ziehen und die Uhr wegnehmen kann, und man sieht den Dieb gar nicht. Warum werden nicht bei solchen Bauten, die 150.000 fl. kosten, Offerte für Concurrenzpläne ausgeschrieben? Wenn man 150.000 fl. riskieren kann, kann man vielleicht noch 15.000 oder 20.000 fl. — man wird vielleicht nicht einmal so viel brauchen, vielleicht nur 5000 fl. — riskieren und dann das beste Project nehmen. Ich will nicht sagen, dass die Ingenieure vom Stadtbauamte nicht geschulte, erprobte, praktische Ingenieure sind, aber es wird vielleicht außer Wien und dem Stadtbauamte Leute geben, die auch etwas gelernt haben.

Ich würde mir den Antrag zu stellen erlauben — wenn es schon so pressant ist, die Sache auszuführen, ich habe aber eben gehört, dass es nicht so pressant sein soll — dass diese Pläne dem Stadtbauamte wieder zurückzustellen sind und dafür für Erbauung des Amtshauses im XIX. Bezirke Offerte für Concurrenzpläne ausgeschrieben werden, damit das beste Project ausgeführt werden kann. Ich glaube, dass dies das richtigste Mittel wäre, denn wenn Sie nach diesen Plänen bauen, wäre es sehr schlecht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Meine Herren! Ich habe mich nicht zum Worte gemeldet, um etwa den oder jenen Platz zu befürworten, auf den das neue Amtsgebäude kommen soll, aber ich halte mich für verpflichtet, jenen geehrten Mitgliedern des Gemeinderathes, welche die Ansicht haben, dass der Bau sobald als möglich in Angriff genommen und vollendet werden muss, die Sachlage auseinanderzusetzen.

Wenn Sie daran gehen, diese Pläne zurückzustellen und eine Offertverhandlung auszuschreiben, so werden Sie höchstwahrscheinlich — ich zweifle nicht daran — bessere Pläne bekommen. Das ist gar keine Frage. Sie müssen aber dann den Weg, den der Magistrat bisher gemacht hat, nochmals machen lassen.

In diesem Gebäude werden vereinigt: Das Amtsgebäude für das magistratische Bezirksamt, für den Bezirksausschuss, für das Bezirksgericht und für die Finanzcassen, und es hat eine Vereinbarung mit der Finanz-Landesdirection, welche für das Justiz-Ministerium und für das Finanz-Ministerium agierte, bedurft, um das Programm für das Bezirksgericht und diese anderen Räumlichkeiten festzustellen. Ich bin in der Lage, Ihnen einen Erlass, welcher vom 14. December 1891 datiert ist — dieses Datum erklärt Ihnen auch, dass wir erst heute in der Lage sind, über die Sache hier zu sprechen —, zu verlesen, aus welchem Sie entnehmen können, dass im Einvernehmen mit dem Finanz-Ministerium die übermittelten Pläne für die Amtsräumlichkeiten des Bezirksgerichtes und für die gerichtliche Depositencasse in Döbling mit nachstehenden Modificationen u. s. f. genehmigt werden. Sie sehen, und ich kann dies aus eigener Wahrnehmung bestätigen, dass es sich hier um einen sehr langwierigen Weg, um die Meinung zweier Ministerien gehandelt hat, welche in Einklang zu bringen waren mit den Bedürfnissen der Gemeinde rücksichtlich ihrer eigenen Localitäten.

Die Sache ist nicht so einfach und es ist nicht nothwendig, auf die Verwaltung so loszudreschen, als ob bei uns alles liegen bliebe. Das ist eine irrige Annahme. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung einen Fall erzählen, wo es nur unter Aufbietung persönlicher, unablässiger und täglich wiederholter Intervention gelungen ist, einen Amtsraum eines Bezirksgerichtes vom ersten in das zweite Stockwerk zu verlegen, was im Interesse der Bevölkerung und im Interesse der Justiz lag, weil es eine praktische Anlage war, und trotzdem hat die Einholung der Zustimmung des Justiz-Ministeriums über 14 Tage gedauert, obwohl persönlich in der Sache sollicitiert wurde.

Nun denken Sie sich, dass ein solcher Plan, der ja doch eine gewisse Ausdehnung hat — es handelt sich um ein Gebäude von mehreren Stockwerken, mit verschiedenen Räumlichkeiten, Arresten und so fort, im Justiz-Ministerium von Sachverständigen geprüft

wird. Und da glauben Sie, meine Herren, wenn Sie heute einfach sagen, der Platz passt uns nicht, dass Sie heuer noch zum Bau kommen werden! Sie müssen sich entscheiden. Wenn es Ihnen gleichgiltig ist, wann gebaut wird, dann, meine Herren, weisen Sie die Sache zurück. Fangen Sie die Verhandlungen wieder an, wählen Sie einen Platz aus wie Sie ihn finden und für passend erachten. Ich kenne die Localitäten zu wenig, um mir ein Urtheil beizumessen. Machen Sie das nach Ihrem Belieben, aber geben Sie dann die Hoffnung auf, dass heuer gebaut wird. So lange der Bau nicht vollendet ist, müssen Sie die jetzigen sehr unerquicklichen Verhältnisse der städtischen Verwaltungsämter im Bezirke fortbestehen lassen.

Wenn Sie wissen wollen, wie es da draußen aussieht, so können Ihnen die Herren aus dem XIX. Bezirke einige Aufschlüsse geben und Sie werden sehen, dass das nicht zu den großen Annehmlichkeiten gehört, dort zu amtieren, oder als Partei zu erscheinen. Ein Referent sitzt auf dem andern, man hat gar keinen Platz seinen Hut hinzustellen, kurz, es sind scandalöse Zustände, und wenn Sie das noch länger so haben wollen, so vertagen Sie die Sache.

Wenn Sie aber glauben, dass es schließlich ziemlich einerlei ist, ob das Haus eine Straße aufwärts oder abwärts hingestellt wird, so genehmigen Sie endlich diese Auslage, denn alles was auf Vereinbarungen beruht, können Sie gar nicht ändern, dann können Sie noch etwas nicht ändern, es handelt sich nämlich um den Amtssitz des Bezirksgerichtes in Ober-Döbling. Das können Sie doch nicht nach Nussdorf geben, dazu bedarf es auch der Genehmigung.

Das ist also alles schon festgestellt, und wie gesagt — wollen Sie, dass der Bau noch heuer fertig wird und unter Dach kommt, so genehmigen Sie die Vorlage, wollen Sie ihn aber nicht, wollen Sie das Provisorium im XIX. Bezirke noch bis zum nächsten Jahre fortdauern lassen, so weisen Sie die Sache zurück; aber dann möchte ich Ihnen empfehlen, wenn Sie schon solche Anträge stellen, sie so zu formulieren, dass etwas herauskommt, denn der einfache Auftrag, das Stadtbauamt werde aufgefordert einen anderen Platz zu suchen, ist, um mit dem Bureaujargon zu sprechen, für die Katze. (Heiterkeit.) Dadurch werden Sie gar nichts erreichen. Sie werden eines schönen Tages einen Platz kriegen aber sonst nichts. Und dann können Sie von frischem anfangen, den Auftrag zu geben, dass Pläne gemacht und Verhandlungen eingeleitet werden. Mit einem Wort, es wird das gewisse Hemd, welches wir aufgetrennt haben, wieder angefangen zugenäht zu werden.

So ist die Sache. Mit diesem Antrage werden Sie nicht weit kommen und in der Sache ist damit nichts gethan. Nun, meine Herren, wählen Sie: Wollen Sie bauen, oder wollen Sie nicht? (Beifall rechts.)

(Rufe: Generalredner!)

Gem.-Rath Beutnitz: Ich beantrage die Wahl der Generalredner.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt; die Herren, welche zustimmen, wollen aufstehen. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Zum Worte sind gemeldet: pro die Herren Gem.-Räthe Frauenberger, Stiaßny und Noske; contra die Herren Gem.-Räthe Purscht, Dr. Lueger, Ziegelwanger und Gregorig. Ich bitte die Herren, die Generalredner zu wählen.

(Nach einer Pause.) Als Generalredner contra ist gewählt Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, als Generalredner pro Herr Gem.-Rath Stiaßny. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich habe mich absichtlich deshalb zum Worte gemeldet, weil ich bemerke, dass mit dem Nothstande — wie soll ich mich eigentlich ausdrücken — ein gewisser Schwindel getrieben wird. Verzeihen Sie, wenn ich dieses Wort ganz ungeschminkt ausspreche. Ich werde Ihnen das, was ich meine, mit einigen Worten darstellen. Sehen Sie, meine Herren, hier haben Sie ein Referat heute erledigt, betreffend den Schulbau in der Freudenau. Diese Angelegenheit ist, wenn ich nicht irre, schon vor 9 Monaten im Wiener Gemeinderathe gewesen. Gewiss wäre im Laufe des Vorjahres hinreichende Zeit gewesen, die Angelegenheit zu erledigen, und zwar in einer solchen Weise zu erledigen, dass der Gemeinderath sich eingehend damit hätte beschäftigen können. Aber nein, man hat die Sache einfach liegen lassen. Der Stadtrath hat am 2. März sich mit der Sache beschäftigt und wir müssen heute die Angelegenheit erledigen; das Gleiche gilt für das Volksbad im IV. Bezirke, für den Schulbau im XVI. Bezirke; das Gleiche gilt auch von diesem Baue. Es hat der gewesene Herr Bürgermeister von Ober-Döbling, wenn ich nicht irre, gesagt, dass der diesbezügliche Beschluss des Gemeinde-Ausschusses Ober-Döbling gefasst wurde. Diese Angelegenheit ist im Gemeinde-Ausschusse von Ober-Döbling gewiss schon im Jahre 1890 erledigt worden und heute verlangen Sie von uns, wir sollen Knall und Fall auf einmal entscheiden, angeblich, damit wir die öffentlichen Arbeiten nicht verhindern. Den Schwindel machen wir nicht mit, wir lassen uns keine faulen Eier hineinlegen. Wir wollen jedes Referat, welches an uns kommt, in sachgemäßer Weise prüfen; wenn wir einverstanden sind, so sind wir einverstanden, wenn wir nicht einverstanden sind, sind wir nicht einverstanden. Wir sind der Meinung, dass, wenn die Herren Arbeit schaffen wollen, sie Arbeit in Hülle und Fülle schaffen können. Ich bin weiters der Überzeugung, dass, wenn wir auch heute den Beschluss fassen und dieses Project nach der Alternative A genehmigen, diejenigen, welche jetzt hungern, bis dahin, wenn diese Arbeiten beginnen werden, gewiss verhungert sind. (Beifall rechts.)

Es dreht sich nicht um eine Arbeit für künftige Zeiten, sondern Sie müssen eine Arbeit pro momento schaffen, damit die Leute, statt dass sie zu Brotvertheilungen gehen müssen, arbeiten können. Diese Sache kommt gewiss erst im Laufe des Sommers zur Ausführung; da können Sie sich noch so sehr beeilen, anders ist es gar nicht möglich. Wollen Sie doch nicht die Bevölkerung in der Weise irre führen, überdies wissen die Leute ohnehin was an der Sache daran ist, — ich kann Ihnen nur sagen, wir lassen uns durch den sogenannten Nothstand, der benützt werden will, um alles mögliche durchzupeitschen, keineswegs irre führen; wir werden so ruhig fortarbeiten wie früher.

Ich komme nun auf die Sache selbst. Es ist wirklich in einer nicht würdigen Weise von dem Antrage Steiner gesprochen worden. Es ist lächerlich gemacht worden, dass er wünscht, dass das betreffende Amtshaus mehr in die Mitte des Bezirkes verlegt wird; ich glaube, die Bemerkungen, die diesbezüglich gefallen sind, zeigen, dass die Herren von dem Geschäftsgange und Parteienverkehre gar nichts verstehen. Sie verzeihen, dass ich eine solche

Meinung habe. Wem wird es einfallen, meine Herren, ein Amtshaus, in welchem das magistratische Bezirksamt, der Bezirksausschuss, das Bezirksgericht und ich weiss nicht welche Behörden, die Finanzcassen untergebracht werden sollen, an die Grenze des Bezirkes gegen Alt-Wien zu verlegen, gegen die alte Linie, anstatt einen Platz aufzusuchen, welcher den Bewohnern des Bezirkes näher gewesen wäre. Für die Gemeinde Ober-Döbling mag es zweckmäßig gewesen sein, für den Bezirk Döbling aber ist es unzweckmäßig. Wie können Sie die Bewohner von Grinzing, Heiligenstadt, Nussdorf, Sievering verhalten, soweit hereinzuziehen, wie können Sie das ihnen zumuthen? Sind sie nicht auch Bewohner von Groß-Wien?

Sie schaffen Zustände, wie sie am Lande existieren, wo die Leute stundenlang zu rennen haben, um zum Bezirksgerichte oder der Bezirkshauptmannschaft zu gelangen. Hier zu diesem Orte brauchen die Bewohner vom Kahlenbergerdorf und Nussdorf wenigstens eine Stunde, bis sie hinkommen. Die Unzweckmäßigkeit liegt daher auf der Hand. Sie werden es ohnehin beschließen, — aber es ist geradezu lächerlich, wenn Sie es thun. Es ist auf andere Bezirke hingewiesen worden, z. B. auf unser Rathhaus hier. Das Eine kann ich Ihnen aber sagen: wenn das Rathhaus am Stefansplatze stehen möchte, würde es praktischer, zweckmäßiger sein, das erkläre ich Ihnen ganz offen, aber dort war kein Platz mehr und man musste einen andern Ausweg finden. Dass das alte Rathhaus viel zweckmäßiger gelegen war, ist ganz zweifellos, und der beste Beweis der unzweckmäßigen Lage ist, dass der Bürgermeister, wenn etwas los ist, eine ganze Compagnie Polizei requirieren muss, damit er in dieser menschenleeren Gegend geschützt ist. Wir haben auch gehört, wie Gem.-Rath Vaugoin gesagt hat, wir müssen dem Bürgermeister 4000 fl. Wagenpauschale zu seinen 20.000 fl. geben, damit er nach Hause fahren kann. (Gem.-Rath Vaugoin: Das habe ich nicht gesagt!)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte, ich bin bei der Sache, ich beleuchte damit, wie unzweckmäßig es ist, wenn man ein Amtsgebäude, wie dieses hier, unzweckmäßig situiert. Nun aber erlauben Sie mir, dass ich auch auf die Pläne zu sprechen komme. Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter hat gesagt, diese Pläne seien ein Noli me tangere, die schon mit allen Ministerien vereinbart sind, und wir können daran nichts rütteln. Wenn wir aber daran rütteln, so müssen wir wieder mit allen Ministerien unterhandeln. Nun möchte ich fragen, für wen gilt diese Mahnung des Vice-Bürgermeisters, für uns, oder für den Stadtrath? Der Herr Referent erzählt uns, dass nicht weniger als drei Alternativen ausgearbeitet wurden — offenbar gearbeitet nach dem 14. December 1891 — und jetzt schauen Sie sich die Pläne an. Wollen Sie auf Grund eines Planes beschließen, in welchem ein großer Theil der Einzeichnungen mit Bleistift geschehen ist? Ich bitte die Herren Stadträthe, sich selbst zu überzeugen und sich zu fragen, auf Grund welcher Pläne beschließen wir heute? Was gilt? Gelten die rothen Linien oder die Bleistiftlinien? Was ist die Grundlage unseres Beschlusses?

Der Herr Referent und die anderen Herren werden sagen, dass keine Zeit dazu war, die Sache ordnungsmäßig auszuführen. Aber diese Zeit muss gefunden werden, es bleibt nichts anderes übrig. Keine Körperschaft würde auf Grund eines solchen Planes einen Beschluss fassen. Übrigens braucht man kein Baumeister, kein Architekt, kein Ingenieur, gar nichts zu sein und gar nichts zu verstehen, man braucht nur den Plan einzusehen und man muss sagen: der Plan macht auf jeden, der ihn sieht, den Eindruck eines „gagelbamenen" Planes (schallende Heiterkeit links), die Geschichte steht so da, dass man glauben muss, man müsse sich auf der einen Seite anlehnen, damit das Haus nicht zusammenfällt. Es ist eigentlich eine Schande, einen solchen Plan vorzulegen, mit solchen Linien, mit solchem Krixkrax, es ist unglaublich! Es scheint, dass die Architekten und Baumeister im Stadtrath heute so sind, wie die Juristen im Stadtrath. Die Juristen vergessen ihr jus, die Architekten die Technik. (Heiterkeit links.) So etwas kann nur einer zeichnen, der — es kommt ja vor, dass man alles auf der Welt verlernt.

Was nun den Verkehr mit dem Ministerium betrifft, so möchte ich wirklich fragen: Wenn seit dem 14. December 1891 die Wohlmeinung der Ministerien bekannt ist, warum hat man die Geschichte nicht gleich gemacht? Es war damals auch schon Winter. Ich habe damals schon gewusst, dass es in Wien Leute gibt, die nicht zu essen haben. Freilich, die Behörden haben es nicht gewußt, man musste sie erst später darauf aufmerksam machen. Sie haben gedacht, dass von Groß-Wien alle fett geworden sind, und waren höchlichst erschrocken, dass es in Groß-Wien Leute gibt, die nicht zu essen haben. Der Stadtrath hätte damals sich beeilen und die Pläne zur rechten Zeit vorlegen sollen. Der Stadtrath, beziehungsweise der Magistrat hätte den Antrag Steiner längst in Berathung ziehen können, es hätte ein zweckmäßiger Platz längst gesucht sein können, die Pläne für ein Gebäude auf einem zweckmäßigen Platze hätten längst gezeichnet sein können, wir könnten auf demselben Punkte stehen, wie heute, wenn man in correcter Weise vorgegangen wäre, in einer Weise, wie es sich gehört. Aber ich bin überzeugt, wenn wir einen Platz bringen, wie er nicht zweckmäßiger gedacht werden kann, so nehmen Sie ihn nicht an. Und nun komme ich auf den Punkt der Gegenseitigkeit. Es ist mir in meinem Leben noch nicht vorgekommen, dass jemand deswegen, weil er gesagt hat, im Stadtrath scheine alles auf Gegenseitigkeit zu beruhen, zur Ordnung gerufen wurde.

Ich nehme an, dass der Vorsitzende geglaubt hat, dass etwas Schlechtes dahinter ist. Es ist aber nichts Schlechtes dahinter, wenn man das sagt. Aber es ist ganz erklärlich gewesen. Der Herr Bürgermeister von Ober-Döbling, der den Beschluss des gewesenen Gemeinde-Ausschusses gewiss heiliger hält, als er den Beschluss des jetzigen Gemeinderathes und Stadtrathes heilig halten wird, der sich auf diesen Beschluss vielleicht viel einbildet, hat das Bestreben, dass das Amtsgebäude auf einem Platze gebaut wird, den er ausersehen hat. Ich nehme ihm das nicht übel. Wenn er aber mit jemandem in der berathenden Körperschaft sitzt, so ist es selbstverständlich, dass der betreffende ihm gerne eine Gefälligkeit erweist, dass er sagt: Der Kreindl will, dass das Haus dorthin kommt, warum sollen wir ihm nicht den Gefallen thun? (Heiterkeit links.) Die anderen Herren brauchen ja den Kreindl, wenn sie selbst Schmerzen haben, wenn zum Beispiel einer der Herren aus dem Stadtrathe in einem Bezirke eine Pflasterung braucht, die nicht besonders nothwendig ist, dann braucht er den Kreindl, damit der für die Pflasterung stimmt, und damit der Kreindl für die Pflasterung stimmt, stimmen die Herren für den Kreindl. (Lebhafte Heiterkeit links.) Die Sache ist so einfach und es ist nichts Schlechtes und Beleidigendes dabei, so dass ich sagen muss, dass ich nur staune, dass die Stadträthe gar so kitzlich und empfindlich

sind. Wir haben schon mehrere Referate gehabt, wo man sagen kann, es ist ein bisschen nachgearbeitet worden, das kommt ja auf der Welt vor.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bin schon bei der Sache. Das Capitel ist hochinteressant. An dem, was man weiß, ist in der Regel nichts Gefährliches; es ist gut, wenn nicht etwas vorgeht, von dem man nichts weiß. (Heiterkeit links.) Das letztere ist viel gefährlicher. Solche Sachen, wie Parcellierungen u. dgl., sind nicht gefährlich. Schließlich können wir in die Welt hinausrufen, hier haben die Herren die Sache um ein paar Meter schmäler gemacht, weil der Betreffende Stadtrath und College war, und hier haben sie einen verzwickten Platz ausgesucht, weil es ein Herr College wünschte. Das ist wirklich keine Beleidigung; überlegen Sie die Sache ruhig und Sie werden zugestehen: Wenn ich den Kreindl so wegzaubern (Heiterkeit) oder ihn in einen gewöhnlichen Gemeinderath verwandeln könnte, der nicht Bürgermeister war, und nicht Stadtrath ist, so würde keiner von ihnen für diesen Plan und für diesen Bau stimmen; uns, die wir mit dem Herrn Kreindl nicht verwandt, nicht verschwägert und nicht Collegen im Stadtrathe sind, können Sie doch nicht zumuthen, für so etwas zu stimmen. Ein späteres Jahrhundert würde ja lachen, wenn es einen solchen Narrenthurm sähe. Damit man aber wenigstens wisse, wer den Narrenthurm verschuldet hat, werden wir dagegen stimmen und überlassen es der geehrten Majorität sich zu entscheiden, wie sie will. (Beifall links.)

Gem.-Rath Stiaßny: Ich gehöre weder dem Stadtrathe an, noch bin ich Vertreter des XIX. Bezirkes. Ich kenne aber seit meiner frühesten Jugend diesen Bezirk in allen seinen Theilen und darf vielleicht auch hervorheben, dass ich seit beinahe einem viertel Jahrhundert einiges zur Entwicklung und Verschönerung dieses Bezirkes beigetragen habe. Ich hege also für diesen Bezirk ein sehr lebhaftes Interesse, und diesem Interesse ist es vielleicht zuzuschreiben, dass meine geehrten Collegen mich heute mit der Aufgabe betraut haben, für die Anträge des Stadtrathes zu sprechen.

Der XIX. Bezirk läßt sich, wenn Sie die Karte ansehen, ziemlich genau in zwei Theile scheiden, in einen sehr dicht und in einen sehr schwach bevölkerten.

Der ganze Bezirk zählt ungefähr 30.000 Einwohner, und mehr als die Hälfte ist in dem dicht bevölkerten Theile des XIX. Bezirkes concentriert, welcher die ehemaligen Gemeinden Döbling umfasst.

Wenn Sie nun den Umstand berücksichtigen, den ich angeführt habe, und der eine Thatsache ist, wenn Sie weiters berücksichtigen, dass dieser Bezirk mit aller Bestimmtheit seine nächste Ausdehnung, und zwar mit einer sehr dicht zusammengedrängten Bevölkerung, in der Richtung gegen den Linienwall nehmen wird. (Widerspruch links und Rufe: Franz Josefs-Bahn!) — Die Verhältnisse kennen wir Techniker ganz genau, und dem kann man nicht entgegentreten; dort wird gebaut werden; wenn Sie weiters bedenken, dass der ganze Bau, um welchen es sich handelt, zwischen zwei Tramwaylinien gelegen ist, die bereits lange Zeit im Betriebe sind, dass die zukünftige Vorortelinie der Stadtbahn in der unmittelbaren Nähe dieser Straße vorüberziehen wird, dann müssen Sie mit mir und dem Stadtrathe übereinstimmen, dass die in Aussicht genommene Baustelle, topographisch genommen, die allerbeste ist. Das wird auch jeder, der den Bezirk genau kennt und für seine Entwicklung sich interessiert, bestätigen.

Ich spreche heute ganz ohne Voreingenommenheit, ohne Vorurtheil, ohne von der Absicht auszugehen, in diesem Bezirke zu wohnen oder von ihm gewählt zu werden, lediglich von dem Interesse geleitet, das dieser schöne, vornehme Stadttheil mir wie jedem von Ihnen einflößt.

Es ist eine Bemerkung gefallen, der ich entgegentreten muss, obwohl es mir schmerzlich fällt, auf sie zurückzukommen. Es ist dem Stadtrathe der Vorwurf gemacht worden, dass seine Beschlüsse auf Gegenseitigkeit beruhen. Es ist bei diesem Anlasse abermals die Frage: cui prodest? aufgeworfen worden, als ob in allem, was ein Referent hier vorbringt, sein Nutzen oder der Nutzen einer ihm befreundeten Persönlichkeit bedungen wäre.

Meine Herren! Die Frage, ob der Stadtrath als Behörde zu bezeichnen sei oder nicht, lasse ich dahingestellt. Das Eine aber ist sicher, dass wir, oder richtiger gesagt, Sie alle zusammen den Stadtrath aus Ihrer Mitte gewählt haben. (Rufe links: O nein! Wir nicht!)

Ich bedauere, dass Sie sich an der Wahl nicht betheiligt haben, Gelegenheit dazu haben Sie gehabt. Nun, wenn Sie einen von der Bevölkerung gewählten Vertreter, der Ihresgleichen ist, zu der vornehmen, bevorzugten Stelle eines Ausschusses berufen und lassen die Wahl vorübergehen, und nach vollzogener Wahl beschimpfen und verunglimpfen Sie den von Ihnen gewählten Ausschuss, so ist das meiner Ansicht nach ein höchst unpassender Vorgang. Was mich anbelangt, habe ich, soweit ich auf meine vierzehnjährige Thätigkeit im Gemeinderathe zurückblicke, mir nicht ein einzigesmal den Vorwurf machen dürfen — und ich glaube, er wird mir auch nicht von anderer Seite gemacht werden — dass ich die Opposition oder Mitglieder derselben so behandelt habe, wie es Ihnen beliebt uns zu behandeln. Ich ziehe keine weiteren Conclusionen. Denken Sie sich das Erforderliche. Was den vorliegenden Plan anbelangt, so muss ich mit Bedauern zugeben, dass er Mängel besitzt. Der Plan besitzt Mängel, von welchen ein Theil schon von einem geehrten Redner der Opposition hervorgehoben wurde. Die Corridore sind wieder nicht gut beleuchtet — wie in einem früheren Projecte — wenngleich in einem Theil, der für communale Zwecke bestimmt ist. Die Situierung des Sitzungssaales gegen die Straße ist nicht sehr glücklich. Der Saal ist dem Geräusche der Straße ausgesetzt. Eine ruhige Berathung in einem solchen Saale wird nicht gut stattfinden können. Es liegen aber zwei vortreffliche Alternativen vor, bei welchen dieser letzte von mir angeführte Übelstand beseitigt wird, und zwar zuerst — und ich sage das nicht in einem Tone der Geringschätzung, wie er früher gebraucht wurde, sondern mit berechtigtem Stolze — die von einem Collegen ausgearbeitete Alternative. Ich freue mich, dass wir so tüchtige Collegen besitzen, die so vorzügliche Abänderungen an einem vorgelegten Plane vorschlagen können. (Bravo! Bravo!)

Die erste Abänderung ist von dem Herrn Collegen Neumann. Ich habe diese Abänderung geprüft, obwohl mir schon der Name dieses Herrn Collegen Bürgschaft dafür war, dass sie ganz zweckmäßig sei. Ich kann sagen, dass ich mit derselben ganz einverstanden bin. Es hat nun aber der Herr College Wurm in Anbetracht des Umstandes, dass das Project Neumann etwas kostspielig ist, eine Verbesserung, oder sagen wir eine Einschränkung der Alternative vorgenommen, nämlich die Alternative C, und ich muss sagen,

dass auch vom ökonomischen Standpunkte dieser Vorschlag mir als vollkommen passend und ganz convenabel erscheint.

Ich werde mich daher dem Antrage des Herrn Collegen Kreindl anschließen, wornach der Gemeinderath beschließe, den Plan A mit der Alternative C — so muss man den Antrag formulieren — zu acceptieren. Ich glaube, Sie werden damit das Richtige thun; Sie werden für die freigewählten Vertreter des Bezirkes, den Bezirksausschuss, eine würdige Berathungsstätte geschaffen haben, wo die Herren, die sich einer so ernsten und verantwortungsvollen Aufgabe hingeben, in der Lage sein werden, mit Ruhe und ungestört ihre Berathungen zu vollführen, einen Platz, wo Sie demjenigen Publicum, welches sich für die communalen Arbeiten interessiert, Gelegenheit bieten können, in würdiger Weise an dieser Arbeit als Zuhörer sich zu betheiligen.

Ich kann Ihnen zum Schlusse nur Folgendes sagen: Was uns hier vorliegt, ist mehr oder weniger eine Skizze. Wenn diese Skizze zur sorgfältigen „Auftragung" — wie wir das nennen — gelangt, wenn ein detaillierter, correcter Bauplan gemacht wird, so werden wir — und ich stelle daher keine Anträge, welche auf Verbesserung der Skizze abzielen, weil sich beim Auftragen der Skizze naturgemäß solche Verbesserungen ergeben werden — in der Lage sein, ein weitaus verbessertes Project genehmigen zu können.

Ich empfehle somit den Antrag des Herrn Referenten mit dem Amendement, welches von Seite des Herrn Collegen Kreindl gestellt wurde. Damit bin ich zu Ende. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Stehlik: Ich bitte um das Wort zur Abstimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Zur Abstimmung kommen wir erst, jetzt hat der Referent das Schlusswort.

Referent: Ich will nur vor allem wieder die Beschuldigung bekämpfen, welche dem Stadtrathe bezüglich der Verzögerung der ganzen Sache gemacht wird. Es waren langwierige Verhandlungen mit dem Ärar nothwendig, um endlich eine feste Grundlage für die Ausarbeitung des Projectes zu gewinnen. Diese Verhandlungen sind erst Ende December vollkommen abgeschlossen worden, dann hat erst das Stadtbauamt daran gehen können, auf Grundlage dieser Verhandlungsresultate den Plan auszuarbeiten. Dieser Plan wurde dann dem Magistrate zur Berathung vorgelegt und sobald er an den Stadtrath kam, wurde das Stück sofort erledigt. Also von Seite des Stadtrathes ist absolut keine Verzögerung eingetreten und auch den übrigen Ämtern ist kein Vorwurf zu machen, weil jene Verhandlungen ebenso langwierig als schwierig waren. Was den Platz betrifft, so befinden wir uns gegenüber dem Ärar in einer Zwangslage. Es sind nämlich umständliche Verhandlungen auf Grund eines bestimmten Platzes gepflogen worden und schließlich ist ein Project vereinbart worden, welches auf Grund dieses Platzes verfasst wurde, und gegen dieses Project haben wir gar keine Einwendung erhoben; auch der Stadtrath konnte nichts dagegen haben, denn wenn wir daran etwas abändern, müsste die Verhandlung von vorne angefangen werden. Mit jenem Theile des Projectes, welcher für Zwecke des Staates ausgeführt wird, also für das Bezirksgericht, die Finanzcassen ꝛc. haben wir uns wirklich nur oberflächlich befasst.

Es bestehen Mängel, wir wissen das recht gut, aber wir rühren nicht daran, weil es höchst umständlich wäre, die ganze Sache aufzurollen und schließlich, wenn das Ärar in diesen Räumen amtieren will, sie zweckmäßig und angenehm findet, so soll es sie nehmen, wie es selbst dies bestimmt hat. Die Sache ist auch höchst dringend. Denn das Ärar hat ursprünglich als Vollendungstermin den 1. November 1892 gefordert und es ist erst im Wege von Verhandlungen so viel erreicht worden, dass der Vollendungstermin bis zum Mai 1893 hinausgeschoben wurde. Es ist also wirklich kein Tag zu verlieren und endlich mit dem Baue zu beginnen, ganz abgesehen von der bestehenden Nothlage, die ja auch dazu drängt, dass alle Bauten, die begonnen werden sollen, sofort in Angriff genommen werden.

Dann will ich nur noch Folgendes erwähnen. Was die Alternativen anbelangt, so sind der Magistrat, das Bauamt und alle Ämter überzeugt, dass das Project nach der Alternative A hinlänglich genügt. Ich selbst aber habe darum die Alternative C ausgearbeitet, weil ich als Architekt das Bedürfnis hatte, die Sache etwas mehr zu entwickeln; aber wenn diejenigen, welche die Leitung, das Oberhaupt der Ämter repräsentieren, selbst sagen, dass die Ämter ausreichen, kann ich nicht aus persönlicher Eitelkeit für etwas plaidieren, was schöner und vielleicht auch zweckmäßiger wäre, weil es um 11.000 fl. mehr kostet. Nur aus diesem Grunde habe ich diese Alternativ-Anträge im Stadtrathe gestellt, in erster Linie die Alternative A oder, wenn man überhaupt weitergeht und eine opulentere Anlage wählt, die Alternative C.

Schließlich muss ich doch wieder auf etwas zurückkommen, was höchst bedauerlich ist. Es kann hier kein Referat erstattet werden, ohne dass wieder aufs neue verdächtigt wird (Richtig! rechts), und wieder war es der Herr Vertreter des VII. Bezirkes, welcher mit diesen Verdächtigungen begonnen hat. (Sehr richtig! rechts.) Diese Art ritterlicher Opposition erinnert mich an den Friedländer: „Nacht muss es sein, wo Gregorig's Sterne strahlen." (Beifall und Heiterkeit rechts; — Oho-Rufe links. — Gem.-Rath Gregorig: Ja, da wird's licht, wo der Gregorig ist! Gem.-Rath Jedlička: Sie sollen lieber Licht hineintragen als solche Phrasen!)

Gem.-Rath Stehlik: In Anbetracht des kolossalen Interesses, das die Sache hat, und nachdem auch alle Vorortebewohner dabei interessiert sind und der Gemeindevertreter von Nussdorf dagegen gesprochen hat, beantrage ich die namentliche Abstimmung (Gelächter rechts), damit die Bevölkerung weiß . . . (große Unruhe und Widerspruch) . . . und wenn Sie im Rechte sind, so thun Sie es und stimmen Sie dafür!

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte, nur zu sagen über welchen Antrag; es liegen ja mehrere Anträge vor.

Gem.-Rath Frauenberger: Er weiß es ja nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Über den Referenten-Antrag?

Gem.-Rath Stehlik: Ja!

Gem.-Rath Frauenberger: Er weiß es nicht, der Vorsitzende hat das nicht zu sagen!

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte, ich muss ja doch fragen.

Gem.-Rath Frauenberger: Er weiß es aber nicht. (Lebhafte Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Meine Herren, Sie müssen sich ruhig verhalten, sonst kann ich nicht abstimmen lassen. (Unruhe links. — Rufe links: Der Frauenberger ist eben gescheiter.)

Gegen den Referenten-Antrag liegen zwei Anträge vor. Der eine Antrag des Collegen Steiner dahingehend, das Stadtbau-

amt werde beauftragt, einen geeigneten Platz im Centrum des XIX. Bezirkes zu ermitteln und selben schleunigst im Stadtrathe bekannt zu geben; ferner ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Eigner, der dahin geht, „dass die Pläne dem Stadtbauamte zurückzuleiten sind und dass für die Erbauung eines Amtshauses im XIX. Bezirke eine Offertverhandlung für die Concurrenzpläne ausgeschrieben werden soll." Beide sind Gegen-Anträge gegen den Referenten-Antrag.

Ich werde daher ersteren, den Antrag des Collegen Steiner, zuerst zur Abstimmung bringen, weil er sich auch am weitesten vom Referenten-Antrag entfernt. Ich bitte die Herren, welche für den Antrag Steiner stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Ich bitte zu zählen. — (Nach einer Pause.) Es ist die Minorität. — Der Antrag ist abgelehnt. — Ich bitte nun jene Herren, welche für den Antrag des Collegen Eigner sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist gleichfalls abgelehnt.

Nun wird beantragt, dass über den Referenten-Antrag namentlich abgestimmt werde. Die Herren, welche das wünschen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist abgelehnt.

Die Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, bitte ich die Hand zu erheben. (Rufe: Es ist noch ein Antrag eingebracht worden, und zwar vom Herrn Baurathe Stiaßny!)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist kein Antrag eingebracht worden. (Rufe: Die Variante C!)

Gem.-Rath Stiaßny: Ich erinnere mich deutlich, dass von Seite des Herrn Collegen Kreindl der Antrag gestellt wurde die Alternative C anzunehmen. Ich habe mich auch in meinen Ausführungen auf diesen Antrag bezogen und ich habe denselben präcisiert.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Dann war ich nicht anwesend, als Herr Gem.-Rath Kreindl diesen Antrag stellte. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg ruft: Wir stimmen für die Variante C!) Bei mir liegt kein Antrag vor. Ich weiß auch nicht, dass Herr College Kreindl einen Antrag gestellt hat; ich kann also nur über den Referenten-Antrag abstimmen lassen. (Lebhafte Unruhe.)

Gem.-Rath Kreindl (zur Geschäftsordnung): Ich habe mir erlaubt, den Antrag dahin zu stellen, dass die Variante C, welche der Herr College Neumann im Vereine mit dem Herrn Collegen Wurm ausgearbeitet hat, angenommen werde. (Anhaltende, lebhafte Unruhe.)

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Wie die Dinge liegen, hat die Majorität den Willen, für die Variante C zu stimmen. Wenn aber aus einem formalen Grunde uns das unmöglich gemacht wird, dann stimmen wir gegen die Referenten-Vorlage, um es zu ermöglichen, das nächste Mal die Variante C durchzubringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Dass die Sache nicht aufgeklärt ist, geht daraus hervor, dass in dieser Versammlung nicht fünf Personen wissen, was die Variante C bedeutet und der Herr Vorredner, der vorhin gesprochen, auch nicht. Die Variante C bedeutet eine Mehrauslage von 11.000 fl. (Rufe: Das wissen wir!)

Die Variante C bedeutet, dass eine Verbesserung an diesem Projecte stattfindet und dass außerdem ein separater Bau errichtet werde mit einem Saale, wie Sie auf den Plänen sehen; das bedeutet ein Plus gegen die Anträge des Referenten und ich kann nur sagen, dass vom Herrn Collegen Kreindl die Sache erwähnt, ein Antrag aber nicht gestellt wurde. (Widerspruch.) Es wird immer darauf gedrungen, dass die Anträge schriftlich formuliert und vorgelegt werden. Das ist aber nicht geschehen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Ich habe ganz deutlich vernommen, dass von Seite des Herrn Collegen Kreindl beantragt wurde, den Referenten-Antrag mit der Variante C anzunehmen. Der Herr Generalredner Baurath Stiaßny hat sich darauf bezogen, und so war ich der Meinung, dass ein Antrag vorliegt. Wenn von Seite des Herrn Vorsitzenden darauf nicht eingegangen wurde, so müssten wir gegen den Referenten-Antrag stimmen.

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Geschäftsordnung): Ich verstehe die Ausführungen des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter wirklich nicht. Herr Dr. Richter war doch während der Rede des Herrn Generalredners der Majorität anwesend, welcher ganz ausdrücklich beantragt hat — das habe ich gehört und er hat längere Zeit darüber gesprochen — den Referenten-Antrag mit der Variante C anzunehmen. Herr Baurath Stiaßny hat auch erwähnt, dass diese Variante eine Mehrauslage erfordert, er hat aber auch die Gründe dargelegt, welche dieselbe rechtfertigen. Übrigens constatiere ich, dass im Stadtrathe für diese Variante die Hälfte der Mitglieder gestimmt hat, und dass nur durch Dirimierung seitens des Vorsitzenden der jetzige Referenten-Antrag zum Beschlusse erhoben wurde.

Es geht nicht an, diesen gegentheiligen Standpunkt jetzt einfach zu unterdrücken. Es besteht keine Vorschrift in der Geschäftsordnung, dass Anträge von den Gemeinderäthen schriftlich vorgelegt werden müssen; wenn es aber gefordert wurde, ist immer ein Schriftführer zu dem betreffenden Redner gekommen und hat ersucht, die Formulierung vorzunehmen. Wenn das in diesem Falle nicht geschehen ist, so ist es nicht Sache des betreffenden Antragstellers. Ich muss darauf bestehen, dass der Antrag, wie er gestellt wurde, zur Abstimmung gebracht werde. Es ist übrigens nur ein Zusatz-Antrag zum Referenten-Antrage. Über den Referenten-Antrag ist bereits abgestimmt und derselbe angenommen worden, es hätte nunmehr der Zusatz-Antrag zur Abstimmung zu gelangen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich lege kein Hindernis in den Weg, wenn bestimmt constatiert wird, dass der Antrag gestellt worden ist. Aber ich war nicht hier, kann es nicht wissen, und ein schriftlicher Antrag liegt nicht vor.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Um allen Formalitäten die Spitze abzubrechen, beantrage ich die Wiederaufnahme der Debatte über diesen Gegenstand. (Lebhafter Widerspruch.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich beschränke mich auf folgende Bemerkungen. Es ist ein Antrag seitens des Herrn Gem.-Rathes Kreindl nicht gestellt worden. (Rufe rechts: Ja! — Lebhafte Rufe links: Nein! Nein!) Richtig ist, dass der Generalredner der Majorität, Herr Baurath Stiaßny, sich in einem Irrthum befunden und auf einen Antrag Kreindl sich berufen hat. Aber ein Antrag wurde nicht gestellt, und ich erkläre Ihnen meine Herren, dass, wenn wir uns gegenüber einem gefassten Gemeinderaths-Beschlusse so benehmen würden, uns von Seite des Präsidiums längst das Wort entzogen worden wäre; der Herr Bürgermeister hätte erklärt: „die Sache ist entschieden und Sie haben nichts mehr zu reden." Weil es Ihnen aber jetzt so nicht bequem ist, wird eine Viertelstunde lang debattiert, ob noch einmal abgestimmt werden soll oder nicht. Wir müssen unsere Anträge schriftlich vorlegen; legen Sie sie auch vor. Von uns

wird's begehrt, ergo thun Sie's auch. Das stenographische Protokoll muss es beweisen, dass der Antrag nicht gestellt worden ist. Man muss Ihnen gegenüber so vorgehen, wie man gegen uns vorgeht; es gibt kein Privilegium für die Majorität. Wenn Sie nicht wissen, wofür Sie stimmen sollen, so bekümmern Sie sich ein anderesmal darum, dass Sie gescheiter sind. (Beifall links, Gelächter rechts und andauernde große Unruhe.)

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich erkläre, dass der Antrag vom Herrn Collegen Kreindl gestellt worden ist. (Widerspruch links.) Wenn der Herr Vorsitzende es überhört hat, so ist das zu bedauern; aber deswegen darf der Wille der Majorität nicht unterdrückt werden. Wenn also nicht in diesem Sinne abgestimmt werden kann, beantrage ich Wiederaufnahme der Debatte, weil der Wille der Mehrheit des Gemeinderathes in dieser Frage, wie in jeder anderen Frage zum Ausdruck kommen muss.

Gem.-Rath Taubler: Der Herr Gem.-Rath Kreindl hat die Anträge des Herrn Referenten unterstützt; er hat sich aber dann in sehr unklarer Weise ausgedrückt. Er hat gesagt: Es liegen noch einige Alternativprojecte vor. Er möchte noch gerne für Eines dieser Alternativprojecte die Gesellschaft zu stimmen bewegen, nur weiß er nicht, ob es das Project b, c oder d ist. Er bittet aber Eines anzunehmen. (Rufe: So ist es!) Wenn sich der Herr Generalredner später für das Alternativproject C entschieden hat, so hat das nichts zu bedeuten.

Gem.-Rath Vaugoin: Ich bitte, um allen Discussionen ein Ende zu machen, das stenographische Protokoll einzusehen. Da werden Sie den Beweis darin finden.

Gem.-Rath Weitmann: Sie werden sehen, dass die Herren Unrecht haben. Das stenographische Protokoll wird Sie belehren, dass Sie Unrecht haben. (Rufe: Das Protokoll ist schon da!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Im stenographischen Protokolle heißt es (liest): „Ich glaube, die Finanzcasse war die Hauptschuld, warum eine Verzögerung eingetreten ist. Es liegen außer dem Projecte noch zwei Varianten vor. Es ist selbstverständlich, dass die Vertreter des XIX. Bezirkes einer Variante besonders zustimmen, weil durch dieselbe größere Räume und Ubicationen, welche nothwendig sind, gewonnen werden. Es ist für den Armenrath nur ein ganz kleiner Raum geschaffen, auch für den Doctor ist nicht Vorsorge getroffen. Deshalb bitte ich, der Variante zuzustimmen und die Abstimmung in diesem Sinne zu leiten oder vorzunehmen." (Ruf: Das ist kein Antrag! — Stürmische Unterbrechung und Unruhe. — Ruf: Es ist der Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte gestellt worden; ich bitte, darüber abstimmen zu lassen. — Erneuerte Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte um Ruhe und will Schutz haben für den Präsidenten. Es geht nicht an, dass alle dareinschreien. Das heißt nichts. (Oho-Rufe links.) Ja, das muss ich sagen. Die Wiederaufnahme der Debatte ist nicht gestattet, weil es im §. 39 heißt: „Anträge auf Wiederaufnahme der Debatte sind zulässig, können jedoch nur vor der Abstimmung gestellt werden". Wir haben aber schon abgestimmt. (Lebhafter Widerspruch und Rufe rechts: *Nein! Wir haben nicht abgestimmt!*)

Die Sitzung ist geschlossen. (Lebhafte Protestrufe und anhaltende Bewegung im ganzen Saale.)

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 30 Minuten abends.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 2. März 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke,
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	v. Neumann,
v. Götz,	Noske,
v. Goldschmidt,	Rückauf,
Dr. Grübl,	Schlechter,
Dr. Huber,	Schneiderhan,
Kreindl,	Dr. Stenzl,
Dr. Lederer,	Vaugoin,
Matzenauer,	Dr. Vogler,
Meißl,	Witzelsberger,
Müller,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: Dr. Hackenberg.
Beurlaubt: Boschan.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke eröffnet die Sitzung und macht folgende Mittheilung:

St.-R. v. Goldschmidt entschuldigt sein späteres Erscheinen wegen Theilnahme an einer Sitzung der Donauregulierungs-Commission. (Zur Kenntnis.)

Vom 1. Jänner bis 29. Februar 1892 betrug der Einlauf im Stadtrathe 1034 Stücke.

Der Stadtrath hielt während dieses Zeitraumes 27 Sitzungen ab und erledigte 883 Geschäftsstücke. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Amtseinrichtung des k. k. Bezirksgerichtes Simmering und der k. k. Finanzcasse dortselbst, und beantragt:

a) die Genehmigung des Kostenanschlages der Amtseinrichtung für die Finanzcasse mit dem Betrage von 470 fl.;

b) die Genehmigung des Kostenanschlages für die Amtseinrichtung des Bezirksgerichtes mit der Herabsetzung der Posten 52, 57 und 80 auf je die Hälfte, daher von 360 fl. im ganzen auf 180 fl., Richtigstellung des Einheitspreises bei Post 98 und Streichung der Posten 117, 118 und 119 per zusammen 439 fl. 20 kr., wodurch die Kostensumme per 2940 fl. um 619 fl. 20 kr., also auf 2320 fl. 80 kr. sich reduciert.

St.-R. Matzenauer beantragt die Ablehnung der Beistellung der feuerfesten Casse Nr. 0 mit dem Kostenbetrage von 130 fl. für das Bezirksgericht.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Staatsverwaltung um Zustimmung zur Aufstellung einer Solar-Camera auf dem flachen Dache des städtischen Hauses VII., Westbahnstraße 25 auf Kosten des Ärars und beantragt, diesem Ansuchen vom Standpunkte der Gemeinde Wien als Hauseigenthümerin gegen dem Folge zu geben, dass bei etwaiger Auflösung der Anstalt der ursprüngliche Zustand an der Dachfläche auf Kosten des Ärars hergestellt werde.

Die Ausführung dieser Arbeiten ist vom Stadtbauamte im Einvernehmen mit der Anstalts-Direction durch die betreffenden Contrahenten zu veranlassen und sind nach Vollendung der Arbeiten und nach erfolgter Collaudierung die überprüften Rechnungen zur Aus-

zahlung dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht zu übermitteln. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über das Ansuchen der allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Kabellegung in mehreren Straßen des I. Bezirkes und beantragt, auf Grund des Vertrages vom 14. October 1887, Z. 274533, und des Nachtrags-Übereinkommens vom 27. April 1891, Z. 115307, und im Nachhang zu den bereits ertheilten Bewilligungen nach dem Magistrats-Antrage dem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der internationalen Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Kabellegung in mehreren Straßen des I. bis IV. und VI. bis IX. Bezirkes und beantragt, auf Grund des Vertrages vom 6. und 7. September 1889, Z. 272800, und im Nachhange zu den bereits ertheilten Bewilligungen dem Ansuchen nach dem Magistrats-Antrage Folge zu geben.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft im VI. Bezirke um Bewilligung zur Legung von Kabeln in mehreren Straßen des VI. und VII. Bezirkes und beantragt, auf Grund des Vertrages vom 23. Juli 1889, Z. 187622, und im Nachhange zu den bereits ertheilten Bewilligungen dem Ansuchen nach dem Magistrats-Antrage Folge zu geben. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung zur Erhaltung, Ausschmückung und Beleuchtung der auf dem Hütteldorfer Friedhofe gelegenen einfachen Gruft der Frau Anna Blum anzunehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Lieferung der Gruppen- und Reihenständer sowie der Grabnummern-Pflöcke und der Restaurierung der alten Pflöcke und beantragt:

a) dem Heinrich Eger, Eisenwerksbesitzer, die Lieferung der Gruppenständer zum Preise von 12 fl. 75 kr. per Stück, der Reihenständer mit rother oder schwarzer Schrift zum Preise von 1 fl. 80 kr. per Stück, der Grabnummern-Pflöcke mit einfacher schwarzer oder einfacher rother Schrift zum Preise von 30 kr. per Stück und der Grabnummern-Pflöcke mit doppelter schwarzer Schrift zum Preise von 30 kr. per Stück,

b) dem Fabrikanten Wilhelm Lovrek die Restaurierungs-Arbeiten an alten Grabnummern-Pflöcken zum Preise von 7 kr. bei einseitigen und von 8 kr. bei doppelseitigen Pflöcken, beiden Erstehern auf die Dauer von drei Jahren, d. i. von 1892 bis Ende 1894 zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über einen Grundverkauf in Unter-Meidling an Franz Aufhäuser und beantragt, dem vom Gemeinde-Ausschusse in Unter-Meidling am 30. Jänner 1890 beschlossenen Verkaufe der Parcelle 152/25 und 154/11 Einl.-Z. 1223 in Unter-Meidling im Ausmaße von 915·14 m² um den Preis von 15 fl. per □⁰ = 4 fl. 17 kr. per m² an Franz Aufhäuser die nachträgliche Genehmigung zu ertheilen gegen dem, dass der Käufer sämmtliche Kosten der Vertrags-Errichtung, Gebühren 2c. bezahlt. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des k. k. Revier-Inspectors Josef Bistrinetz in Meidling um Überlassung einer Grabstelle auf dem Meidlinger Friedhofe gegen ermäßigte Gebür und beantragt, dem Genannten ein eigenes Grab auf dem Meidlinger Friedhofe behufs Beisetzung der Leiche seines Sohnes Karl gegen Entrichtung der für die Einheimischen festgesetzten Gebür von 36 fl. zu überlassen, bezw. die Normalgebür von 65 fl. auf 36 fl. herabzusetzen. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert über die Vergebung der Instandhaltung der Kirchthurmuhr in Ober-St. Veit und beantragt, das Aufziehen und die Instandhaltung der Kirchthurmuhr in Ober-St. Veit dem Karl Aichinger, Uhrmacher in Ober-St. Veit, für die Jahre 1892 und 1893 um den Jahresbetrag von 40 fl. zu übertragen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Adalbert und der Marie Korecky um Bewilligung zur Aufsetzung eines Stockwerkes auf Nr. 18 Berggasse in Baumgarten Grundb.-Einl. 52 und beantragt, die Bewilligung unter Zugestehung der angesuchten Erleichterungen zu ertheilen. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über die Graberhaltungs- und Armenbetheilungsstiftung des Johann Nowotny und beantragt, diese Stiftung sowie den für die Hernalser Friedhofskapelle testierten Luster anzunehmen und hievon das k. k. Bezirksgericht Ottakring zu verständigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Sicherstellung der Rasenziegel für den Central-Friedhof und beantragt, die Lieferung der Rasenziegel für das Jahr 1892 zum Preise von 25 fl. für 1000 Stück dem Wirtschaftsbesitzer Karl Lechner in Kaiser-Ebersdorf zu übertragen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung von Beerdigungskosten und beantragt, die Abschreibung der Beerdigungskosten von je 2 fl. 45 kr. für vier Parteien wegen Uneinbringlichkeit zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung von Beerdigungskosten per 4 fl. 45 kr. nach Johann Marx im XII. Bezirke und beantragt, dieselbe zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung der Anna Rakoßnik geb. Haydt für das Einzelngrab Gruppe 16 A Reihe 7 Nr. 7 am Central-Friedhofe anzunehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung des Eduard Schmidt für die einfache Gruft Gruppe 11, Reihe 1, Nr. 41 am Wiener Central-Friedhofe anzunehmen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Lieferung der Gummischläuche für die Straßenbespritzung pro 1892 und beantragt, die Lieferung von 45 Stück Gummischläuchen 1½" engl. lichter Weite und 6 Stück Gummischläuchen 2" engl. lichter Weite und je 15 m Länge der Firma Vereinigte Gummiwaren-Fabriken Harburg-Wien, I., Deutschmeisterplatz 2 zum Preise von 2984 fl. 75 kr. zu übertragen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über Bewilligung eines Zuschusscredites und beantragt, zur Ausgabe-Rubrik XX b „Erhaltung der Löschrequisiten" pro 1891 einen Zuschusscredit von 499 fl. 47 kr. zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über einen Grundverkauf und beantragt, das Anbot des Josef Peitl, Hausbesitzers in Breitensee, Hauptstraße 25, die im vorgelegenen Plane rothlasierten mit a b d e f a umschriebenen Theile der Grundparcellen Cat.-Parc. 77/1 und 77/2 in Breitensee, Antonsgasse, im Ausmaße von 96·97 m² = 26·96 □⁰ um den Preis von 15 fl. per □⁰, sonach um den Gesammtbetrag von 404 fl. 36 kr. anzukaufen und in der Baulinie a f binnen Monatsfrist eine Abfriedung herzustellen, anzunehmen. — Die Regelung des Kaufschillings hat in der Art zu erfolgen, dass 200 fl. bei Übergabe erlegt werden. Für den Rest werden zwei gleiche, vom Tage der ersten Zahlung gerechnete Jahresraten gegen 5%ige Verzinsung und Sicherstellung durch Erlag von Wertpapieren bewilligt.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Schlögl wegen Auflegung eines Beschwerdebuches am Central-Viehmarkte und beantragt, es sei ein eigenes Beschwerdebuch bei dem Markt-Commissariate am Central-Viehmarkte anzulegen und dies durch öffentliche Kundmachung zu verlautbaren, seitens des Markt-Commissariates allwöchentlich zur Vorlage an den Stadtrath eine wortgetreue Abschrift der eingetragenen Beschwerden einzusenden und gleichzeitig das Ergebnis der diesfälligen Erhebungen mitzutheilen.

St.-R. Schlechter beantragt, die allwöchentlichen Berichte nur im Falle des Einlangens einer Beschwerde zu erstatten.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung des Edmund Guntzenbach für das Einzelgrab Gruppe 28, Reihe 2, Nr. 99, am Central-Friedhofe anzunehmen. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Detailproject für den Bau eines städt. Volksbades im IV. Bezirke, Klagbaumgasse 4, und beantragt:

1. Das Detailproject mit dem Kostenbetrage von 46.046 fl. nach den Kostenanschlägen zu genehmigen;

2. die hiezu erforderlichen Arbeiten in folgender Weise zu vergeben:

a) Im Wege einer sofort auszuschreibenden Offertverhandlung: Die Baumeisterarbeiten, die Lieferung des Cementkalkes und der Traversen, die Bau- und Möbeltischler- und Schlosserarbeiten, die Lieferung der Steinzeugfabrikate, die Installation der Wasserleitung, der Heiz- und Badeeinrichtung;

b) an die städt. Contrahenten für currente Arbeiten: Die Steinmetz-, Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdecker-, Glaser-, Anstreicher-, Zimmermaler-, Pflasterer-, Asphaltierer- und Tapeziererarbeiten, die Anbohrung der Wasser- und Gasleitung, sowie die Installation der letzteren;

c) durch eine im Herbste l. J. abzuhaltende Offertverhandlung: Die Lieferung der Stoffe und Anfertigung der Badewäsche;

d) die Herstellung der Monierwände und des Betonfußbodens durch Verhandlung mit der Firma G. Wayss:

e) die nöthigen Plastersteine und Wasserleitungsrohre aus dem städt. Vorrathe zu entnehmen, die Regulatoren für die Gasflammen von der Actiengesellschaft für Wasserleitungen, Gas- und Heizanlagen zu liefern, die im Kostenanschlage XXIII erwähnten verschiedenen Einrichtungsstücke im Handeinkaufe beizustellen;

3. die Vollendungstermine in den Bedingnissen so festzusetzen, dass das Bad längstens im Mai 1893 der öffentlichen Benützung übergeben werden kann.

Angenommen; — Punkt 1 an den Gemeinderath.

— **Derselbe** referiert über das Detailproject für den Schulbau im XVI. Bezirke, Panikengasse und beantragt:

1. Das vom Stadtbauamte vorgelegte Alternativproject B für die Erbauung eines zweiten Turnsaales, sowie das sonstige Detailproject für den Bau einer Doppelschule im XVI. Bezirke, Panikengasse auf den Catastral-Parcellen 2856 und 2857 mit der Abänderung zu genehmigen, dass der Turnsaal der Mädchenschule nur eine Profilhöhe von 4·4 m zu erhalten hat; die Kosten hiefür mit dem Betrage von rund 211.000 fl. zu genehmigen und hievon für das Jahr 1892 als erste Baurate 90.000 fl. in das Budget einzustellen. Die Ausführung hat daher mit Benützung der Altnernativskizze B zu erfolgen, wobei der zweite Turnsaal für Mädchen über jenem für Knaben erbaut wird. Hiebei ist jedoch auf eine bessere Beleuchtung des ersten Stiegenlaufes zu sehen, was erzielt werden kann entweder durch Einschaltung eines niedrigeren Vorraumes bei der Garderobe oder durch weitere Senkung der Turnsäle. Die Mitteläume im zweiten oder dritten Stocke sind auf licht 3·30 zu verbreitern und jene im zweiten Stocke als Conferenzzimmer, jene im dritten Stocke als Lehrmittelzimmer zu verwenden. Es sind zwei Brunnen zu disponieren, und zwar so, dass die Schulkinder unbehindert zur Wasserentnahme gelangen. Jeder Brunnen ist mit zwei Ausläufen zu versehen (einer davon absperrbar). Für die Füllung der Reservoire zur Versorgung der Closets ist eine Gaskraftmaschine in zweckmäßiger Weise zu disponieren.

2. Die Arbeiten in folgender Weise zu vergeben:

a) Im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung die Erd- und Maurerarbeiten, die Lieferung des Cementkalkes, die Steinmetz-, Kunststein-, Zimmermannsarbeiten, die Herstellung des Falzziegel- und Holzcementdaches, die Spengler-, Bau- und Möbeltischler-, Bauschlosserarbeiten, die Lieferung der Traversen, die Anstreicher-, Glaserarbeiten, die Lieferung der Steinzeugwaren, der Schulbänke und Schultafeln, die Metallgießerarbeiten, die Lieferung der Gipsdielen, die Herstellung des Sparherdes, die Gasrohrleitung und -Einrichtung sowie die der Wasserleitung und Lieferung der Closets, endlich die Herstellung des Brunnens sammt Pumpe und der Heizeinrichtung;

b) an die städtischen Contrahenten für currente Arbeiten: die Zimmermaler-, Tapezierer-, Pflasterer-, Stukkatorer- und Hafnerarbeiten, die Lieferung der Turneinrichtung sowie der unter „Diverse" verzeichneten Gegenstände;

c) durch Verhandlung mit einzelnen Firmen die Lieferung der Siemensbrenner, der Ventilationspoterien, Flammenregulatoren und die Herstellung des Falzziegelgewölbes;

d) die Anbohrung der Gasleitung durch die Gasgesellschaft zu besorgen, die Steine und die Wasserleitungsrohre aus dem städtischen Vorrathe zu entnehmen.

3. Für die Beleuchtung der Lehrzimmer Siemens-Regenerativbrenner zu verwenden.

4. Als Termin für die Fertigstellung des Gebäudes den 1. Mai 1893 anzunehmen und dementsprechend die Bedingnisse durch das Stadtbauamt zu ergänzen.

St.-R. Wurm beantragt zu erwägen, ob nicht das verbesserte Auer'sche Licht auch in den Schulen angewendet werden könnte und hierauf in der Offertverhandlung Rücksicht zu nehmen; zieht später diesen Antrag zurück.

Der Referenten-Antrag wird angenommen. — Punkt 1 an den Gemeinderath.

— **Derselbe** referiert über das Detailproject für den Schulhausbau in der Freudenau, Aspern-Allee im II. Bezirke und beantragt:

1. Die Genehmigung des Detailprojectes für den Schulbau mit dem adjustierten Kostenbetrage von 98.616 fl. 20 kr., wovon 42.500 fl. in das Budget des Jahres 1892 aufzunehmen sind.

2. Die Ertheilung des Bauconsenses für dasselbe in der Voraussetzung, dass sich bei der abzuhaltenden Baucommission gegen dasselbe kein Anstand ergeben sollte.

3. Die Vergebung der Arbeiten in der von der städtischen Buchhaltung beantragten Art und Weise.

4. Das Stadtbauamt wird aufgefordert, bei Vorlage von Projectsskizzen die Angabe über die approximativen Kosten auf Grund der städtischen Preistarife, sowie einer möglichst genauen Schätzung, eventuell Calculation anzugeben und den etwa zu erwartenden Nachlass bei der seinerzeitigen Offertverhandlung getrennt anzusetzen.

Bei Theilprojecten ist überdies auch eine Angabe der Kosten für Gesammtausführung anzuschließen.

Bei der Ausführung wäre demnach zu trachten, folgende Verbesserungen zu erzielen:

a) Closetanlage in der Schulleiters-Wohnung, vom Vorzimmer aus zugänglich.

b) Closetanlage in den Etagen dahin, dass auch für die Knaben je zwei Closets sich ergeben.

c) Ausfüllung der Altarnische derart, dass sowohl für den Turnlehrer seitlich ein abgetrennter Raum entsteht, als auch der Priester die Anlegung des Meßgewandes abgeschlossen vom Hauptraume vornehmen kann.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, den Bau zweistöckig auszuführen und für einen entsprechenden Turn- und Spielplatz im Freien schon jetzt Sorge zu tragen.

Hiermit erklärt sich der Referent einverstanden und werden die sohin modificierten Referenten-Anträge angenommen.

Punkt 1 an den Gemeinderath.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Robert und Arthur Fuchs um Ertheilung des Bauconsenses zum Umbaue der Realität VII., Neubaugasse 23, Einl.-Z. 721 und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung des Bauconsenses seitens der Gemeinde als Anrainerin nach § 97 B.-O. zu bestätigen mit dem Bemerken, dass angenommen wird, es werde eine mäßige Erhöhung der Feuermauer gegen die Realität Or.-Nr. 25 aus dem Grunde aufgetragen werden, damit bei einem eventuellen Brande (mit Rücksicht auf die Tramconstruction der letzten Etage) ein Überfallen brennender Papierstücke thunlichst verhütet werde. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Wenzel Lischka um käufliche Überlassung eines Theiles der Baustelle Einl.-Z. 1036 im I. Bezirke und beantragt, die Einleitung weiterer Verhandlungen auf Basis des Offertes. (Angenommen.)

St.-R. Vaugoin referiert über die Note des Bürgermeisters vom 2. März 1892 wegen Votierung eines Betrages zur Unterstützung des nothleidenden Theiles der Arbeiterbevölkerung und beantragt, den Betrag von 5000 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen der Campagne-Reiter-Gesellschaft um Bewilligung eines Ehrenpreises für die in Wien stattfindende öffentliche Preis-Reit-Concurrenz und beantragt, zu dem genannten Zwecke einen Ehrenpreis zu stiften und zur Anschaffung eines solchen im Jahre 1892 den Betrag von 300 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Matzenauer referiert über das Ansuchen der Claudine Baronin Suini von Pieve d'Albignola als Mutter und Heinr. Wilh. Grafen v. Haugwitz, Freiherr von Klein-Obisch, k. k. Kämmerer, als Vormund des Josef Paul Freih. Suini von Pieve d'Albignola um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an den letztgenannten und beantragt, dem Ansuchen gegen Erlag der Taxe von 200 fl. Folge zu geben. (Angenommen.)

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, der Stadtrath möge in einer Eingabe an das hohe k. u. k. Reichs-Kriegsministerium das Ersuchen um Inangriffnahme der Kasernbauten auf den Donauregulierungsgründen stellen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über das Detailproject für den Bau eines Amtshauses im XIX. Bezirke, Ober-Döbling, Theresiengasse, Or.-Nr. 10 und 12, und beantragt die Genehmigung des Detailprojectes A mit dem Kostenbetrage von 150.000 fl., eventuell der Alternative C mit dem Kostenbetrage von 161.000 fl.

St.-R. Müller beantragt, die combinierte Skizze Wurm-Neumann zu acceptieren.

Der Referenten-Antrag wird mit 9 gegen 9 Stimmen und Dirimierung des Vorsitzenden für denselben angenommen.

Die übrigen Anträge des Referenten auf Ertheilung des Bauconsenses unter der Voraussetzung, dass bei der Bau-Commission keine Anstände sich ergeben, Vergebung der Arbeiten nach dem Buchhaltungs-Antrage und Festsetzung des Bauvollendungs-Termines bis 1. April 1893 und endlich Festsetzung des Mietzinses für die k. k. Bezirksgerichts- und die k. k. Finanzcassa mit dem Betrage von 4200 fl. jährlich einschließlich der Nebengebüren werden angenommen.

An den Gemeinderath.

— **Derselbe** referiert über die Bestimmung der Baulinie für einen Theil der Penzinger Hauptgasse von der Ameisengasse bis zur Schönbrunnerstraße im XIII. Bezirke und beantragt:

1. in der Strecke von der Ameisengasse bis zur Pfarrgasse die Linie A B in einem Parallelabstande von 15·17 m von der Linie a b;

2. in der Strecke von der Pfarrgasse bis zur Hietzingergasse links die Linie c, d, e, f, g, h — rechts die Linie C, D, E, F — bei einer wechselnden Straßenbreite von 15·17 m bis 19 m;

3. in der Strecke von der Hietzingergasse bis zum Hause Nr. 31, resp. 38 Hauptgasse, bei einer wechselnden Straßenbreite von 15·17 m bis 18 m links die Linie i, k, l, m, n, o, p, q — rechts die Linie F, G, H, I, K, L — als Baulinien bestimmt;

4. für den Fall des früheren Umbaues des Hauses Nr. 63 Hauptgasse, als der Häuser Nr. 78, 80 und 82 Hauptgasse wird sich die Baulinienänderung für das Haus Nr. 63 vorbehalten.

St.-R. Matzenauer beantragt, den Act zurückzuleiten mit dem Auftrage, unter Zugrundelegung einer größeren Straßenbreite und eventueller Fortführung der Hietzingergasse eine neue Vorlage zu erstatten.

St.-R. v. Götz beantragt, gegenüber der Penzinger Kirche die Baulinie nach der Linie i' m zu bestimmen.

Der Antrag des St.-R. Matzenauer wird abgelehnt.

Der Referenten-Antrag mit dem Antrage des St.-R. v. Götz wird angenommen.

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 28. Februar bis 5. März 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	172.097 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 109.392; aus Ober-Österreich — 1.285; aus Mähren — 17.480; aus Galizien — 34.880; aus Ungarn — 8.860; aus Croatien — 200 Kg.)
Kalbfleisch . . .	27.033 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 3.371; aus Mähren — 46; aus Galizien — 23.256; aus Ungarn — 360 Kg.)
Schaffleisch .	922 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 569; aus Galizien — 258; aus Ungarn — 95 Kg.)

Schweinfleisch .	31.154 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 25.049; aus Mähren — 169; aus Galizien — 4.436; aus Ungarn 1.500 Kg.)
Kälber	1.276 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 324; aus Ober-Österreich — 1; aus Mähren — 25; aus Galizien — 916; aus Ungarn — 10 St.)
Schafe	192 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 176; aus Galizien — 5; aus Ungarn — 11 St.)
Schweine . . .	1.574 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 79; aus Mähren — 2; aus Galizien 1.478; aus Ungarn 15 St.)
Lämmer . . .	395 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 60; aus Galizien — 14; aus Ungarn — 321 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	5.992 Kg.	Kälber	66 Stück
Kalbfleisch . . .	611 „	Schafe	15 „
Schaffleisch . . .	53 „	Schweine	3 „
Schweinfleisch . .	1.036 „	Lämmer	187 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch . . .	von	34	bis	95	kr.	per Kg.
Kalbfleisch . . .	„	28	„	80	„	„ „
Schaffleisch . . .	„	34	„	60	„	„ „
Schweinfleisch . .	„	44	„	78	„	„ „
Kälber	„	32	„	62	„	„ „
Schafe	„	30	„	48	„	„ „
Schweine	„	40	„	60	„	„ „
Lämmer	2 fl. 50 kr.		bis	6 fl.	— kr.	per Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche geringer und haben bei reger Kauflust die Preise des Schweinfleisches und der Schweine eine Erhöhung von 2 bis 4 kr. per Kilogramm erfahren, die übrigen Fleischwaren aber die vorwöchentlichen Preise behauptet.

* * *

(Pferdemarkt vom 1. März 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 330 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 100—300 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 27—75 fl. per Stück.

Der Markt war flau.

* * *

(Pferdemarkt vom 4. März 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 335 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—300 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 22—62 fl. per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 28. Februar bis 5. März 1892:

(Geschlachtet wurden 370 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	28—32	kr.
Hinteres „	1 „	32—36	„
Lungen- und Rostbraten . .	1 „	36—44	„
Selchfleisch	1 „	36—40	„
Extrawürste	1 „	32—44	„
Dürre Würste	1 „	40—56	„
Rohes Fett	1 „	52—60	„
Geschmolzenes Fett	1 „	56—64	„
Schweifhaare	1 Schweif	25—50	„
Knochen	100 Kg.	fl. 2.50—3.—	
Häute	per St.	„ 5.——7.50	

vom Pferde

(Schlachtviehmarkt vom 7. März 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3902, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 315

Summa . 4217.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2333
Galizische „ . . .	375
Deutsche „ . . .	1483
Büffel „ . . .	26

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3698
Stiere	189
Kühe	330

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von	52	bis	62	fl.
Galizische „	„	52	„	60	„
Deutsche „	„	52	„	62	„
Stiere	„	—	„	—	„
Kühe	„	—	„	—	„
Büffel	„	—	„	—	„
Beinlvieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (30 bis 40 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc. zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Procentabzug:

Ochsen . . .	von	23	bis	33	fl.
Stiere . . .	„	25	„	37	„
Kühe . . .	„	23	„	32	„
Büffel . . .	„	20	„	31	„
Beinlvieh . .	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 28 bis 107 fl.

Unverkauft blieben:

Ochsen	69 Stück.
Beinlvieh . . .	4 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 759 Stück Rinder mehr aufgetrieben und waren die sehr guten und guten Qualitäten besonders zahlreich vertreten. Infolge des starken Auftriebes haben die Preise einen Rückgang von 2 fl. per 100 Kilo erfahren.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 5. März 1892.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 74—80 Kg.) . .	von	10	fl.	55	kr.	bis 11 fl. 40 kr.
Roggen	(„ 68—73 „) . .	„	9	„	90	„	„ 10 „ 50 „
Gerste		„	6	„	25	„	„ 9 „ 50 „
Mais		„	5	„	85	„	„ 7 „ 10 „
Hafer		„	6	„	25	„	„ 7 „ — „

per 100 Kg.

b) Mahlproducte.

Gries	von	17	fl.	50	kr.	bis	19 fl.	50 kr.
Weizenmehl	„	9	„	75	„	„	19 „	— „
Roggenmehl	„	12	„	50	„	„	17 „	— „
Weizenkleie	„	4	„	90	„	„	5 „	05 „
Roggenkleie	„	5	„	55	„	„	5 „	65 „

per 100 Kg.

Städtisches Lagerhaus.

25. Februar bis 3. März 1892:

Waren eingelagert . . . . . 36.843 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 38.993 „
Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 12639 Meter-Centner.

Lagerstand vom 3. März 1892: 315.474 Meter-Centner, und zwar:

77.309	Meter-Centner	Weizen,	45.273	Meter-Centner	Roggen,
58.432	„	Gerste,	22.387	„	Hafer,
10.332	„	Mais,	16.974	„	Ölsaaten,
13.454	„	Mehl u. Kleie,	9.615	„	Wein,
4.877	„	Zucker,	346	Hektoliter	à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,875.130 fl. öst. Währ.

Armenangelegenheiten.

Armenbetheilungen im Monate Jänner u. Februar 1892.

An	480	Parteien aus	Stiftungen, Legaten und Spenden .	11.822 fl. 50 kr.
„	326	„ „	dem Bürgerspitalfonde	1.953 „ — „
„	3092	„ „	dem Versorgungsfonde	9.990 „ — „
			Summa	23.765 fl. 50 kr.

Gewerbeangelegenheiten.

Genossenschaftsangelegenheiten.

(Glaser, Glashändler und Glasschleifer.) Bei der am 31. Jänner 1892 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Secretärs Hulka, vorgenommenen Wahl wurde Herr Franz Jankä, VII. Bezirk, Schottenfeldgasse 74, zum Vorsteher und Herr Hugo Ramer, VIII. Bezirk, Laudongasse 27, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Glaser, Glashändler und Glasschleifer gewählt.

* * *

(Spielkarten-Erzeuger.) Bei der am 1. Februar 1892 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Secretärs Koch, vorgenommenen Wahl wurde Herr Karl von Abrahamsberg, IV. Bezirk, Kleinschmiedgasse 3, zum Vorsteher der Genossenschaft der Spielkarten-Erzeuger gewählt.

* * *

(Vogel-, Thierhändler und Thierausstopfer.) Bei der am 8. Februar 1892 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Secretärs Altman, vorgenommenen Wahl, wurde Herr Mathias Rausch, VII. Bezirk, Schottenfeldgasse 95, zum Vorsteher und Herr Emerich Heißler, I. Bezirk, Neuer Markt 1, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Vogel-, Thierhändler und Thierausstopfer gewählt.

* * *

(Bürsten- und Pinselmacher.) Bei der am 22. Februar 1892 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Concipisten Dr. Löwy, vorgenommenen Wahl wurde Herr Anton Pundschu, II. Bezirk, Castellezgasse 11, zum Vorsteher und Herr Johann Riegerl, XII. Bezirk, Krongasse 15, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Bürsten- und Pinselmacher gewählt.

* * *

(Gremium der Seidenwaren-Erzeuger.) Bei der am 28. Februar 1892 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Concipisten Dr. Löwy, vorgenommenen Wahl wurde Herr Ferdinand Taubler, VII. Bezirk, Kaiserstraße 23, zum Vorsteher und Herr J. G. Zweig, VII. Bezirk, Hermanngasse 17, zum Vorsteher-Stellvertreter des Gremiums der Seidenwaren-Erzeuger gewählt.

* * *

(Fassbinder.) Bei der am 6. März 1892 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Secretärs Silberbauer, vorgenommenen Wahl wurde Herr Wenzel Hesky, Fassbindergehilfe, X. Bezirk, Sennefeldergasse 40, zum Obmann der Gehilfenversammlung gewählt.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. Februar 1892.

(Fortsetzung.)

Grob Johann, Gast- und Schankgewerbe, XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 28.
Neuhold Anton, Gast- und Schankgewerbe, XIII., Breitensee, Kendlerstraße 20.
Rotter Julius, Gastwirt, XVII., Hernals, Leopoldigasse 12.
Schamberger Johann, Gastwirt, II., Rembrandtstraße 36.
Pulitzer Betti, Geflügel-, Butter- und Eierverkauf, XVIII., Währing, Kirchengasse am Markt.
Adelmann, geb. Heitzmann Louise, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Gellertplatz 4.
Auer Karl, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Wimmergasse 21.
Breier Henriette, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Karmelitergasse 6.
Groß Katharina, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Marktgasse 23.
Hanakam Anton, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Martinsstraße 66.
Wimmer Ernst Robert, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Rauhensteingasse 7.
Engel Bernhard, Getreide-Agentie, II., Taborstraße 10.
Moser Robert, Getreide-Agentie, II., Praterstraße 25.
Antal Samuel, allg. Handelsagentie, II., Flossgasse 3.
Neuhaus Emil, Handelsagentie, I., Marc-Aurelstraße 7.
Wagner Josef, Kaffeeschank, VI., Millergasse 30.
Hager Marie, Kerzen-, Seifen- und Petroleum-Verschleiß, V., Hundsthurmerstraße 78.
Anderle Therese, Kleidermacherin, VI., Barnabitengasse 9.
Lampel Süßkind, Kleidermacher, II., Rembrandtstraße 18.
Hermer Johanna, Kostgebung, VII., Seidengasse 17.
Kolben Heinrich, Kunsthandel, I., Färbergasse 3.
Wlach Albert, Kurzwaren-Verschleiß, VII., Mariahilferstraße 58.
Fehrer Martin, Milchmeier, XI., Simmering, Dorfgasse 96.
Kohn Sigmund, Milchmeiergewerbe, XVIII., Währing, Annagasse 13.
Szimatovich Barbara, Milch-Verschleißerin, XVI., Ottakring, Ganglbauergasse 4.
Müller Marie, Musikergewerbe, XVII., Hernals, Alsbachstraße 34.
Sprowaka Leopold, Musiker, XVI., Ottakring, Veronikagasse 3.
Linek Anna, Feilbieten von Obst und Gemüse, II., Klosterneuburgerstraße 35.
Rosenthal Jetti, Verschleiß von Papier, Schreib- u. Zeichnenrequisiten, II., Klosterneuburgerstraße 34.
Öhler Bertha, Pfaidlerin, VIII., Tigergasse 18.
Přihoda Anna Josefa, Pfaidlerin, VIII., Schlösselgasse 26.
Fritz, geb. Jarosch Elisabeth, Privilegium auf frictionslose Zugöfen, II., Klosterneuburgerstraße 5.
Klein Leopold, Provisionsbezug, II., Klosterneuburgerstraße 21.
Bukowitz Robert, Erzeugung von Salami und Fleischconserven, X., Laaerstraße 162.
Kornthener Magdalena, Selchwaren-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Palmgasse 2.
Kojar Anna, Verschleiß von Schlosser- und Drechslerwaren, XII., Unter-Meidling, Pfarrgasse 11.
Dvořak Franz, Schuhmacher, XI., Simmering, Ebersdorferstraße 10.
Ferstl Friedrich, Schuhmacher, XIII., Unter-St. Veit, Feldgasse 16.
Fleischmann Karoline, Schuhwaren-Verschleiß, II., Untere Augartenstraße 16.
Kohn Sigmund, Schuhmachergewerbe, XVIII., Währing, Marktgasse 10.

Wondra Anton, Schuhmacher, XI., Simmering, Weintraubengasse 5.
Fried Isaias, Thee- und Spirituosenhandel, I., Wildpretmarkt 9.
Grajza Magdalena, Victualien-Hausierhandel, II., Wallensteinstraße 35.
Schmidt Adolf, Victualienhandel, V., Pilgramgasse 20.
Wachert Marie, Victualienhandel, XI., Simmering, Marktplatz.
Winter Barbara, Wäscheputzerin, II., Engerthstraße 198.
Braunstein, recte Szarzyner Regine, Weißnäherei, II., Schreigasse 9.
Breunig Josef Mathias, Zuckerbäckergewerbe, I., Singerstraße 21.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 29. Februar 1892.

Gräftner Anton, Bäckergewerbe, IX., Brünnlgasse 4.
Ganker Karl Ludwig, Verschleiß von Brot und Würsteln, I., Freyung.
Singer Moriz, Aufbewahrung von Effecten gegen Entgelt, III. Blattgasse 2.
Büchl Karl, Feigenkaffeebrennerei u. Gewürzmahlerei, XIV., Rudolfsheim, Buchgasse 45.
Buchberger Anton, Fleischhauergewerbe, III., Baumgasse 26.
Schiansky Franz, Fleisch-Verschleiß, I., Hoher Markt.
Backr Johann, Fiaker, I., Operngasse.
Broser Gustav, Fotograf, III., Hauptstraße 23.
Rink Ida, Geflügelmastung, XIII, Penzing, Hauptgasse 71.
Floh Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Gürtelstraße 51.
Herzmansky Johann, Gemischtwaren-Verschleißer, I., Johannesgasse 13.
Krahulec Josef, Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum, XVI., Ottakring, Abelegasse 34.
Madrassi Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Rasumoffskygasse 1.
Ranzenhofer Jakob, Gemischtwaren-Verschleiß, III., Seidlgasse 12.
Börös Anton, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Nickelgasse 6.
Zöberl Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, XII., Unter-Meidling, Dammgasse 32.
Weiß Salomon, Handelsagentie, II., Große Mohrengasse 12.
Wunderlich Carl, allgem. Handelsagentie, III., Münzgasse 4.
Fritz Maria, Verschleiß von Hüten und Kappen, XVI., Ottakring, Eisnerstraße 25.
Neumann Josefa, Verschleiß von Hüten, III., Erdbergstraße 51.
Andrak Johann, Kleidermacher, XV., Fünfhaus, Idagasse 5.
Logauer Julius, Kupferschmied, V., Siebenbrunnengasse 19.
Klein Moriz, Verschleiß von Kürschnerzugehör, I., Fischerstiege 3.
Bartuschek Marie, Marktvictualien- und Fisch-Verschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse-Markt.
Enghauser Katharina, Marktvictualien- und Fisch-Verschleiß, XVI., Neulerchenfeld, Peyerlgasse-Markt.
Kinninger Katharina, Marktvictualienhandel, IV., Kärntnerthormarkt.
Kraus Marie, Marktvictualienhandel, VI., Markthalle, Zelle 235.
Riedl Agnes, Marktvictualienhandel, III., Großmarkthalle.
Wonke Francisca, Marktvictualienhandel, VII., Burggasse, Markthalle, Zelle 103.
Klein Wilhelm Josef, Mehl- und Gries-Verschleiß, XVI., Ottakring, Langegasse 38.
Rockenbauer Karoline, Modistin, XIV., Rudolfsheim, Marktgasse 20.
Liewald Franz, Musiker, III., Keinergasse 20.
Smejkal Josef, Musikergewerbe, I., Führichgasse 6.
Augustin Elisabeth, Obst-Verschleiß, XIII., Penzing, Kaisergasse 1.
Bernhard, geb. Goldsand Fanni (Freude), Pfaidlerin, IX., Alserstraße 42.
Hirnschall Josefa, Pfaidlerin, III., Hauptstraße 51.
Reiter Lambert, Pferdefleischhauer, XVIII., Währing, Theresiengasse 62.
Jagitsch Ignaz, Preßhefe-Verschleiß, XVI., Ottakring, Wurlitzergasse 38.
Kreutzer Johann, Vermittlung des Abschlusses von Rennwetten beim Totalisateur, III., Seidlgasse 19.
Chlada Johann, Schuhmachergewerbe, IV., Weyringergasse 38.
Mayer Leopoldine, Verabreichung von Speisen, Bier, Wein und Obstwein, XVIII., Währing, Marktgasse 3.
Kingal Josef, Spirituosenhandel, III., Rudolfsgasse 20 a.
Schiriz von Schirizhoffen Norbert, Handel mit Tauben und Singvögeln, XVIII., Währing, Johannesgasse 22.
Langer Josef, Tischler, XII., Unter-Meidling, Ruckergasse 27.
Chladim Katharine, Verschleiß von Uniformierungsgegenständen, III., Ungargasse 67.
Kobos Josef, Uhrmacher, VI., Stumpergasse 41.
Hirschfeld Moritz, Besorgung von Verfeinerung roher Silberwaren aus Rußland, III., Hetzgasse 20.
Schulz Marie, Victualien-Verschleiß, III., Erdbergstraße 32.
Sauer Friedrich, Verkauf von abgerichteten Vögeln, VI., Magdalenenstraße 18.
Ströer Josef, Händler mit abgerichteten Vogeln, VI., Magdalenenstraße 18.
Gründl Marianne, Wäscheputzerin, III., Klimschgasse 5.
Zink Eleonore, Wäscheputzerin, III., Pfefferhofgasse 1.
Briger Ignaz Moses, Privilegium auf ein Zündschnuranhängsel VII., Seidengasse 40.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 1. März 1892.

Silbiger Samuel (Saul), Brantweinschank, VI., Gumpendorferstraße 94.
Knittl Franz, Verschleiß von Bedarfsartikeln für Brauereien und Weinkeller, I., Nibelungengasse 8.
Schmidt Engelbert, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, XVIII., Währing, Hofmannsgasse 4.
Nedoschill Franz, Dienstmann, XVIII., Währing, neues Rathhaus.
Brunner Mathias, Drechslergewerbe, XVI., Ottakring, Schottengasse 33.
Wichtl Johann Anton, Einspänner, XVIII., Währing, Ecke der Alsbach- und Martinsstraße.
Hitzenhammer Alois, Fleischhauer, IV., Hungelbrunngasse 28.
Walther Franz, Friseur- und Rasenrgewerbe, XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 27.
Czuzda Karl, Gastwirt, XVIII., Währing, Hauptstraße 38.
Graf Johann, Gast- und Schankgewerbe, XIII., Penzing, Hauptgasse 98.
Helfensdörfer Peter, Gastwirtsgewerbe, II., Taborstraße 36.
Lipert Anton, Gastwirt, II., Klosterneuburgerstraße 5.
Reckendorfer Anton, Gast- und Schankgewerbe, XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 24.
Dolozy Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XIII., Breitensee, Antongasse 14.
Gennauf Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, XIII., Hacking, Anhofstraße 10.
Hoßaffer Bibiana, Gemischtwaren-Verschleiß, VIII., Stolzenthalergasse 9.
Jetzinger Josef, Gemischtwarenhandlung, XI., Simmering, Geiselberg 413.
Kersmayer Ida, Gemischtwaren-Verschleiß, I., Habsburgergasse 6.
Stern Katharina, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Gürtelstraße 23.
Thalhammer Franz, Gemischtwaren-Verschleißer, XII., Unter-Meidling, Neuwallgasse 10.
Zalubsky Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Althanplatz 7.
Schönbeck August, Geschirrhandlung, XI., Simmering, Hauptstraße 91.
Bledy Josefa, Verschleiß von Handschuhwaren, Bandagen und Verbandstoffen, II., Wallensteinstraße 34.
Fischer Alois Josef, Herrenmodewaren-Verschleiß, I., Lobkowitzplatz 1.
Wohlmuth Hans, Kunsttischler, XII., Unter-Meidling, Reschgasse 2.
Reh Cäcilie, Leinenwaren-Verschleiß, II., Novaragasse 9.
Rosengarten Emanuel, Erzeugung von Lichtdruckbildern, XVIII., Währing, Sternwartestraße 9.
Panka Josef, Marktvictualienhandel, II., Karmelitermarkt.
Thenner Leopoldine, Marktvictualien-Verschleiß, XVI., Ottakring, Marktplatz.
Welleba Johann, Marktvictualienhandel, XVIII., Währing, Kirchengasse-Markt.
Klein Benjamin, Mehl- und Gries-Verschleiß, II., Rembrandtstraße 24.
Mikschowsky Thomas, Milchmeier, XI., Simmering, Landengasse 187.
Strach Katharina, Milch- und Victualien-Verschleiß, IV., Preßgasse 26.
Wiblinger Marie, Milchmeierei, XI., Simmering, Hauptstraße 181.
Schilder Albert, Musiker, IV., Große Neugasse 6.
Matzner Johann, Obst-Verschleiß, XVI., Ottakring, Wendgasse 4.
Riesenberger Leopold, Pflasterergewerbe, XIII., Penzing, Kaisergasse 16.
Braun Karl Leopold, Pretiosenhändler, XII., Gaudenzdorf, Hauptstraße 1.
Ultmann Adolf und Grün Max, Handel mit Rohproducten und Bettwaren, II., Lilienbrunngasse 14.
Mach Peter, Schuhmacher, XI., Simmering, Landengasse 158.
Reiter Anton, Erzeugung von Schuhobertheilen, VII., Neustiftgasse 56.
Kuttig Heinrich, Schnittwaren-Verkauf, XI., Simmering, Geiselberg 426.
Hönig Karl, Sporergewerbe, XVIII., Währing, Gürtelstraße 97.
Pendl Josef, Tischlergewerbe, XII., Unter-Meidling, Josefigasse 14.

Milovszky Mathias, Verschleiß von Überthan und Sargverzierungen, XVI., Ottakring, Seitenberggasse 9.
Argauer Marie, Victualienhandel, XI., Simmering, Marktplatz.
Hornaczek Anton, Victualien-Verschleiß, XI., Simmering, Geiselberg 417.
Kubik Marie, Victualienhandel, XI., Simmering, Hauptstraße, vor dem Hause Nr. 3.
Samay Johann, Victualienhandel, III., Parkgasse 7.
Spitzer Anna, Victualienhandel, XII., Unter-Meidling, Kriechbaumgasse 19.
Laufer Etelka (Adele), Wäscheputzerei, II., Schreigasse 3.
Rohann Rudolf, Hausierhandel mit Wurstwaren und Gebäck, VI., Bürgerspitalgasse 22.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 2. März 1892.

Dürr Genovefa, Brennholz- und Kohlenhandel, VIII., Lerchengasse 3.
Happel Adam, Gastwirtsgewerbe, XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 29.
Kraus Franz, Gastwirt, II., Mayergasse 11.
Schöggl Johann, Gebäck-Verschleiß, III., Reisnerstraße 15.
Gefäll Jakob Koppel, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Untere Augartenstraße 23.
Heinz Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Rudolfstraße 10.
Löwy Anna, Gemischtwaren-Verschleiß, XIX., Nussdorf, Gärtnergasse 56.
Petříček Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, XVI., Ottakring, Schottengasse 17.
Segalla Antonia, Gemischtwaren-Verschleiß, IX., Rögergasse 34.
Hocke Norbert, Hutmacher, V., Obere Bräuhausgasse 2.
Fuchs Lorenz, Kaffeeschankgewerbe, XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 7.
Koppel Moriz, Kaffeesieder, II., Große Pfarrgasse 11.
Härtl Stefan, Kleidermacher, XVII., Hernals, Hauptstraße 81.
Krauser Jaroslav, Kupferdruckergewerbe, VII., Kirchengasse 40.
Hammetter Rosalia, Kunst- und Ziergärtnerei, XVII., Hernals, Hauptstraße 110.
Kreil Wenzel, Marktfahrergewerbe, XVII., Hernals, Dornerplatz 4.
Placeriano Anton, Erzeugung von Marmorplatten, XIV., Sechshaus, Wienflussgasse 4.
Haas Marie, Milch- und Gebäck-Verschleiß, IX., Rögergasse 5.
Hora Marie, Modistin, IV., Hauptstraße 14.
Joanelli v., Ernst, Musiker, III., Siegelgasse 1.
Riha Wenzel, Perlmutterdrechslergewerbe, XVI., Ottakring, Hüttengasse 18.
Bindel Mathias, Hausierhandel mit Reib- und Vogelsand, XIV., Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 23.
Krauser Jaroslav, Steindruckerei, VII., Kirchengasse 40.
Friedl Johanna, Victualien-Verschleiß, XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 84.
Mikeska Cäcilie, Victualienhandel, XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 103.
Weiser Alois, Woll-Adjustierer, II., Treustraße 30.
Brenner Julius, Zeitungs-Verschleiß, XV., Fünfhaus, Westbahnhof.
Wünsche Anna, Zuckerbäckerwaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Palffygasse 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 3. März 1892.

Höchstetter Max, Bäckergewerbe, I., Fleischmarkt 10.
Hutter Josef, Bestandwirt, I., Reichsrathsstraße 3.
Broschek Josef, Bestandwirt, IX., Lichtenthalergasse 7.
Roidner Ignaz, Bürstenbinderwaren-Verschleiß, V., Wienstraße 32.
Slavjetinsky Helene, Commissionswaren-Verschleiß, XVII., Hernals, Stiftgasse 106.
Schneider Anton, Einspänner, XVIII., Währing, Hauptstraße bei Nr. 48 und 50.
Jergle Josef u. Grünwald Hermann, Erzeugung von Elektricität, XVIII., Währing, Sternwartestraße 9 und 11.
Ployl Josef, Fleischhauer, XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße, Marktplatz.
Mandl Bernhard, Fremdenbeherberger und Wirt, II., Taborstraße 12.
Eckert Amalie, Gast- und Schankgewerbe, XIII., Ober-St. Veit, Himmelhof.
Bergauer Johann, Gelbgießer, VIII., Floriangasse 14.
Bredl Karl, Gemischtwaren-Verschleiß, XIV., Sechshaus, Hauptstraße 20.
Heinisch Marie, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Wienerstraße 72.
Pethel Antonia, Gemischtwaren-Verschleiß, VII., Kandlgasse 14.
Skeiba Gottlieb, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Große Stadtgutgasse 15.
Marcuschewitz Julius, Handelsagentie, II., Raimundgasse 6.
Krieger Franz, Verschleiß von Haus- und Küchengeräthen, IX., Nussdorferstraße 48.
Liedauer Anton, Kaffeeschankgewerbe, VI., Stumpergasse 40.
Schreyvogel Fritz, Kaffeesieder, II., Praterstraße 65.
Stampfl Josef, Kastanienbrater, IV., Elisabethbrücke.
Haberfeld Charlotte, Kleidermacherin, II., Novaragasse 49.
Steiner Adolf, Kleidermacher, II., Springergasse 8.
Wrabczik v. Tayenthal Marie, Kleidermacherin, I., Kärnthnerstraße 17.
Peschel Flora, Übernahme von Kleidern und Stoffen zum Färben und Putzen, VIII., Kochgasse 19.
Friedl Theresia, Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks, IV., Paniglgasse 4. (Das Weitere folgt.)

M.-Z. 25603
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung des für die städtischen Anlagen im Jahre 1892 erforderlichen Bedarfes von **70.000 Stück Rasenziegel** und des für diese Anlagen benöthigten **Fuhrwerkes** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche **Offertverhandlung** abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Vorschrift sowohl im obigen Bureau als auch bei dem Herrn Stadtgärtner, III., Am Heumarkt 2, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 7. März 1892. 1—3

Z. 32154
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten** für den Neubau eines **Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der **Denisgasse im II. Bezirk** von Or.-Nr. 16 bis 22 im veranschlagten Kostenbetrage von 1482 fl. 71 kr. und 170 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am 11. März d. J. präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche **Offertverhandlung** abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von zehn Kreuzer bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. Februar 1892. 2—3

M.-Z. 208003.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für die Herstellung eines **Hauptunrathscanales** aus Beton in der Badgasse in Pötzleinsdorf im XVIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2600 fl. 48 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. März d. J., präcise um 11 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 25. Februar 1892. 3—3

G.-Z. 208003
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten** für die **Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Julienstraße in Pötzleinsdorf im XVIII. Bezirke in der Strecke von Nr. 16 bis 58 im veranschlagten Kostenbetrage von 6491 fl. 59 kr. und 700 fl. Pauschale, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. März d. J., präcise 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche **Offertverhandlung** abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenvoranschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 25. Februar 1892. 3—3

G.-Z. 351525
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten** für die **Herstellung eines Haupt-Unrathscanales** aus Beton in der Neilreichgasse von Or.-Nr. 30 bis zur Rothenhofgasse im X. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1836 fl. 38 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am 10. März dieses Jahres präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche **Offertverhandlung** abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 25. Februar 1892. 3—3

Z. 39575
XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 5. und 6. April 1892, eventuell auch an den folgenden Tagen, werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Geschäftseinrichtungen u. s. w. **im Wege der öffentlichen Versteigerung** an den Meistbietenden **gegen bare Bezahlung** hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen **im Rathhause, VI. Hof, Parterre** einfinden.

Die Auctionsstunden sind von **9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. Februar 1892. 1—3

G.-Z. 32112.
XVIII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Montag, den 21. März 1892, nöthigenfalls auch an dem folgenden Tage, werden im Wege der öffentlichen Versteigerung **Spirituosen in Fässern und Flaschen,** ferner **Liqueurgläser, Hohlmaße** und andere bei Brantweinschank-Gewerben zur Verwendung kommende Gegenstände an den Meistbietenden **gegen bare Bezahlung** hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich zu dem oben angegebenen Termine im **zweiten Hofe des alten Rathhauses, I., Wipplingerstraße Nr. 8,** einfinden.

Die Licitation findet in den Stunden von **9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags** statt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. Februar 1892. 1—3

M.-Z. 15408
XI.

Kundmachung.

(Studien-Stiftung.)

Verleihung von 5 Techniker-Stipendien à 105 fl. per Jahr, vom Studienjahr 1891/92, aus der Salomon Mayer Freiherr von Rothschild'schen Stiftung.

Bei der **Salomon Mayer Freiherr von Rothschild'schen Stiftung** sind fünf Stipendien à 105 fl. jährlich, vom Studienjahre 1891/92 angefangen an solche unbemittelte Studierende an der hiesigen technischen Hochschule, ohne Unterschied der Religion, zu vergeben, welche **in Wien geboren** sind und durch fleißige Verwendung, **vorzügliche Befähigung** und gute Sitten sich auszeichnen.

Bei sonst gleichen Umständen haben **Söhne von Wiener Bürgern** bei den obigen Stipendien **den Vorzug.**

Die Bewerber um diese Stipendien haben ihre diesfälligen Gesuche, welche mit den erforderlichen Zeugnissen über die vorangeführten Eigenschaften und bei Geltendmachung der bürgerlichen Eigenschaft des Vaters noch insbesondere mit dessen Bürgerdiplome oder Bürgerkarte versehen sein müssen, **bis längstens 1. April 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen, **da auf später einlangende Gesuche kein Bedacht genommen werden kann.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. März 1892. 2—3

M.-Z. 15401
III.

Kundmachung.

(Erzherzogin Gisela-Heirats-Ausstattungs-Stiftung.)

Aus der von dem Wiener Gemeinderathe zur Feier der Vermählung Ihrer k. k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau **Erzherzogin Gisela** errichteten **Heirats-Ausstattungs-Stiftung** im Betrage von fünfzigtausend Gulden in Silberrente, kommen die Zinsen dieses Capitales am Jahrestage der höchsten Vermählung in fünf gleichen Theilen als Heirats-Ausstattungs-Stipendien **an fünf in Wien heimatsberechtigte und würdige Töchter mittelloser Eltern,** wobei bei gleicher Würdigkeit Waisen, insbesonders mutterlose, den Vorzug haben sollen, gegen dem zu verleihen, dass das Ehebündnis binnen Jahresfrist gesetzmäßig vollzogen und dieses auch gehörig nachgewiesen werde, widrigenfalls die bis dahin nicht zur Auszahlung gelangenden Stipendien als erledigt angesehen und an andere Bewerberinnen verliehen werden.

Das Verleihungsrecht steht der Gemeinde Wien unbeschränkt zu.

Bewerberinnen haben ihre mit dem Nachweise der Heimatsberechtigung, mit dem Mittellosigkeits- und Sittenzeugnisse, dann mit den Belegen über die allfällige Verwaisung versehenen Gesuche **bis längstens 24. März l. J. im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates** zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 1. März 1892. 3—3

Z. 32055.
IX.

Kundmachung.

(Familien-Armen-Stiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiermit bekannt gemacht, dass demnächst die im I. Semester 1892 fällig gewordenen **Interessen des Dr. Franz Heiß'schen Stiftungscapitales für arme Verwandte des Stifters** im Betrage von 364 G. 87½ kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Jene armen Verwandten des Stifters, welche auf den Genuss dieser Stiftung Anspruch erheben zu können glauben, haben ihre Gesuche, welche mit legalen Zeugnissen über die Armut, die mindere Erwerbsfähigkeit, des vorgerückten Alters oder die Gebrechen des Bittstellers, dann mit der Nachweisung über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, in Wien bei dem **Magistrate**, auf dem Lande bei den betreffenden **k. k. Bezirkshauptmannschaften bis 1. Mai 1892** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 3. März 1892. 1—3

G.-Z. 15407
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Aus den Interessen der **Salomon Mayer Freiherr von Rothschild'schen Stiftung ist ein Betrag von 1050 fl. an solche Wiener Gewerbsleute** oder deren Witwen, ohne Unterschied der Religion, zu vergeben, welche ohne ihr Verschulden **mittellos** geworden und außer Stande sind, ohne irgend eine Beihilfe **ihr Geschäft fortzusetzen.**

Bei sonst gleichen Verhältnissen haben jene Bewerber **den Vorzug, welche Bürger von Wien** sind.

Gesuche um eine Unterstützung aus der obigen Stiftung, welche mit dem Gewerbescheine oder dem Concessionsdecrete, dem Erwerbsteuerscheine, einem legalen Mittellosigkeitszeugnisse und bei Geltendmachung der bürgerlichen Eigenschaft mit dem Bürgerdiplome oder der Bürgerkarte belegt sein müssen, sind **längstens bis 1. April 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 1. März 1892. 2—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 4. März 1892. — Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Spende Sr. Majestät des Kaisers zu Gunsten der Arbeitslosen 419
2. Spende Sr. Majestät des Kaisers zum Besten der Armenlotterie 419
3. Spenden Ihrer k. und k. Hoheiten der Herren Erzherzoge Karl Ludwig, Ludwig Victor, Wilhelm, Albrecht und der Frau Kronprinzessin-Witwe Stefanie 419
4. Spenden aus allen Kreisen der Bevölkerung 419
5. Spenden der Conservenfabrik C. Werner 419
6. Spende unter Chiffre „Apotheker A. M. in Wien" 419
7. Spende des Herrn K. F. Mauthner-Markhof 419
8. Spende der „Ersten Wiener Suppen- und Theeanstalt" 419
9. Spende der Frau Adolfine v. Biedermann 419
10. Spende eines ungenannt bleiben Wollenden 420
11. Dank des „Allg. u.-ö. Volksbildungs-Vereines" 420
12. Entschuldigung der Gem.-Räthe Schlechter, Sasse, Schrenckh und Karl Müller 420
13. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Beutnitz, betreffend die Festsetzung der Bezirksgrenzen 420
14. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Schuh, betreffend die Abänderung der Bauordnung für Wien 420
Interpellationen:
15. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Subventionierung der Kinder-Bewahranstalt der Haas'schen Stiftung im XII. Bezirke . . . 420
16. Gem.-Rath Seiler, betreffend den neuen Fahrtarif der Wiener Tramway-Gesellschaft 420
17. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Vertheilung der Erzherzog Sigismund'schen Stiftung im XVI. Bezirke 421
18. Derselbe, betreffend die Vorlage eines Grundbuch-Extractes bei kleinen Adaptierungen 421
19. Gem.-Rath Eigner, betreffend den directen Wagenverkehr auf der Strecke Schottenring—Dornbach der Wiener Tramway-Gesellschaft 421
Petition:
20. Brigittenauer Wählerclub, betreffend Verbesserung des Tramwayverkehres 421
Anträge:
21. Gem.-Rath Ziegelwanger, betreffend geeignete Behandlung einer Resolution des politischen Vereines in Hietzing in Angelegenheit der Wasserversorgung Wiens 421
22. Derselbe, betreffend Neubenennung der Bahn- und Feldgasse im XIII. Bezirke mit dem Namen Cumberlandgasse 422
23. Gem.-Rath Dr. Klotzberg, betreffend die Ergreifung von Maßregeln zur Hintanhaltung von Massenzuzügen von Arbeitern nach Wien 422
24. Gem.-Rath Scheidl, betreffend die Fertigstellung des Brunnens am Koslerplatz 422
25. Gem.-Rath Gschwandner, betreffend Errichtung einer Schule in der Schmerlinggasse im XVI. Bezirke 422
Referate:
26. Gem.-Rath v. Neumann, betreffend den Schulbau in der Paukengasse im XVI. Bezirke 422
27. Derselbe, betreffend die Bewilligung des Detailprojectes für den Bau des Volksbades im IV. Bezirke, Klagbaumgasse . . . 427
28. Derselbe, betreffend den Schulbau im II. Bezirke, Freudenau 429
29. Gem.-Rath Wurm, betreffend den Bau eines Amtsgebäudes im XIX. Bezirke 430
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 2. März 1892 440
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 28. Februar bis 5. März 1892 443
Pferdemarkt vom 1. und 4. März 1892 444
Schlachtviehmarkt vom 7. März 1892 444
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 5. März 1892 444
Städtisches Lagerhaus 445
Armenangelegenheiten:
Armenbetheilungen im Monate Jänner und Februar 1892 445
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaftsangelegenheiten:
Glaser, Glashändler und Glasschleifer 445
Spielkarten-Erzeuger 445
Vogel-, Thierhändler und Thierausstopfer 445
Bürsten- und Pinselmacher 445
Gremium der Seidenwaren-Erzeuger 445
Faßbinder 445
Gewerbeanmeldungen . . . . . 445—447
Kundmachungen . . . . . 447—450

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler) Wien, I., Wallfischgasse 10.